

1. Übersicht über den Schadensersatzanspruch nach Art. 82 DS-GVO

Gericht	Schadensumfang und Begründung
BGH	
BGH Urt. v. 22.2.2022 – VI ZR 1175/20	0 EUR Ein Anspruch aus Art. 82 Abs. 1 DS-GVO wird verneint. Auf Grund der Öffnungsklausel des Art. 85 Abs. 2 DS-GVO sind Datenverarbeitungen zu journalistischen Zwecken von den die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung betreffenden Vorschriften in Art. 6 und Art. 7 DS-GVO durch Regelungen der Länder ausgenommen worden. Es liegt auf der Hand, dass ein Schadensersatzanspruch gem. Art. 82 Abs. 1 DS-GVO nicht auf die Verletzung datenschutzrechtlicher Bestimmungen durch eine journalistische Tätigkeit gestützt werden kann, wenn die Bestimmungen für die Tätigkeit gar nicht gelten. Insoweit spielt es auch keine Rolle, dass die Öffnungsklausel des Art. 85 Abs. 2 DS-GVO die in Kap. VIII der VO enthaltene Vorschrift des Art. 82 Abs. 1 DS-GVO nicht erfasst.
BGH Beschl. v. 16.2.2021 – VI ZA 6/20 = ZD 2021, 340 (Ls.)	0 EUR Ein Anspruch aus Art. 82 Abs. 1 DS-GVO wurde verneint. Auf Grund der Öffnungsklausel des Art. 85 DS-GVO sind Datenverarbeitungen zu journalistischen Zwecken von den die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung betreffenden Vorschriften in Art. 6 und 7 DS-GVO durch nationale Regelungen ausgenommen.
Oberlandesgerichte	
OLG Koblenz Urt. v. 18.5.2022 – 5 U 2141/21	500 EUR Der Kl. steht wegen Verstößen gegen Art. 5, 6 DS-GVO iVm Art. 4 Nr. 2 DS-GVO ein Schadensersatzanspruch nach Art. 82 DS-GVO iHv 500 EUR abzüglich des auf die Klageforderung anerkannten Betrags von 54,74 EUR zu, indem sie eine Datenmitteilung an die SCHUFA vornahm, obwohl die Interessen der Bekl. an einer Nichtveröffentlichung ihrer Daten hinsichtlich der zwischen den Parteien noch in Streit stehenden Forderung das Interesse der Kl. an einer Mitteilung überwog. Voraussetzung des Anspruchs nach Art. 82 DS-GVO ist mithin zunächst ein Verstoß gegen die Bestimmungen der DS-GVO. Dabei ist schon streitig, ob es sich um einen Anspruch der Verschuldens- oder der Gefährdungshaftung handelt. Steht der Verstoß fest, sind in Rspr. und Lit. die weiteren Voraussetzungen zur Höhe des Schadensersatzanspruchs umstritten. Insb. ist strittig, ob eine Bagatellgrenze zu beachten ist und nach welchen Kriterien sich der Schadensersatzanspruch der Höhe nach bestimmt. An einer europarechtlichen Konkretisierung der Voraussetzungen fehlt es bisher, auch wenn es bereits Vorlagen zum EuGH gibt. Auf die Streitfrage, ob ein Verschulden erforderlich ist, um den immateriellen Schadensersatzanspruch zu begründen, kommt es nicht an. Auch wenn das BAG dies in seiner Vorlageentscheidung zum EuGH in Zweifel zieht und von einer Gefährdungshaftung ausgeht, spricht Art. 82 Abs. 3 DS-GVO, der eine Haftung bei fehlendem Verschulden iSe Beweislastumkehr ausschließt, gegen eine solche Sichtweise. Der Begriff des immateriellen Schadens iSv Art. 82 Abs. 1 DS-GVO ist – europarechtlich autonom und die in den Erwägungsgründen zur DS-GVO niedergelegten Zielsetzungen aufnehmend – weit auszulegen. Bereits aus dem Wortlaut der Norm ergibt sich, dass ein immaterieller Schadensersatzanspruch kausale Folge der Pflichtverletzung sein kann. Er ist allerdings von den materiellen Schäden, etwa wegen einer verweigerten oder nur zu ungünstigeren Bedingung zustande gekommenen Kreditgewährung oder der Versagung bestimmter Zahlungsmethoden mit der Folge höherer Transaktionskosten, abzugrenzen und zu unterscheiden. Andererseits spricht der Wortlaut der Norm dafür, dass schon allein die Pflichtverletzung den materiellen Schaden begründet. Ein Anspruch auf den Schadensersatz besteht nämlich nur, wenn „ein materieller oder immaterieller Schaden entstanden ist“. Dieser Differenzierung im Wortlaut hätte es nicht bedurft, wenn bereits der Verstoß konstitutiv für den Anspruch wäre. Insoweit folgt der Senat nicht dem BAG, welches annimmt, dass „bereits die Verletzung der DS-GVO selbst zu einem auszugleichenden immateriellen Schaden“ führt. Es muss mithin ein irgendwie gearteter immaterieller Schaden entstanden sein. Zwar geht der Anspruch dann in seiner Zielrichtung über einen erlittenen Schaden heraus, verzichtet aber auf Grund weitergehender Zielsetzungen hierauf nicht. Insoweit

bleibt Grundlage des Anspruchs ein Individualrecht zu schützen. Art. 82 DS-GVO ist nicht Teil des kollektiven Rechtsschutzes. Das wirft die Frage auf, wann von einem erlittenen Schaden auszugehen ist. Diese Fragestellung ist von der Annahme abzugrenzen, iRv Art. 82 Abs. 1 DS-GVO sei eine Bagatellgrenze zu berücksichtigen. Eine Bagatellgrenze normiert Art. 82 Abs. 1 DS-GVO seinem Wortlaut nach nicht und eine solche erscheint auch im Übrigen nicht angezeigt. Schon im nationalen Recht wurden einer solchen Grenze iRd Schuldrechtsreform 2002 verfassungsrechtliche Bedenken entgegengehalten. Der Gesetzgeber verwarf solche Ansätze deshalb. Ist ein immaterieller Schaden entstanden, ist dessen Schwere iRd Höhe des Ersatzanspruchs zu berücksichtigen, nicht aber bei einer notwendigerweise nur willkürlich zu setzenden Bagatellgrenze zu finden. Soweit der BGH eine Korrektur aus Gründen der Billigkeit angenommen hat, beruhte dies einerseits auf einer heute nicht mehr gültigen Norm (§ 847 BGB) und knüpfte andererseits nicht an einer Bagatellgrenze an, sondern an dem Umstand, dass weder die Ausgleichs- noch die Genugtuungsfunktion derart tangiert waren, dass ein immaterieller Schaden überhaupt entstanden ist. Es fehlt also in der zuletzt genannten Konstellation an einem „erlittenen Schaden“. Da der bisherige § 8 Abs. 2 BDSG aF, der den Ersatz immaterieller Schäden von einer schweren Verletzung des Persönlichkeitsrechts des Betroffenen abhängig machte, nicht mehr anwendbar ist, kann auf die dazu ergangene Rspr. zum Schadensbegriff nicht zurückgegriffen werden. Insoweit ist auch die nationale Rspr., die daran – teilweise bei nur verbaler Distanzierung – festhält, abzulehnen. Die Kategorien des nationalen Schadensersatzrechts sind nicht zielführend, um den Begriff des immateriellen Schadensersatzes iSd Art. 82 DS-GVO europarechtlich autonom auszulegen. Der Schadensbegriff des Art. 82 Abs. 1 DS-GVO ist ein europarechtlicher Begriff, bei dessen Ausfüllung nicht auf nationale Erheblichkeitsschwellen oder andere Einschränkungen abgestellt werden darf. Der Begriff des Schadens soll nach Erwägungsgrund 146 S. 3 DS-GVO „im Lichte der Rechtsprechung des Gerichtshofs weit auf eine Art und Weise ausgelegt werden, die den Zielen dieser Verordnung in vollem Umfang entspricht.“ Daraus kann abgeleitet werden, dass der nach Absatz 1 bereits weite – weil Ansprüche aus § 253 BGB bereits umfassende – Schadensbegriff im Zweifel nicht begrenzend auszulegen sein wird. Einen Ausschluss vermeintlicher Bagatellschäden sieht die DS-GVO nicht vor. Der immaterielle Schadensersatz ist mithin auch ein Instrument, um die Ziele der DS-GVO, wie sie in deren Art. 1 niedergelegt sind, unter dem Schutzzweck des Individualrechtsschutzes zu verwirklichen. Kern ist danach der Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten im Schutzbereich der Grundrechte und der Grundfreiheiten im konkreten Einzelfall. Der Funktion eines immateriellen Schadensersatzanspruchs dienend, sind deshalb verschiedene Aspekte in die Bemessung des immateriellen Schadensersatzes der Höhe nach einzubeziehen. Zunächst die immaterielle und individuelle Ausgleichsfunktion wegen der Schutzgutverletzung, sodann die den Verstoß feststellende Genugtuungsfunktion und letztlich die generalpräventive Einwirkung auf den Schädiger zur künftigen Beachtung des Datenschutzes. In diesem Sinne kommt Art. 82 DS-GVO kein Strafcharakter zu – dieser ist vielmehr das staatliche Gewaltmonopol respektierend in Art. 84 DS-GVO niedergelegt, sehr wohl aber eine Anreizfunktion für den Verantwortlichen, hinreichende Sicherungsmaßnahmen zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person zu treffen. Wegen der in Erwägungsgrund 146 S. 3 DS-GVO geforderten weiten Auslegung sieht der Senat mit Stimmen in der Lit. bereits in dem ungenügenden Gefühl der Ungewissheit, ob personenbezogene Daten Unbefugten bekannt geworden sind, einen erlittenen immateriellen Schaden. Potenzielle Schäden sind deshalb zB Ängste, Stress sowie Komfort- und Zeiteinbußen und potenzielle Stigmatisierung, Diskriminierung, Rufschädigung und Verlust von Vertraulichkeit durch einen Negativeintrag bei einer Auskunft, ohne dass dieser an Dritte übermittelt wird. Dieser immaterielle Schaden, auch, wenn er im Einzel- und Regelfall niederschwellig sein wird, ist auszugleichen. Einen Schaden erst dann anzunehmen, wenn es zu einer mit einer unrechtmäßigen Zugänglichmachung von Daten liegenden (öffentlichen) Bloßstellung, einem Identitätsdiebstahl, einer Weitergabe sensibler

Informationen oder einer anderen ernsthaften Beeinträchtigung für das Selbstbild oder Ansehen einer Person kommt, und ein besonderes immaterielles Interesse zu verlangen, das über den allein durch die Verletzung an sich hervorgerufenen Ärger oder sonstige Gefühlsschäden hinausgeht, verkennt den autonom und nach Erwägungsgrund 146 DS-GVO ausdrücklich weit auszulegenden Begriff des Schadens und missachtet den individuellen Ausgleichsanspruch im Hinblick auf die aufgezeigten Folgen. Eine solche Sichtweise greift also zu kurz. Die o.g. Beschränkungen bleiben bei der Frage nach dem Schadensersatzanspruch dem Grunde nach außer Betracht, sondern sind erst im Kontext der Höhe des Ersatzanspruchs zu berücksichtigen. Maßgeblich ist, ob die betroffene Person mit dem Beweismaß des § 286 ZPO die immaterielle Betroffenheit darlegen und nachweisen kann. Deren Intensität ist dann mit dem Beweismaß des § 287 ZPO bei der Höhe des Anspruchs zu berücksichtigen. Erst hier kommen dann die weiter denkbaren immateriellen Beeinträchtigungen der Bloßstellung oder das notwendige Schutzniveau der betroffenen Daten zum Tragen. Die Genugtuungsfunktion kommt dann – ergänzend – zum Tragen, wenn es zu einer tatsächlichen Beeinträchtigung der Schutzgüter im Verhältnis zu Dritten iSe Verwendung der pflichtwidrig verarbeiteten personenbezogenen Daten ggü. Dritten gekommen ist. Hier greift also nicht (nur) die Sorge vor der Stigmatisierung, Diskriminierung oder Rufschädigung, sondern das in dem Datenschutzverstoß liegende Risiko hat sich nun verwirklicht. Das steigert einerseits die Anforderungen an die Ausgleichsfunktion und begründet zugleich innerhalb des einheitlich zu bestimmenden immateriellen Ersatzanspruchs die Genugtuung als Bestimmungsmerkmal für die Höhe. Genau diese Verarbeitung unter Beteiligung Dritter bewirkt die zu korrigierende Bloßstellung außerhalb dadurch verursachter materieller Schäden. Dies kann bei der Konfrontation mit Negativauskünften bei einer Kreditanfrage ebenso der Fall sein, wie bei der Bewerbung um eine Mietwohnung oder negativen Auskünften iRe Arbeitsverhältnisses. Auch die Verweigerung von Postpaid-Angeboten wegen negativer Scores kann hierzu gehören. Die betroffene Person hat auf der Grundlage der ihr zustehenden Auskunftsansprüche nach Art. 15 DS-GVO regelmäßig keine Schwierigkeiten die Verarbeitung der Daten ggü. Dritten nachzuweisen und auf dieser Grundlage die Genugtuungsfunktion geltend zu machen. Nicht übersehen werden darf die generalpräventive Wirkung des immateriellen Schadensersatzanspruchs. Im Spannungsfeld zwischen dem Risiko der entgeltlichen Sanktionierung von folgenlosen Verstößen gegen die DS-GVO durch einen immateriellen Schadensersatzanspruch nach Art. 82 DS-GVO, den Aufgaben des kollektiven Rechtsschutzes durch Aufsichtsbehörden mit den Sanktionsmöglichkeiten nach Art. 84 DS-GVO, dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und dem Grundsatz, die gleiche Pflichtverletzung mit der gleichen Zielsetzung nicht doppelt zu sanktionieren, muss dem Grundanliegen der DS-GVO, schon die Verarbeitung der Daten im Kontext der Schutzzwecke zu gewährleisten, Rechnung getragen werden. Schon bei der Bestimmung der Zwecke, den angenommenen Rechtsfertigungsgründen und der ggf. vorzunehmenden Datenschutzfolgeabwägung muss das Schutzniveau auch durch den immateriellen Schadensersatzanspruch effektiv gewahrt werden. Hier gilt es also im Lichte des immateriellen Schadensersatzanspruchs nach Art. 82 DS-GVO Anreize zu schaffen, dass das Schutzniveau so hoch ist, dass es zur Realisierung des Schadensersatzrisikos erst gar nicht kommt. Dabei muss die generalpräventive Wirkung sich nicht in besonders hohen immateriellen Schadensersatzansprüchen niederschlagen, sondern kann gerade in der Breitenwirkung – auch kleine Verstöße werden ohne Bagatellgrenze sanktioniert – ihre Funktion erfüllen. Wo Menschen arbeiten, passieren Fehler. Kommt es hierzu im Einzelfall, ist die geringere Sanktion verhältnismäßig und gleichwohl spürbar und damit effektiv. Kommt es dagegen zu vielfachen Pflichtverletzungen und Rechtsverstößen, wird sich aus vielen kleinen Ansprüchen – zumal diese auch sowohl kollektiv als iRv Legal-Tech-Angeboten sehr breit geltend gemacht werden –, schnell ein großer finanzieller Verlust bei dem betroffenen Unternehmen einstellen. Bei großer oder größerer Quantität der Pflichtverletzungen wird also auch eine höhere Effektivität kleinerer Schadensersatzansprüche im Einzelfall erreicht. Dabei muss auch das weiter in

Art. 1 DS-GVO formulierte Ziel gesehen werden, den freien Verkehr von Daten sehr wohl zu ermöglichen. Bonitätsprüfungen schützen nicht nur Wirtschaftsunternehmen vor leistungsunfähigen und -unwilligen Kunden, sondern auch Verbraucher vor einer übermäßigen Verschuldung gerade im bargeldlosen Zahlungsverkehr. Die generalpräventive Wirkung darf in der Bemessung des immateriellen Schadensersatzes deshalb nicht dazu führen, dass wegen des Schadensersatzrisikos keine Einmeldungen bei Wirtschaftsauskunfteien mehr erfolgen, weil dann andere Schutzzwecke negativ tangiert werden. Der in seinen finanziellen Verhältnissen nicht gefestigte Verbraucher soll durch Einmeldungen davor geschützt werden, schnell in die Verschuldung zu geraten. Die Warnfunktion durch die Beschränkung kreditierter Geschäfte ist ein Baustein, um dies zu gewährleisten. In diesem Kontext ist dann auch zu bewerten, dass die Zuerkennung immateriellen Schadensersatzes nicht die einzige Sanktionsform ggü. dem pflichtwidrig handelnden Unternehmen darstellt, gerade dann, wenn über Beschwerden an Aufsichtsbehörden beharrliche Rechtsverstöße festzustellen sind. Auch darf am Ende keine Motivation bestehen, wegen hoher immaterieller Ersatzansprüche Datenschutzverstöße zu provozieren, insb., wenn schon ein geringes Verschulden oder sogar nur der objektive Pflichtverstoß den Anspruch auslöst. Bei der Bewertung der generalpräventiven Wirkung in der Bemessung des immateriellen Schadensersatzanspruchs der Höhe nach ist deshalb auch zu berücksichtigen, inwieweit im konkreten Einzelfall die verfolgten Ziele schon durch Ausgleich und Genugtuung erreicht sind oder es einer überschießenden Wirkung bedarf. Ausgehend von diesem immateriellen Schadensbegriff hat die Bkl. einen ihr entstandenen immateriellen Schaden dem Grunde nach hinreichend dargelegt. Sie hat hierzu ausgeführt, die unberechtigt weitergegebenen Daten seien geeignet gewesen, ihre Kreditwürdigkeit erheblich herabzusetzen und ihre Teilhabe am Wirtschaftsleben zu erschweren. So sei die Kreditvergabe bei ihrer Hausbank angehalten worden und es sei zu befürchten, dass ihr künftig bei im Internet abgeschlossenen Geschäften Käufe auf Rechnung versagt würden. Bereits diese allgemein vorgetragenen potenziellen Schwierigkeiten bei der Teilhabe am Wirtschaftsleben in Form des Abschlusses von Internetkäufen sind ausreichend, einen ihr bereits entstandenen – und nicht erst zu befürchtenden – immateriellen Schaden iSd Ausgleichsfunktion darzulegen. Die mit den dargelegten Gefahren verbundenen Ängste sind nachvollziehbar. Gerade im eCommerce ist es gerichtsbekannt üblich, den Vertragskontakt durch Bonitätsabfragen abzusichern. Bonitäts-Scores beruhen dabei in der Regel auf den Merkmalen, die die großen Auskunfteien, darunter die SCHUFA, mitteilen. Vor diesem Hintergrund begründet schon die Einmeldung und die daraus folgende Nutzbarkeit des Negativmerkmals den immateriellen Schaden und nicht erst die – durch die betroffene Person kaum nachweisbare – Nutzung der eingetragenen Daten zu ihrem Nachteil. Zugleich zeigen schon das vorliegende Verfahren wie andere veröffentlichte Entscheidungen, dass die Beseitigung einer fehlerhaften Einmeldung nicht ohne Weiteres gelingt, insb. wenn damit die Wiederherstellung des Zustands vor der Einmeldung erstrebt wird und nicht nur eine Korrektur für die Zukunft. Ob daneben ein materieller Schaden entstanden ist, ist hier nicht zu entscheiden. Die Kl. kann sich von der vermuteten Haftung nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO nicht befreien. Ob es für die Begründung eines Anspruchs auf Schadensersatz nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO auf ein Verschulden der Kl. ankommt, kann hier dahinstehen. Soweit Art. 82 Abs. 3 DS-GVO bestimmt, dass der Verantwortliche oder der Auftragsverarbeiter von der Haftung gem. Absatz 2 befreit wird, wenn er nachweist, dass ihn keinerlei Verschulden an dem schadensauslösenden Ereignis trifft, muss nicht entschieden werden, ob die Norm schon den Anspruch nach Absatz 1 ausschließt. Den dafür notwendigen Nachweis hat die Kl. nicht geführt. Bloßes Mitverschulden des Geschädigten entlastet nicht, ebenso nicht eine Mitverantwortung Dritter oder Mitverursachung durch höhere Gewalt. Ein Verantwortlicher kann sich schließlich nicht dadurch entlasten, dass er nachweist, dass sein Auftragsverarbeiter eine rechtmäßige Weisung missachtet oder sonst gegen seine eigenen Pflichten verstoßen hat. Dies ergibt sich nicht zuletzt aus der in Art. 82 Abs. 4 DS-GVO angeordneten gesamtschuldnerischen Haftung von Verantwortlichem und Auftragsverarbeiter, da das Gebot des

wirksamen Schadensersatzes (Erwägungsgrund 146 S. 6 DS-GVO) ansonsten unterlaufen würde. Die Höhe des Anspruchs auf materiellen Schadensersatz ist mit dem von der Bekl. iRd offenen Teilklage geltend gemachten Betrag iHv 6.000 EUR jedoch nach Maßgabe des § 287 ZPO gänzlich überzogen und steht außer Verhältnis zu immateriellen Ersatzansprüchen im Kontext anderer Schädigungshandlungen, wie etwa bei physischen Auswirkungen von Körperverletzungen. Es werden damit die maßgeblichen Umstände des konkreten Einzelfalles im Gesamtkontext nicht hinreichend berücksichtigt. Der Senat hält ein Schmerzensgeld von 500 EUR für angemessen, aber auch ausreichend, um einerseits der Ausgleichs- und Genugtuungsfunktion zu genügen, und andererseits der generalpräventiven Funktion des immateriellen Schadensersatzes hinreichend Rechnung zu tragen. Art. 82 DS-GVO enthält keine Kriterien zur Bestimmung der Höhe des Anspruchs auf immateriellen Schadensersatz. Ausgangspunkt für dessen Berechnung ist der weit auszulegende europarechtliche Schadensbegriff. Zu berücksichtigen sind neben der inhaltlichen Schwere des Verstoßes, seiner Dauer und dem Kontext, in dem der Verstoß erfolgte, auch die Ausgleichs-, Genugtuungs- und Vorbeugefunktion des Schadensersatzanspruchs sowie drohende Folgen. Wesentlich sind die konkreten Umstände des Einzelfalles. Um den verschiedenen Funktionen des Schadensersatzanspruchs Rechnung zu tragen, ist es nicht zwingend, die Beträge hoch anzusetzen, um die geforderte Wirksamkeit und abschreckende Wirkung zu erzielen. Eine solche Betrachtungsweise lässt die Summe der konkreten Umstände des Einzelfalles außer Betracht und fokussiert sich allein auf die generalpräventive Wirkung. Auch lässt dies außer Betracht, dass ein konkreter Anspruchsteller mit seiner Betroffenheit zu entschädigen ist, während das Allgemeininteresse im Schwerpunkt nach Art. 83 DS-GVO durch Bußgelder gewahrt wird. Mit einer solchen Sichtweise wird aber die Schwelle zu einer strafenden Funktion unangemessen überschritten. Art. 82 DS-GVO will aber keinen Strafanspruch verwirklichen, was ohnehin allein dem Staat und nicht einem Einzelnen zusteht –, sondern allein general-präventiv zu Sicherungsmaßnahmen motivieren. Den Kontext betrachtend muss gesehen werden, dass es sich bei dem Forderungsmanagement in bestimmten Wirtschaftsbereichen um Massenverfahren handelt. Die Einzelforderung ist dabei außerordentlich gering und verbleibt auch in der Summe mehrerer Monate meist im Korridor der geringfügigen Forderungen bis 500 EUR. Schon der Einzelfall eines immateriellen Schadensersatzanspruchs in dem als angemessenen erachteten Umfang, verursacht also einen die Hauptsacheforderung übersteigenden Ertragsverlust. Im Hinblick auf die Vergütungsforderung des (Rechts-)Dienstleisters, der in diesen Kontexten regelmäßig die Einmeldung veranlasst, übersteigt der Anspruch sogar ein Vielfaches seiner Vergütung. Kommt es im Einzelfall zu einem Rechtsverstoß, wird der konkreten niedrigschwelligen Ausgleichsfunktion wie der im konkreten Fall notwendigen Genugtuung im Hinblick auf die Bloßstellung ggü. dem eigenen Kreditinstitut durch den zuerkannten immateriellen Schadensersatzanspruch genügt. Die Beeinträchtigungen sind primär wirtschaftlicher und nicht höchstpersönlicher Natur und kommen körperlichen Beeinträchtigungen nicht nahe. Kommt es zu vielen Fällen von Rechtsverstoßen durch den gleichen Verantwortlichen (Verletzter), ist die hohe abschreckende Wirkung ebenso in der Breite der Schadensersatzpflicht, dh in der Summe aller immateriellen Ersatzansprüche, zu sehen. Daneben tritt dann noch die Gefahr ganz erheblicher materieller Ersatzansprüche. Würde man den immateriellen Schadensersatzanspruch zu hoch ansetzen, begründete dies die Gefahr, dass aus wirtschaftlichen Gründen Einmeldungen gänzlich unterbleiben. Dies ließe die verbraucherschützende Funktion der Einmeldung, eine Verschuldung zu erschweren, in unvertretbarer Weise gänzlich in den Hintergrund treten. Der vom Senat für angemessen erachtete Ersatzanspruch berücksichtigt danach auch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Zu sehen ist daneben, dass die betroffene Person eine Vielzahl von Rechten und Möglichkeiten hat, die Beeinträchtigung gering und kurz zu halten, sodass der immaterielle Schadensersatz auch in seiner Sanktionswirkung nicht alleine steht. Auch den Aufsichtsbehörden ist mit Art. 83 DS-GVO ein hinreichendes Instrument gegeben, um spezial- und generalpräventiven Zielsetzungen wirksam zum

	<p>Durchbruch zu verhelfen. Damit wird den unionsrechtlichen Vorgaben der Effektivität und Äquivalenz genügt. Der Senat sieht sich mit seiner Sichtweise auch im Einklang mit dem Erwägungsgrund 146 DS-GVO. Der Begriff des Schadens sollte nach dessen Satz 3 im Lichte der Rspr. des EuGH weit auf eine Art und Weise ausgelegt werden, die den Zielen dieser VO in vollem Umfang entspricht.</p>
<p>OLG Frankfurt/M. Urt. v. 14.4.2022 – 3 U 21/20</p>	<p>500 EUR Dem Kl. steht wegen der rechtswidrigen Übersendung des Kontoabschlusses und der Meldung einer unzutreffenden „früheren Adresse“ an die SCHUFA ein Schmerzensgeldanspruch nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO iVm Art. 6 DS-GVO, §§ 249, 253 BGB iHv 500 EUR ebenso zu wie ein materieller Schadensersatzanspruch hinsichtlich der Erstattung anteiliger vorgerichtlicher Rechtsanwaltskosten. Beim Kl. liegt eine spürbare Beeinträchtigung seines durch die DS-GVO geschützten Rechts an den eigenen persönlichen Daten vor. Dem Kläger ist zwar – von den vorgerichtlichen Anwaltskosten abgesehen – kein materieller Schaden, aber ein gem. Art. 82 DS-GVO ersatzfähiger immaterieller Schaden entstanden. Aus dem Wortlaut von Art. 82 Abs. 1 DS-GVO ergibt sich, dass ein Anspruch auf Schadensersatz nur besteht, wenn ein materieller oder immaterieller Schaden entstanden ist. Der Schaden muss erlitten sein, dh entstanden und nicht nur befürchtet werden. Dies führt aber nicht dazu, dass der Senat einen vom Kläger erlittenen Schaden nicht feststellen könnte, auch wenn dieser im Wesentlichen „immaterieller“ Art ist. Zu beachten ist bei der Auslegung von Art. 82 Abs. 1 DS-GVO, dass nach Erwägungsgrund 146 S. 3 DS-GVO der Begriff des Schadens im Lichte der Rspr. des Gerichtshofs „weit und auf eine Art und Weise ausgelegt werden“ soll, „die den Zielen dieser Verordnung entspricht“. Hier bedarf die in Rspr. und Lit. umstrittene Frage, ob die nach der DS-GVO selbst gebotene weite Auslegung dazu führt, dass grds. jeder DS-GVO-Verstoß auch einen immateriellen Schaden begründet, nicht der Entscheidung. Nach dieser Auffassung ist die Schwere des immateriellen Schadens für die Begründung des Anspruchs nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO irrelevant und wirkt sich lediglich auf die Schadenshöhe aus. Die bisherige deutsche Rspr., die immateriellen Schadensersatz überhaupt nur bei schwerwiegenden Persönlichkeitsrechtsverletzungen zugesprochen hat, was auch der ausdrücklichen Regelung in § 8 Abs. 2 BDSG aF entsprach, ist nicht mehr anwendbar. Der Senat ist auch nicht der Auffassung, dass hier ein Bagatellfall vorliegt, der von der Anwendbarkeit der DS-GVO grds. auszuschließen wäre. Einen Ausschluss vermeintlicher Bagatellschäden wegen fehlender Erheblichkeit sieht weder das Gesetz vor, noch ist es (bisher) Grundlage der EuGH-Rspr. Der Schadensbegriff in Art. 82 DS-GVO ist, soweit dieser nicht autonom auszulegen ist, jedenfalls im Lichte von Erwägungsgrund 146 DS-GVO und der Rspr. des EuGH weit auszulegen, sodass die Ziele der DS-GVO in vollen Umfang erreicht werden. Danach liegt beim Kl. eine spürbare Beeinträchtigung seines durch die DS-GVO geschützten Rechts an den eigenen personenbezogenen Daten durch das Zusammenspiel der folgenden Faktoren vor: Weiterleitung des Kontoabschlusses an den Dritten, begründete Befürchtung des Kl., dass es angesichts des Ende Januar/Anfang Februar 2019 im Online-Zugang des Kl. eingestellten Kontoauszugs, der die Adresse des Dritten in Stadt auswies, wieder zu einer Datenpanne gekommen sein könnte und Meldung einer unzutreffenden „früheren Adresse“ zum SCHUFA-Profil des Klägers durch die ehemalige Bekl. zu 2). Eine wirtschaftliche Betrachtung zur Ermittlung des immateriellen Schadens verbietet sich. Der immaterielle Schaden des Kl. liegt u.a. in dem Verlust der Kontrolle über seine personenbezogenen Daten. Unbefugte Datenverarbeitungen können zu einem Gefühl des Beobachtetwerdens und der Hilfslosigkeit führen. Der Kl. hat auch Zeit und Mühe aufgewendet, um sich vor drohendem (weiteren) Missbrauch zu schützen, was ebenfalls eine relevante Beeinträchtigung iSv Art. 82 Abs. 1 DS-GVO darstellt. Die Verletzung von Persönlichkeitsrechten zeichnet sich gerade dadurch aus, dass nicht zwangsläufig eine bilanzierungsfähige Vermögensminderung auf Seiten des Verletzten eintritt, sondern oft ausschließlich seelischer oder moralischer Unbill und Aufwendung der Ressource Zeit. Der Bekl. hat auch schuldhaft gehandelt. Allerdings hat sich hinsichtlich der Bemessung des auf Grund von Art. 82 Abs. 1 DS-GVO zu gewährenden immateriellen Schadensersatzes noch keine gefestigte Rspr. oder</p>

	<p>einheitliche Meinung herausgebildet, auch wenn die zu § 253 BGB entwickelten Grundsätze herangezogen werden können. Die Geschädigten sollen gem. Erwägungsgrund 146 S. 6 DS-GVO einen „vollständigen und wirksamen Schadensersatz für den erlittenen Schaden erhalten“. Diese Stoßrichtung wird mit Blick auf die einschlägige Rspr. des EuGH dahingehend interpretiert, dass die Schadensersatzhöhe unter Berücksichtigung des unionsrechtlichen Effektivitätsgrundsatzes so zu bemessen sei, dass eine Abschreckungswirkung entfaltet werde. Unstreitig sind für die Bemessung des Schmerzensgelds auch die Kriterien des Art. 83 Abs. 2 DS-GVO, der für die Verhängung von Geldbußen durch die Aufsichtsbehörden gilt, heranzuziehen, also die Art, Schwere und Dauer des Verstoßes unter Berücksichtigung von Art, Umfang oder Zweck der betreffenden Verarbeitung sowie die betroffenen Kategorien personenbezogener Daten. Der Schmerzensgeldanspruch ist angesichts dessen, dass der eingetretene Schaden am unteren Rand möglicher Beeinträchtigungen des Persönlichkeitsrechts des Kl. und seiner Rechte aus Art. 6 DS-GVO anzusiedeln ist, grds. nicht sehr hoch zu bemessen. Auch ist nur bekannt, dass lediglich zwei Personen hiervon entgegen Art. 6 DS-GVO Kenntnis erlangt haben. Die vom Kl. geltend gemachten vorgerichtlichen Rechtsanwaltskosten sind aus Art. 82 Abs. 1 DS-GVO iVm mit den zu § 249 Abs. 1 BGB entwickelten Grundsätzen begründet. Der sich aus Art. 82 Abs. 1 DS-GVO iVm § 249 Abs. 1 BGB ergebende Anspruch auf Freistellung nach § 257 S. 1 BGB hätte sich jedenfalls gem. § 280 Abs. 1 und Abs. 3 sowie § 281 Abs. 1 S. 1 BGB in einen Zahlungsanspruch umgewandelt.</p>
<p>OLG Dresden Urt. v. 8.3.2022 – 4 U 1050/21 = MMR 2022, 479</p>	<p>0 EUR Ein Schadensersatzanspruch wegen rechtswidriger Beitragslöschungen und vorübergehender Sperrungen folgt nicht aus Art. 82 DS-GVO. Dabei kann bei der Bestimmung auch des immateriellen Schadens auf den Wert der Daten und ihrer Nutzung aus Sicht des Verantwortlichen abgestellt werden, insb., wenn diese Daten kommerziell genutzt werden. Eine schwerwiegende Verletzung des Persönlichkeitsrechts ist grds. nicht Voraussetzung des Schadensersatzanspruchs. Es fehlt an einer Darlegung seitens des Kl, inwiefern ein Verstoß der Bekl. gegen Vorschriften der DS-GVO vorlag und auf welche Weise ein immaterieller Schaden verursacht worden sein soll. Ein Verstoß gegen die DS-GVO stellt nicht bereits den Eintritt eines – auch immateriellen – Schadens dar. Außerdem ist ein Verstoß nicht schlüssig vorgetragen worden. Soweit die Kl. die Auffassung vertritt, dass die Einwilligung des Nutzers gem. Art. 6 Nr. 1 lit. a, lit. f DS-GVO ihre Wirksamkeit von selbst verliere, wenn die Bekl. eine teilweise Sperre des Kontos veranlasse, kann dem nicht gefolgt werden. Auf welche Weise sich eine solche Einschränkung oder Bedingung der Zustimmung zur Datenvereinbarung in rechtlicher Hinsicht ergeben sollte, ist nicht nachzuvollziehen.</p>
<p>OLG Frankfurt/M. Urt. v. 2.3.2022 – 13 U 206/20 = ZD 2022, 333 mAnm Schemmel</p>	<p>0 EUR Art. 82 DS-GVO erfordert die Darlegung des Eintritts eines Schadens. Die Frage, ob bereits der Datenschutzverstoß als solcher für das Entstehen eines Schadensersatzanspruchs ausreicht oder es darüber hinaus der Darlegung und des Nachweises eines konkreten (auch: immateriellen) Schadens bedarf, ist in Rspr. und Lit. umstritten. Der Senat folgt im Ergebnis der Auffassung, wonach über den festgestellten Verstoß gegen die Vorschriften des DS-GVO hinaus Voraussetzung für eine Entschädigung in Geld der Nachweis eines konkreten (auch immateriellen) Schadens ist. Hierfür spricht zunächst bereits der Wortlaut von Art. 82 Abs. 1 DS-GVO, der über den Verstoß hinaus ausdrücklich die Entstehung eines Schadens („... Schaden entstanden ist“) voraussetzt. Hätte der Ordnungsgeber eine nur an den Rechtsverstoß anknüpfende, vom Nachweis eines konkreten Schadens unabhängige Zahlungspflicht anordnen wollen, hätte es demgegenüber nahegelegen, dies – wie zB im Luftverkehrsrecht gem. Art. 7 Abs. 1 FluggastrechteVO (VO (EG) 261/2004) – durch Pauschalen zu regeln. In Erwägungsgrund 146 S. 3 DS-GVO heißt es zwar, dass der Begriff des Schadens im Lichte der Rspr. des EuGH weit auf eine Art und Weise ausgelegt werden soll, die den Zielen der VO in vollem Umfang entspricht. Der Anspruch soll nach Erwägungsgrund 146 S. 6 DS-GVO sicherstellen, dass die betroffenen Personen einen vollständigen und wirksamen Schadensersatz für den erlittenen Schaden erhalten. Das schließt ein, dass Schadensersatzforderungen abschrecken und weitere Verstöße unattraktiv machen sollen. Der Begriff des Schadens in Art. 82 DS-GVO ist autonom</p>

	<p>auszulegen, mithin kommt es nicht darauf an, ob ein bestimmter Schaden nach nationalem Recht als Schaden angesehen werden könnte. Auch hiernach ist der Schaden jedoch nicht mit der zu Grunde liegenden Rechtsgutsverletzung gleichzusetzen. Denn ausdrücklich muss der Schaden „erlitten“ werden, woraus folgt, dass dieser tatsächlich entstanden sein muss und nicht lediglich befürchtet wird. Der bloße Verstoß gegen Bestimmungen der DS-GVO reicht daher nicht aus. Hinzu kommt schließlich, dass weder Art. 82 DS-GVO noch dessen Erwägungsgründe einen Hinweis darauf enthalten, dass geringfügige (Bagatellschäden) nicht auszugleichen wären; vielmehr sieht Erwägungsgrund 148 S. 2 DS-GVO vor, dass lediglich ausnahmsweise bei geringfügigen Verstößen auf die Verhängung einer Geldbuße verzichtet werden kann. Das Erfordernis des Nachweises eines tatsächlich erlittenen Schadens ist daher auch der Sache nach erforderlich, um ein vom Ordnungsgeber nicht gewolltes Ausufern von Schadensersatzforderungen in allen Fällen eines – tatsächlich für den Betroffenen folgenlosen – Datenschutzverstoßes zu vermeiden. Das Vorliegen eines konkreten – immateriellen – Schadens, wozu auch Ängste, Stress sowie Komfort- und Zeiteinbußen zählen, hat der Kl. nicht dargetan.</p>
<p>LSG Hessen Beschl. v. 26.1.2022 – L 6 SF 7/21 DS</p>	<p>0 EUR Bei dem unmittelbar auf Art. 82 Abs. 1 DS-GVO gestützten Anspruch, den der Kl. geltend macht, handelt es sich um einen Schadensersatzanspruch aus Amtspflichtverletzung iSv Art. 34 S. 3 GG. Für hieran anknüpfende Schadensersatzansprüche ist die ausschließliche Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte gegeben. Anknüpfungspunkt für entsprechende Überlegungen ist Art. 82 Abs. 6 DS-GVO: Danach sind mit Gerichtsverfahren zur Inanspruchnahme des Rechts auf Schadensersatz die Gerichte zu befassen, die nach den in Art. 79 Abs. 2 DS-GVO genannten Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats zuständig sind. Dieser legt in seinem Satz 1 fest, dass für Klagen gegen einen Verantwortlichen oder gegen einen Auftragsverarbeiter die Gerichte des Mitgliedstaats zuständig sind, in dem der Verantwortliche oder der Auftragsverarbeiter eine Niederlassung hat. Wahlweise können nach Art. 79 Abs. 2 S. 2 DS-GVO solche Klagen auch bei den Gerichten des Mitgliedstaats erhoben werden, in dem die betroffene Person ihren Aufenthaltsort hat, es sei denn, es handelt sich bei dem Verantwortlichen oder dem Auftragsverarbeiter um eine Behörde eines Mitgliedstaats, die in Ausübung ihrer hoheitlichen Befugnisse tätig geworden ist. Bezieht man den Verweis aus Art. 82 Abs. 6 DS-GVO unmittelbar auf „die Gerichte“ des Mitgliedstaats nach Art. 79 Abs. 2 DS-GVO könnte dem zu entnehmen sein, dass primärer und sekundärer Rechtsschutz nicht auseinanderlaufen sollen und die europarechtlichen Vorgaben also dem für das deutsche Recht typischen gespaltenen Rechtsweg entgegenstehen. Die mit § 81b SGB X getroffene Zuständigkeitsregelung wäre dann nach den europarechtlichen Vorgaben auch für die Schadensersatzansprüche aus Art. 82 DS-GVO maßgeblich. Der Wortlaut lässt allerdings auch ein Verständnis der Verweisungsregelung aus Art. 82 Abs. 6 DS-GVO zu, dass sich nur allgemein auf die Regelungen des nach Art. 79 Abs. 2 DS-GVO zuständigen Mitgliedstaats bezieht und die internen Zuweisungen der gerichtlichen Zuständigkeit den innerstaatlichen Regelungen überlässt. Dementsprechend wird Art. 82 Abs. 6 DS-GVO schon unabhängig von der hiesigen Problematik überwiegend nur als Regelung der internationalen Zuständigkeit und also des zuständigen Mitgliedstaats angesehen.</p>
<p>OLG Celle Ur. v. 20.1.2022 – 13 U 84/19 = MMR 2022, 399</p>	<p>0 EUR Es lag kein Verstoß gegen die DS-GVO vor. Die Nutzung der Daten des Kl. erfolgte mit dessen Zustimmung. Daran ändert es nichts, dass sich die Bekl. bei der Löschung des Posts und der Sperrung pflichtwidrig verhalten hat.</p>
<p>OLG München Ur. v. 14.12.2021 – 18 U 6997/20 Pre = ZD 2022, (#419)</p>	<p>0 EUR Ersatzfähig als Schaden sind alle Nachteile, die der Geschädigte an seinem Vermögen oder an sonst rechtlich geschützten Gütern erleidet. Ein solch immaterieller Schaden, der hier allenfalls an eine – ggf. auch weniger schwerwiegende – Verletzung des Persönlichkeitsrechts anknüpfen könnte, liegt nicht vor. Die bloße Sperrung des klägerischen Nutzerkontos begründet einen solchen Schaden nicht.</p>
<p>OLG Dresden Ur. v.</p>	<p>5.000 EUR Anknüpfungspunkt für einen Anspruch aus Art. 82 Abs. 1 DS-GVO ist die „Verantwortlichkeit“, die immer dann zu bejahen ist, wenn eine natürliche</p>

<p>30.11.2021 – 4 U 1158/21 = ZD 2022, 159</p>	<p>oder juristische Person alleine oder gemeinsam mit anderen über die Zwecke und die Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten entscheiden kann und entscheidet. Damit entfällt zwar in aller Regel die Verantwortlichkeit weisungsgebundener Angestellter oder sonstiger Beschäftigter. IRd nach § 287 ZPO vorzunehmenden Schadensschätzung sind auch iRd Art. 82 DS-GVO allgemein die Art, Schwere, Dauer des Verstoßes, Grad des Verschuldens, Maßnahmen zur Minderung des den betroffenen Personen entstandenen Schadens, frühere einschlägige Verstöße sowie die Kategorien der betroffenen personenbezogenen Daten in die Erwägung mit einzubeziehen. Nach Erwägungsgrund 146 DS-GVO soll der Begriff des Schadens im Lichte der Rspr. des EuGH weit und auf eine Art und Weise ausgelegt werden, „die den Zielen dieser Verordnung in vollem Umfang entspricht“. Nach dem Effektivitätsprinzip (effet utile) ist insoweit auch eine abschreckende Sanktion nicht ausgeschlossen. Dies bedeutet aber nicht, dass die Geldentschädigung zwingend „Strafcharakter“ haben muss, sondern die Höhe des Anspruchs muss auf der Basis des Effektivitätsprinzips eine abschreckende Wirkung haben. In einer Gesamtabwägung hält der Senat das bereits vom LG ausgeurteilte Schmerzensgeld iHv 5.000 EUR für angemessen.</p>
<p>OLG Düsseldorf Urt. v. 28.10.2021 – 16 U 275/20 = ZD 2022, 337</p>	<p>2.255,85 EUR (2.000 EUR Schmerzensgeld; 255,85 EUR vorgerichtliche Rechtsanwaltskosten) Die Kl. hat gegen die Bekl. infolge eines fehlerhaften Versandes einer Gesundheitsakte einen immateriellen Schadensanspruch aus Art. 82 Abs. 1 DS-GVO. Es kann dahinstehen, ob Art. 82 Abs. 1 DS-GVO für das sozialrechtliche Rechtsverhältnis zwischen der Kl. und der Bekl. unmittelbar gilt. Art. 82 Abs. 1 DS-GVO ist auch nicht deshalb unanwendbar, weil es bei der von der Bekl. an das falsche E-Mail-Konto versandten Gesundheitsakte um eine Verbreitung personenbezogener Daten geht, die den Schutzbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts betreffen. Infolge des in dem E-Mail-Versand an das falsche E-Mail-Postfach liegenden Verstoßes gegen die Vorschriften der DS-GVO hat die Kl. einen immateriellen Schaden erlitten. Als immaterieller Schaden der Kl. stellt sich die mit dem Verlust der Datenkontrolle verbundene seelisch belastende Ungewissheit über das Schicksal ihrer Daten dar. Dafür, dass darin ein immaterieller Schaden iSv Art. 82 Abs. 1 DS-GVO liegen kann, spricht nicht nur Erwägungsgrund 75 DS-GVO, wo dem Schadensbegriff auch der Verlust der Kontrolle über personenbezogene Daten zugeordnet wird. Dafür spricht auch, dass in den meisten Rechtsordnungen mit dem Begriff des immateriellen Schadens Schäden wie seelisches Leid oder Beeinträchtigungen der Lebensqualität erfasst werden und der EuGH ein vergleichbares Schadensverständnis auch für das Unionsprimärrecht vertritt. Der Gerichtshof verlangt dort zwar, dass ein Schaden tatsächlich und sicher sein muss, andererseits kann bereits ein langanhaltender Zustand belastender Ungewissheit einen immateriellen Schaden darstellen. Dahinstehen kann hier, ob Voraussetzung eines Schadensersatzanspruchs nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO ist, dass der durch den Datenschutzverstoß entstandene immaterielle Schaden ein gewisses Gewicht erreicht haben muss. Der der Kl. hier entstandene immaterielle Schaden hat ausreichendes Gewicht. Sie hat nicht nur einen Bagatellschaden erlitten, der ggf. keines Ausgleichs nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO bedürfte. Angesichts des Umfangs und der Bedeutung der Daten, über welche die Kl. über viele Monate die Kontrolle verloren hat, und angesichts der Sorgen und Befürchtungen, unter denen sie auf Grund des Datenverlusts in dieser Zeit gelitten hat, ist eine etwaige Bagatellschwelle zweifelsfrei überschritten. Insoweit ist zu berücksichtigen, dass die DS-GVO Gesundheitsdaten iSv Art. 4 Nr. 15 DS-GVO, wie sie hier betroffen sind, durch das grds. Verarbeitungsverbot in Art. 9 Abs. 1 DS-GVO als besonders sensible Datenkategorie anerkennt. Es kommt hinzu, dass der hier betroffene Auszug aus der Gesundheitsakte der Kl. nicht nur sehr umfangreich war, sondern auch höchst intime Gesundheitsinformationen enthielt. Für die Bemessung von Schadensersatzansprüchen nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO enthält die DS-GVO nur wenige Vorgaben. Aus dem Nebeneinander von materiellem und immateriellem Schaden folgt, dass auch solche Schäden auszugleichen sind, die sich nicht unmittelbar in Geld bemessen lassen. Nach Erwägungsgrund 146 S. 3 DS-GVO sollte der Begriff des Schadens im Lichte der Rspr. des Gerichtshofs zudem weit auf eine Art und Weise ausgelegt werden, die den</p>

	<p>Zielen der VO in vollem Umfang entspricht. Nach Erwägungsgrund 146 S. 6 DS-GVO sollten die betroffenen Personen einen vollständigen und wirksamen Schadensersatz für erlittene Schäden erhalten. Hiernach hat sich der Schadensersatz zuvörderst an dem Ziel des Schadensausgleichs zu orientieren. Das gilt, weil die Vorschrift nicht zwischen den Schadensarten differenziert, auch im Falle immaterieller Schäden. Darüber hinaus wird bei immateriellen Einbußen auch die Genugtuungsfunktion Bedeutung erlangen und als ein Umstand bei der Schadensbemessung berücksichtigt werden können, wenn die Umstände des konkreten Falles hierfür Anlass geben. Letztlich können – wie dies auch bei Art. 340 Abs. 2 AEUV der Fall ist – für die Bemessung des Ersatzanspruchs für immaterielle Schäden nur die Umstände des konkreten Einzelfalles entscheidend sein. Zu berücksichtigen sein können etwa Art, Schwere und Dauer des Datenschutzverstoßes, das Verhalten des Verantwortlichen sowie die Auswirkungen des Verstoßes für den Betroffenen. Solche Kriterien sind nach Art. 83 Abs. 2 S. 2 DS-GVO auch bei der Verhängung von Geldbußen für Datenschutzverstöße zu berücksichtigen. Bei der Ermittlung der danach angemessenen Art der Entschädigung und der Bestimmung des ggf. zuzuerkennenden Schadensersatzbetrags haben die Gerichte einen erheblichen Spielraum. Ausgehend hiervon sind hier jedenfalls die Kategorie der betroffenen personenbezogenen Daten, Art, Schwere und Dauer des Datenschutzverstoßes, die seelischen Auswirkungen bei der Kl., der Grad des Verschuldens, die ergriffenen Maßnahmen zur Minderung der Schadensfolgen sowie der Gesichtspunkt in den Blick zu nehmen, ob eine dauerhafte Beeinträchtigung der Herrschaft über die eigenen Daten und der seelischen Gesundheit verbleibt. Die genannten Umstände, insb. die psychischen Auswirkungen des Datenschutzverstoßes bei der Kl., sprechen in der Gesamtschau dafür, dass der ihr entstandene immaterielle Schaden nur durch eine Geldzahlung, nicht aber durch andere Maßnahmen wie etwa eine erklärte Entschuldigung vollständig ausgeglichen werden kann. Hinsichtlich der vorgenannten Daten der Kl. bestand ein zehnmonatiger Kontrollverlust. Ob einem nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO zuzusprechenden Schadensersatzbetrag per se eine abschreckende Wirkung zukommen muss, wie teilweise vertreten wird, hält der Senat für zweifelhaft. Eine Minderung des Schadensersatzbetrags nach § 254 Abs. 1 BGB kommt nach den für den Senat bindenden tatsächlichen Feststellungen des LG nicht in Betracht. Ein Freistellungsanspruch der Kl. hinsichtlich außergerichtlicher Rechtsverfolgungskosten ergibt sich dem Grunde nach aus Art. 82 Abs. 1 DS-GVO iVm § 249 BGB.</p>
<p>OLG München Urt. v. 27.10.2021 – 20 U 7051/20 = ZD 2022, 38 (bestätigt LG Landshut Urt. v. 6.11.2020 – 51 O 513/20 = ZD 2021, 161)</p>	<p>0 EUR Es wurde kein Verstoß gegen die DS-GVO festgestellt. Die Nennung von Eigentümern, in deren Wohnung ein Salmonellenbefall festgestellt wurde, ggü. anderen Eigentümern einer Wohnungseigentümergeinschaft ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c, lit. f DS-GVO zulässig.</p>
<p>OLG Dresden Urt. v. 14.10.2021 – 4 U 1278/21 = ZD 2022, 235</p>	<p>0 EUR Der Kl. hat den Eintritt eines kausal auf die Pflichtverletzung der Bekl. zurückzuführenden Schadens nicht schlüssig dargelegt. Der Wortlaut von Art. 82 Abs. 1 DS-GVO setzt den Eintritt eines Schadens voraus. Erst wenn der Eintritt des Schadens feststeht, ist in einem zweiten Schritt zu entscheiden, ob ein erheblicher Schaden oder ein Bagatellschaden vorliegt. Auch aus den Ausführungen im Erwägungsgrund 75 DS-GVO lässt sich entnehmen, dass von dem Erfordernis des Eintritts eines Schadens nicht abgesehen wird.</p>
<p>KG Urt. v. 15.9.2021 – 5 U 35/20</p>	<p>0 EUR Der Anspruch des Art. 82 DS-GVO unterliegt dem allgemeinen nationalen Haftungsregime des BGB, sodass die §§ 249 ff. BGB zur Anwendung kommen. Aus diesem Grund kann die deutsche Rechtsauslegung zur fehlenden Erforderlichkeit und Zweckmäßigkeit der Rechtsanwaltskosten verwiesen werden. Die dort dargestellten Grundsätze sind nicht nur dem deutschen Schadensrecht immanent und verstoßen auch nicht gegen den unionsrechtlichen Effektivitätsgrundsatz, denn auch bei Befolgung dieser Grundsätze wird die Ausübung der durch die Unionsrechtsordnung verliehenen</p>

	Rechte weder praktisch unmöglich gemacht noch übermäßig erschwert. Zudem vertritt der EuGH im Rahmen seiner Rspr. zur unionsrechtlichen Amtshaftung ohnehin die Auffassung, vorgerichtliche Rechtsanwaltskosten, etwa für eine außergerichtliche Aufforderung, seien nicht erstattungsfähig, weil ihr Entstehen auf einer freien Entscheidung des Geschädigten beruhe. Art. 82 Abs. 1 DS-GVO sieht aber nur Ersatz für einen Schaden vor, der wegen eines Verstoßes gegen die DS-GVO entstanden ist.
OLG Hamm Urst. v. 31.8.2021 – 9 U 56/20	4.000 EUR Diese Entscheidung weist neben dem Tenor keinen Gründe auf.
OLG Dresden Urst. v. 31.8.2021 – 4 U 324/21 = ZD 2022, 40	0 EUR Jede Person, der wegen eines DS-GVO-Verstoßes ein materieller oder immaterieller Schaden entstanden ist, hat hiernach Anspruch auf Schadensersatz gegen den Verantwortlichen. Jeder an einer Verarbeitung beteiligte Verantwortliche haftet dabei für den Schaden, der durch eine nicht dieser VO entsprechende Verarbeitung verursacht wurde. Ein solcher Verstoß liegt hier aber nicht vor. Der Kl. hatte konkludent seine Einwilligung in die mit dem Austausch der Festplatte einhergehende Datenlöschung erteilt. Ob der zwischen den Parteien bestehende Kaufvertrag und die damit einhergehenden vertraglichen Verpflichtungen wirksam nach §§ 305 ff. BGB abgeändert wurden, kann iRd Anspruchs nach Art. 82 DS-GVO dahinstehen. Auch, ob der bloße Datenverlust einen immateriellen Schaden iSd Art. 82 DS-GVO darstellt oder ob hierfür eine erhebliche Beeinträchtigung erforderlich ist. Es fehlt an jeglichem Vortrag des Kl. zu den Auswirkungen des behaupteten Datenverlusts. Der geltend gemachte immaterielle Schaden (10.000 EUR) dient ersichtlich nur dazu, ein Drohpotenzial aufzubauen.
OLG Brandenburg Beschl. v. 11.8.2021 – 1 U 69/20 = ZD 2021, 693	0 EUR Ein Entschädigungsanspruch aus Art. 82 Abs. 1 DS-GVO setzt das Vorliegen eines Schadens voraus, den die anspruchstellende Partei im Rechtsstreit darzulegen hat. Hier wurde ein solcher Schaden nicht schlüssig dargelegt. Aus Art. 82 Abs. 3 DS-GVO iVm Erwägungsgrund 146 S. 2 DS-GVO folgt keine Beweislastumkehr für das Vorliegen eines Schadens. Nach dem klaren und eindeutigen Wortlaut des Art. 82 Abs. 3 DS-GVO und Erwägungsgrund 146 DS-GVO bezieht sich die Nachweisobliegenheit des Verantwortlichen allein auf seine Verantwortlichkeit für die Umstände, die den Schaden herbeigeführt haben, nicht aber – auch – auf den Schaden selbst. Einer Vorlage an den EuGH bedurfte es auf Grund des eindeutigen Wortlauts des Art. 82 Abs. 1, Abs. 3 DS-GVO nicht.
OLG Bremen Beschl. v. 16.7.2021 – 1 W 18/21 = ZD 2021, 652	0 EUR Ein Anspruch auf Schadensersatz nach Art. 82 DS-GVO setzt den Eintritt eines materiellen oder immateriellen Schadens voraus. Zur Geltendmachung eines Anspruchs auf Ersatz immaterieller Schäden genügt die Behauptung eines DS-GVO-Verstoßes ohne Vorbringen zu einem hierdurch entstandenen immateriellen Schaden nicht.
OLG Schleswig-Holstein Urst. v. 2.7.2021 – 17 U 15/21 = ZD 2021, 584 (Revision: BGH VI ZR 225/21)	887,03 EUR Der Kl. hat gegen die Bkl. einen Anspruch auf Ersatz der von ihm geltend gemachten vorgerichtlichen Rechtsanwaltskosten iHv 887,03 EUR aus Art. 82 Abs. 1 DS-GVO, § 249 BGB.
OLG Hamm Urst. v. 29.6.2021 – I-4 U 189/20 = ZD 2022, 42 mAnm Gulden	0 EUR Ein Verstoß gegen die DS-GVO sowie die Löschung und Zahlung eines Schmerzensgelds nach Art. 82 DS-GVO iHv 500 EUR wurden abgelehnt. Die Namensnennung iRe Online-Bewertung bei Google ist durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gerechtfertigt (Art. 17 Abs. 3 lit. a DS-GVO).
OLG Stuttgart Urst. v. 18.5.2021 – 12 U 296/20 = ZD 2022, 105	0 EUR Dem Kl. steht wegen der erfolgten Videoüberwachung kein Schmerzensgeldanspruch zu. Als Nichtvermögensschaden durch Verstöße gegen das Datenschutzrecht kommen etwa die öffentliche Bloßstellung durch Zugänglichmachen personenbezogener Daten für Dritte, soziale Diskriminierung, Hemmung in der freien Persönlichkeitsentfaltung, Reduzierung des Menschen auf ein Datenverarbeitungsobjekt, psychische Auswirkungen bei der betroffenen Person infolge des Datenschutzverstoßes oder Identitätsdiebstahl bzw. -betrug in Betracht. Bei Beachtung dessen ist nicht

	<p>ersichtlich, dass dem Kl. ein erheblicher oder gar schwerwiegender Schaden entstanden ist, der durch ein Schmerzensgeld auszugleichen wäre.</p>
<p>OLG Stuttgart Urt. v. 31.3.2021 – 9 U 34/21 = ZD 2021, 375 (Revision beim BGH unter Az. VI ZR 111/21 eingelegt)</p>	<p>0 EUR Art. 82 Abs. 1 DS-GVO fasst den Begriff der Pflichtverletzung, die vorliegend auf Grund der rechtzeitigen Auskunftsbearbeitung nicht vorlag, denkbar weit und schließt grds. jede Verletzung materieller oder formeller Bestimmungen der VO ein. Es gelten die Beweisregeln des nationalen Prozessrechts, während sich die Rechenschaftspflicht des Art. 5 Abs. 2, 24 Abs. 1 DS-GVO nur auf die Verantwortlichkeit ggü. der Datenschutzbehörde bezieht. Auf die Rechenschaftspflicht kann keine Beweislastumkehr oder Beweiserleichterung gestützt werden. Die Vermutung betrifft nur das Verschulden, Art. 82 Abs. 2 DS-GVO. Eine Beweislastumkehr würde zu einer vom Verordnungsgeber nicht gewollten Risikohaftung führen. Auf Grund des Effektivitätsgrundsatzes darf das nationale Beweisrecht keinen unüberbrückbaren Hürden für die Geltendmachung des Auskunftsanspruchs vorsehen. Durch die Heranziehung der Grundsätze über die sekundäre Beweislast sind die Anforderungen gewahrt.</p>
<p>OLG Schleswig-Holstein Beschl. v. 1.3.2021 – 7 U 152/20</p>	<p>0 EUR Weil die Bekl. mit der Sperrung der Social-Media-Plattform keine Rechtsverletzung begangen hat, stehen dem Kl. keine Schadensersatzansprüche zu. Ein Anspruch auf Zahlung iHv 1.500 EUR scheidet mangels Anspruchsgrundlage für einen Zahlungsanspruch aus. Ein Verstoß gegen die Vorgaben der DS-GVO liegt jedoch nicht vor. Erhebung und Verarbeitung seiner Daten, wozu gem. Art. 4 Nr. 2 DS-GVO auch die Löschung des streitgegenständlichen Posts und die Sperrung seines Kontos zählen, beruhen auf der vom Kl. vorab erteilten Zustimmung zu den Nutzungsbedingungen der Bekl. (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DS-GVO). Diese ist gerade nicht daran geknüpft, dass auch die Bekl. ihren vertraglichen Verpflichtungen nachkommt und umfasst daher auch Zeiträume, in denen der Account gesperrt ist. Dass dem Kl. durch die Sperrung ein materieller oder immaterieller Schaden iSd Art. 82 DS-GVO entstanden wäre, ist weder dargetan noch ersichtlich. Die bloße Sperrung seiner Daten stellt ebenso wie ein etwaiger Datenverlust noch keinen Schaden iSd DS-GVO dar. Die behauptete Hemmung in der Persönlichkeitsentfaltung durch die (rechtmäßige) dreißigtägige Sperrung hat allenfalls Bagatelldarstellung, was die Zuerkennung eines immateriellen Schadensersatzes ausschließt.</p>
<p>OLG Düsseldorf Beschl. v. 16.2.2021 – 16 U 269/20 = ZD 2021, (##822)</p>	<p>0 EUR Der Anspruch aus Art. 82 DS-GVO erfasst nach dem Schutzzweck der Norm nur solche Sachverhalte, in denen die Art der Informationserlangung gerügt wird und der Vorwurf einer intransparenten Datenverarbeitung im Raum steht, es also um das Recht auf informationelle Selbstbestimmung geht. Knüpft die Beeinträchtigung dagegen an das Ergebnis des Kommunikationsprozesses, nämlich die Veröffentlichung und Verbreitung der personenrelevanten Daten an, so ist allein der Schutzbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts betroffen, und eine Anwendung des Art. 82 DS-GVO kommt nicht in Betracht. Der Anspruch aus Art. 82 DS-GVO erfasst nach dem Schutzzweck der Norm nur solche Sachverhalte, in denen es um die Art der Informationserlangung geht.</p>
<p>OLG Karlsruhe Urt. v. 23.2.2021 – 14 U 3/19 = ZD 2021, 376</p>	<p>0 EUR Vorliegend lag kein Verstoß gegen die DS-GVO vor, sodass auch kein Anspruch aus Art. 82 Abs. 1 DS-GVO zugesprochen wurde.</p>
<p>KG Beschl. v. 2.2.2021 – 9 W 1117/20 = ZD 2021, 378</p>	<p>0 EUR Es wurde kein immaterieller Schadensersatz zugesprochen, da die Verletzungshandlungen vor Anwendbarkeit der DS-GVO erfolgten.</p>
<p>OLG Dresden Urt. v. 12.1.2021 – 4 U 1600/20 = ZD 2021, (##575)</p>	<p>0 EUR Für einen Geldentschädigungsanspruch wird ein schwerwiegender Persönlichkeitseingriff verlangt. Die Löschung eines Posts und die dreißigtägige Versetzung in den „Read-only-Modus“ berührt nur die Sozialsphäre der betroffenen Person, sie wird nicht öffentlich mitgeteilt und zeitigt keine „Prangerwirkung“.</p>
<p>OLG München Urt. v. 8.12.2020 – 18 U 5493/19 Pre</p>	<p>0 EUR Die bloße Sperrung des Nutzerprofils begründet keinen Schaden.</p>

OLG Köln Ur. v. 26.11.2020 – 15 U 39/20 = ZD 2021, 323	0 EUR Es besteht iRe journalistischen Tätigkeit keine Schadensersatzpflicht nach Art. 82 Abs. 2 DS-GVO bei einer Verletzung des Art. 6 DS-GVO, da Art. 6 DS-GVO wegen Art. 85 Abs. 2 DS-GVO auf Grund der nationalen Vorgaben in den Presse- und Mediengesetzen nicht anwendbar ist.
OLG Dresden Ur. v. 20.8.2020 – 4 U 784/20 = ZD 2021, 93	0 EUR Die Löschung von Posts auf einem sozialen Netzwerk stellt für sich genommen noch keinen ersatzfähigen Schaden dar. Die dreißigtägige Sperrung des Nutzerkontos hat Bagatelldarakter, was die Zuerkennung eines immateriellen Schadensersatzes nicht rechtfertigt.
OLG Nürnberg Ur. v. 4.8.2020 – 3 U 3641/19 = MMR 2020, 873 (Ls.)	0 EUR Der Kl. hatte nach eigener Behauptung keinen Schaden durch unerlaubten Umgang seiner personenbezogenen Daten erlitten.
OLG Köln Ur. v. 30.7.2020 – 15 U 313/10	0 EUR Ein Anspruch scheitert am sog. Medienprivileg. Auch wenn in Art. 85 Abs. 2 DS-GVO das Kap. VIII der DS-GVO, welches Art. 82 DS-GVO enthält, gerade nicht vom Anwendungsbereich der DS-GVO für die journalistische Tätigkeit ausgenommen ist, hält der Senat die Schadensersatzpflicht zu Lasten der Medien bei einem – hier bei Anwendung der DS-GVO iÜ allein in Betracht kommenden – Verstoß gegen Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO nicht für anwendbar, weil mangels Geltung der Pflichten aus Art. 6 DS-GVO auch keine Verletzung dieser Vorschrift vorliegen kann.
OLG München Ur. v. 12.5.2020 – 18 U 2689/19 Pre	0 EUR Ein Anspruch der Kl. auf Schadensersatz iHv insgesamt 4.200 EUR ist bereits deshalb nicht gegeben, weil es an einer Pflichtverletzung der Bekl. in Form von einer oder mehreren rechtswidrigen Sperren des klägerischen Nutzerprofils fehlt. Die Verarbeitung der Daten der Kl. durch die Bekl. verstieß nicht gegen die DS-GVO, denn sie beruhte auf der vorab erteilten Zustimmung zu den Nutzungsbedingungen der Bekl. (Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO).
OLG Köln Ur. v. 26.3.2020 – 15 U 193/19	0 EUR Art. 82 DS-GVO erfordert weder eine schwere Persönlichkeitsrechtsverletzung des Betroffenen noch ein Verschulden des sich Äußernden und es geht aus Erwägungsgrund 146 DS-GVO auch nicht hervor, dass der Ersatz eines immateriellen Schadens des Betroffenen unabweislich geboten sein muss. Art. 82 Abs. 1 DS-GVO ist hier aber schon dem Grunde nach nicht anwendbar, da die Veröffentlichung der Bildnisse durch die Bekl. eine „Verarbeitung zu journalistischen Zwecken“ darstellt und damit das Medienprivileg nach Art. 85 Abs. 2 DS-GVO iVm § 19 Abs. 1 BlnDSG eingreift. Auch wenn Art. 85 Abs. 2 DS-GVO gerade keine Möglichkeit für Abweichungen oder Ausnahmeregelungen der Mitgliedstaaten vorsieht, ist die Schadensersatzpflicht zu Lasten der Medien bei einem Verstoß gegen Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO nicht anwendbar. Mangels Geltung der Pflichten kann aus Art. 6 DS-GVO auch keine Verletzung dieser Vorschrift vorliegen.
OLG München Ur. v. 18.2.2020 – 18 U 3465/19 = MMR 2021, 71	0 EUR Vorliegend lag kein Verstoß gegen die DS-GVO vor, sodass auch kein Anspruch aus Art. 82 Abs. 1 DS-GVO zugesprochen wurde. Die betroffene Person hatte eine vorherige Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DS-GVO bzgl. der Nutzungsbedingungen der Social-Media-Plattform Facebook erteilt.
OLG Bamberg Beschl. v. 6.2.2020 – 8 U 246/19	0 EUR In der Löschung eines Kommentars und der zeitweisen sowie partiellen Sperrung der Nutzungsmöglichkeiten der Internet-Plattform liegt kein DS-GVO-Verstoß.
OLG Braunschweig Ur. v. 5.2.2020 – 1 U 9/20 = MMR 2021, (706)	0 EUR Die Sperrung des Posts und die Funktionsbeeinträchtigung des Accounts des Kl. stellten keinen Verstoß gegen zwingende Vorgaben der DS-GVO dar. Die bloße Sperrung der Daten stellen ebenso wie ein Datenverlust für sich genommen noch keinen Schaden dar.
OLG Dresden Hinweisbeschl. v. 11.12.2019 – 4 U 1680/19 = ZD 2020, 413	0 EUR Die bloße Sperrung des Nutzerkontos auf einem sozialen Netzwerk stellt ebenso wie der Datenverlust noch keinen Schaden iSd DS-GVO dar. Die dreißigtägige Sperrung des Nutzerkontos hat Bagatelldarakter, was die Zuerkennung eines immateriellen Schadensersatzes nicht rechtfertigt.

<p>OLG Dresden Hinweisbeschlu ss v. 11.6.2019 – 4 U 760/19 = ZD 2019, 567</p>	<p>0 EUR Die bloße Sperrung des Nutzerkontos auf einem sozialen Netzwerk stellt ebenso wie der Datenverlust noch keinen Schaden iSd DS-GVO dar. Bloße Bagatelverstöße ohne ernsthafte Beeinträchtigung für das Selbstbild oder Ansehen einer Person rechtfertigen keinen Schadensersatz.</p>
<p>OLG Frankfurt/M. Ur t. v. 12.2.2019 – 11 U 114/17 = ZD 2019, 364</p>	<p>0 EUR Es liegt kein Verstoß gegen den Datenschutz vor, wenn eine Haftpflichtversicherung ein Gutachten an ein von ihr beauftragtes Unternehmen zu Kontrollzwecken weiterreicht. Somit kein Schadensersatz nach Art. 82 DS-GVO.</p>
<p>Landgerichte LG Köln Ur t. v. 18.5.2022 – 28 O 328/21</p>	<p>1.200 EUR Das Gericht spricht einen Schadensersatz iHv 1.200 EUR wegen eines Verstoßes gegen die DS-GVO zu, da ein unberechtigter Zugriff auf Nutzerdaten eines Online-Finanzdienstleisters vorlag. Für einen Schadensersatzanspruch aus Art. 82 DS-GVO genügt es, wenn dieses Verschäumnis für einen unberechtigten Zugriff auf Nutzerdaten mitursächlich war. Die Bekl. hat dadurch, dass sie die der Fa. C. zur Verfügung gestellten Zugangsdaten nach Ende der Vertragsbeziehung nicht änderte, gegen ihre Verpflichtung aus Art. 32 DS-GVO sowie aus Art. 5 DS-GVO verstoßen. Damit schuf die Bekl. das Risiko, dass die Daten der Betroffenen nicht nur im Falle von ihr selbst zu verantwortender Unzulänglichkeiten, sondern auch durch von Seiten von Mitarbeitern der C. vorsätzlich oder fahrlässig ermöglichte Zugriffe einem Missbrauch ausgesetzt waren. Die Bekl. kann sich angesichts der Sensibilität der gespeicherten Kundendaten insb. nicht darauf berufen, sie habe davon ausgehen können, dass die Daten seitens C. dauerhaft und vollständig gelöscht werden würden. Dem Kl. entstand auch ein Schaden iSd Art. 82 DS-GVO. Erwägungsgrund 75 und 85 DS-GVO zählen beispielhaft auf, welche konkreten Beeinträchtigungen einen „physischen, materiellen oder immateriellen Schaden“ darstellen können, so etwa Diskriminierung, Identitätsdiebstahl oder -betrug, finanzieller Verlust, Rufschädigung, unbefugte Aufhebung einer Pseudonymisierung oder andere erhebliche wirtschaftliche oder gesellschaftliche Nachteile. Nach Erwägungsgrund 146 DS-GVO muss der Begriff des Schadens zudem „im Lichte der Rechtsprechung des Gerichtshofs weit auf eine Art und Weise ausgelegt werden, die den Zielen dieser Verordnung in vollem Umfang entspricht“ und die „betroffenen Personen sollen einen vollständigen und wirksamen Schadensersatz für den erlittenen Schaden erhalten“. Im Vordergrund steht hier eine abschreckende Wirkung des Schadensersatzes, die insb. durch dessen Höhe erreicht werden soll. Dieser Gedanke wird auch aus Art. 4 Abs. 3 EUV abgeleitet. Danach sind die Mitgliedstaaten angehalten, Verstöße wirksam zu sanktionieren, weil nur so eine effektive Durchsetzung des EU-Rechts – und damit auch der DS-GVO – gewährleistet ist. Für die Bemessung der Höhe des Schadensersatzes können die Kriterien des Art. 83 Abs. 2 DS-GVO herangezogen werden, wie etwa die Art, Schwere und Dauer des Verstoßes unter Berücksichtigung der Art, des Umfangs oder des Zwecks der betreffenden Verarbeitung, die betroffenen Kategorien personenbezogener Daten, wobei die Ermittlung iÜ dem Gericht nach § 287 ZPO obliegt. Hier war bei der Bemessung der Höhe zu berücksichtigen, dass ein Missbrauch der Daten zu Lasten des Kl. bislang nicht festgestellt werden musste, und es daher einstweilen bei einer Gefährdung geblieben ist. Die abschreckende Wirkung des Schadensersatzes muss berücksichtigt werden.</p>
<p>LG Heidelberg Ur t. v. 16.3.2022 – 4 S 1/21</p>	<p>25 EUR Die unverlangte Zusendung eines Werbeschreibens per E-Mail auf Grund eines Verstoßes gegen Art. 6 DS-GVO durch die unzulässige Verarbeitung der personenbezogenen Daten rechtfertigt ein Schadensersatz nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO. Zwar ist der unbezifferte Antrag des Kl. auf die Zahlung eines angemessenen Schmerzensgelds gerichtet, jedoch stützt der Kl. seinen Anspruch auf Art. 82 DS-GVO, eine Norm des europäischen Rechts. Maßgeblich sind damit nicht die deutschen Begrifflichkeiten, sondern die des europäischen Rechts bzw. die der DS-GVO. Der Begriff „Schmerzensgeld“ findet jedoch in Art. 82 DS-GVO und auch den übrigen Normen der DS-GVO keine Verwendung. Art. 82 Abs. 1 DS-GVO normiert lediglich einen „Anspruch auf</p>

	<p>Schadenersatz“ für jede Person, der wegen eines Verstoßes gegen die DS-GVO „ein materieller oder immaterieller Schaden“ entstanden ist. Ob der Kl. den begehrten Schadenersatz dabei nach seinem Vortrag allein auf einen „materiellen“ oder „immateriellen“ Schaden stützt, ist unerheblich. Art. 82 Abs. 1 DS-GVO liegt ein weit auszulegender Schadensbegriff zu Grunde. Die DS-GVO kennt – anders als das deutsche Recht etwa mit § 253 BGB – insoweit keine unterschiedlichen Normen bzw. Anspruchsgrundlagen, sondern enthält in Art. 82 Abs. 1 DS-GVO eine einheitliche Anspruchsgrundlage für einen einheitlichen Schadenersatzanspruch. Ein weites Verständnis des Schadensbegriffs legen auch die Erwägungsgründe zur DS-GVO nahe. Maßgeblich ist insoweit zunächst Erwägungsgrund 146 DS-GVO, der sich auf den Schadenersatzanspruch in Art. 82 DS-GVO bezieht. Begrifflich differenziert dieser Erwägungsgrund nicht zwischen materiellen und immateriellen Schäden. Vielmehr wird hier ausschließlich der Begriff „Schaden“ verwendet, ohne dass dieser so zu verstehen sein dürfte, dass nur materielle oder nur immaterielle Schäden gemeint sind. Eine weite Auslegung des Schadensbegriffs wird auch nach S. 3 des Erwägungsgrunds gefordert, wonach der Begriff des Schadens im Lichte der Rechtsprechung des Gerichtshofs „weit“ ausgelegt werden soll. Für einen einheitlich zu verstehenden Schadensbegriff spricht auch Erwägungsgrund 75 DS-GVO. Die Aufzählung differenziert ebenfalls nicht zwischen verschiedenen Schadensarten, sondern enthält vielmehr sowohl mögliche materielle, als auch immaterielle Beeinträchtigungen. Dem Kl. ist dadurch ein Schaden entstanden, dass er sich mit den unerwünschten Werbemails der Bekl. auseinandersetzen, deren Herkunft ermitteln, sich um eine Auskunft von der Bekl. mittels eines Schreibens bemühen und die unerwünschten E-Mails löschen musste. Eine den Kl. beeinträchtigende Außenwirkung des Verstoßes iSd Gefahr einer Schädigung des Ansehens oder Berufs oder einer diskriminierenden Wirkung ggü. Dritten ist nicht ersichtlich. Zur Entschädigung der erlittenen Beeinträchtigungen erachtet die Kammer die Zahlung von 25 EUR, ähnlich der in Verkehrsunfällen für die Umstände und Aufwendungen im Zusammenhang mit der Schadensabwicklung üblichen Auslagenpauschale, für angemessen.</p>
<p>LG Bonn Urte. v. 11.3.2022 – 9 O 224/21</p>	<p>0 EUR In Anbetracht des Umstands, dass der Begriff des Schadens im Lichte der Rspr. des EuGH weit auf eine Art und Weise ausgelegt werden sollte, die den Zielen der DS-GVO in vollem Umfang entspricht (s. Erwägungsgrund 146 DS-GVO), ergibt sich eine Gleichsetzung zwischen Pflichtverletzung und Schaden durch den Verordnungsgeber nicht. So erhellt sich aus Erwägungsgrund 148 DS-GVO eindeutig, dass der Verstoß gegen die VO nicht zugleich Schaden ist; vielmehr kann hieraus ein Schaden unterschiedlicher Intensität entstehen. Erwägungsgrund 75 und 85 DS-GVO fordern zur Erfüllung der Voraussetzung eines Schadens im Sinne dieser VO zusätzlich zum Verstoß – jedenfalls – das Eintreten erheblicher wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Nachteile. Dies zu verhindern ist, wie auch Erwägungsgrund 83 DS-GVO zu entnehmen ist, ein erklärtes Ziel der VO. Es steht fest, dass dem Kl. ein geltend gemachter immaterieller Schaden nicht entstanden ist. An den geltend gemachten Auskünften oder etwaig unterbliebenen Auskünften zeigte er keinerlei Interesse oder persönliche Betroffenheit.</p>
<p>LG Stuttgart Urte. v. 25.2.2022 – 17 O 807/21</p>	<p>0 EUR Es lag kein Verstoß gegen Art. 82 Abs. 1 DS-GVO vor, insb. war die Zusendung der Werbeschreiben und die dem zu Grunde liegende Verarbeitung der Adressdaten (Art. 4 Nr. 2 DS-GVO) rechtmäßig iSv Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DS-GVO. Soweit der Kl. dargelegt, weitere Verletzungen der DS-GVO durch die Bekl. behauptet, hat er für die insoweit streitigen Behauptungen trotz entsprechenden Vortrags der Bekl. keine Beweise angeboten (Beweislast beim Kl.).</p>
<p>LG Köln Urte. v. 16.2.2022 – 28 O 303/20 = ZD 2022, 390</p>	<p>0 EUR Der Kl. hat keinen Anspruch auf Zahlung von Schadenersatz wegen verzögerter Erteilung der Auskunft aus Art. 15 DS-GVO gegen die Bekl. Zwar liegt ein Verstoß gegen die DS-GVO vor, da die Bekl. dem Kl. nicht innerhalb der Monatsfrist nach Art. 12 Abs. 3 DS-GVO Auskunft nach Art. 15 Abs. 1 DS-GVO erteilt hat und eine Kopie der verarbeiteten Daten nach Art. 15 Abs. 3 DS-GVO noch nicht vorgelegt hat. Ein Anspruch des Kl. scheitert aber daran, dass diesem kein Schaden entstanden ist. In Lit. und Rspr. ist umstritten, ob zum Einen Voraussetzung des Anspruchs nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO lediglich eine Verletzung einer Pflicht aus der DS-GVO ist oder ob tatsächlich ein immaterieller</p>

	<p>Schaden entstanden sein muss, sowie zum Anderen, ob dieser immaterielle Schaden eine Erheblichkeitsschwelle überschreiten, also über den Ärger über die Verzögerung hinausgehen muss. Der Begriff des Schadens ist nach Erwägungsgrund 146 S. 3 DS-GVO „weit auf eine Art und Weise auszulegen, die den Zielen dieser Verordnung in vollem Umfang entspricht“.</p> <p>Erwägungsgrund 146 S. 3 DS-GVO spricht für eine weite Auslegung des Begriffs des Schadens in Art. 82 Abs. 1 DS-GVO. Damit dürfte etwa eine Erheblichkeitsschwelle in dem Sinne, dass immaterielle Bagatellschäden nicht ausgeglichen werden müssen, nicht zu vereinbaren sein. Art. 82 Abs. 1 DS-GVO setzt nach seinem Wortlaut jedoch voraus, dass der betroffenen Person ein materieller oder immaterieller Schaden entstanden ist. Erwägungsgrund 146 S. 1 DS-GVO spricht von Schäden, „die einer Person aufgrund einer Verarbeitung entstehen“. Mit diesem Wortlaut ist eine Auslegung der Norm, nach der die Entstehung eines immateriellen Schadens nicht Tatbestandsvoraussetzung ist, nicht zu vereinbaren. Bei einer solchen Auslegung würde ein reiner Strafschadensersatz iSe „punitive damage“ vorliegen, der der kontinentaleuropäischen Zivilrechtsordnung fremd ist. Es wäre auch nicht zu erklären, warum bei einem immateriellen Schaden die Darlegung eines tatsächlichen entstandenen Schadens entbehrlich sein sollte, bei einem materiellen Schaden hingegen schon. Auf das Erfordernis eines tatsächlich entstandenen immateriellen Schadens kann daher nicht verzichtet werden. Einen solchen Schaden hat der Kl. jedoch nicht dargelegt, und ein solcher ist auch nicht ersichtlich. Es handelt sich um einen für beide Seiten geschäftlichen Vertrag mit sehr beschränktem Umfang. Eine gravierende und spürbare Beeinträchtigung des Kl. durch die Verzögerung der Auskunftserteilung, die über den hervorgerufenen Ärger hinausgeht, ist nicht dargetan und auch ansonsten nicht erkennbar.</p>
<p>LG Hannover Urt. v. 14.2.2022 – 13 O 129/21</p>	<p>5.000 EUR Die veranlassten Negativeinträge haben den Kl. rechtswidrig in seinem allgemeinen Persönlichkeitsrecht verletzt. Soweit der Kl. in seinem Persönlichkeitsrecht verletzt ist, bedarf es keiner Feststellung, dass es sich dabei um eine schwerwiegende handelt. Anders als für die Zubilligung eines Schmerzensgelds nach §§ 823 Abs. 1, 249, 253 BGB, Art. 1 und 2 GG wird eine solche von Art. 82 DS-GVO nicht vorausgesetzt. Ein Verschulden ist – wie schon Art. 82 Abs. 3 DS-GVO zeigt – auch iRe Haftung nach Art. 82 DS-GVO erforderlich und wird zunächst mit der Möglichkeit einer Exkulpation vermutet. Es kann dahinstehen, ob auch unter Berücksichtigung des weiten Schadensbegriffs (vgl. Erwägungsgrund 146 DS-GVO) nicht bereits jeder Verstoß gegen die DS-GVO zu einer Ausgleichspflicht führt, weil der Verpflichtung zum Ausgleich eines immateriellen Schadens eine benennbar und insoweit tatsächliche Persönlichkeitsverletzung gegenüberstehen muss. Denn jedenfalls eine in einer unrechtmäßigen Zugänglichmachung von Daten liegenden „Bloßstellung“ stellt eine solche dar. Für den immateriellen Schadensersatz nach Art. 82 DS-GVO gelten die iRv § 253 BGB entwickelten allgemeinen Grundsätze. Deswegen kann auch das Mitverschulden des Betroffenen analog § 254 BGB bei der Bemessung der Schadensersatzhöhe zu berücksichtigen sein.</p>
<p>LG München I Urt. v. 31.1.2022 – 42 O 4307/19 = ZD 2022, 288</p>	<p>0 EUR Ein Anspruch aus Art. 82 Abs. 1 DS-GVO scheidet aus, da für die Datenverarbeitung durch die Bekl. die zuvor erteilte Zustimmung des Kl. zu den Nutzungsbedingungen der Bekl. vorlag.</p>
<p>LG München I Urt. v. 20.1.2022 – 3 O 17493/20 = ZD 2022, 290 mAnm Fischer</p>	<p>100 EUR Die dynamische IP-Adresse stellt für einen Webseitenbetreiber ein personenbezogenes Datum dar, denn dieser verfügt abstrakt über rechtliche Mittel, die vernünftigerweise eingesetzt werden könnten, um mithilfe Dritter, und zwar der zuständigen Behörde und des Internetzugangsanbieters, die betreffende Person anhand der gespeicherten IP-Adressen bestimmen zu lassen. Dabei reicht es aus, dass für die Bekl. die abstrakte Möglichkeit der Bestimmbarkeit der Personen hinter der IP-Adresse besteht. Darauf, ob die Bekl. oder Google die konkrete Möglichkeit hat, die IP-Adresse mit dem Kl. zu verknüpfen, kommt es nicht an. Die Bekl. verletzte das Recht des Kl. auf informationelle Selbstbestimmung, indem die Bekl. die dynamische IP-Adresse an Google weiterleitete, als der Kl. die Webseite der Bekl. aufrief (konkret: Google Fonts). Der Kl. hatte keine Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DS-</p>

	<p>GVO erteilt. Ein berechtigtes Interesse der Bekl. iSd Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DS-GVO liegt nicht vor, denn Google Fonts kann durch die Bekl. auch genutzt werden, ohne dass beim Aufruf der Webseite eine Verbindung zu einem Google-Server hergestellt wird und eine Übertragung der IP-Adresse der Webseitenutzer an Google stattfindet. Der Kl. war auch nicht verpflichtet, vor dem Aufrufen der Webseite der Bekl. seine eigene IP-Adresse zu verschlüsseln. Der Begriff des Schadens iSd Art. 82 DS-GVO ist nach Erwägungsgrund 146 S. 3 DS-GVO dabei weit auszulegen. Die Auslegung soll den Zielen dieser VO in vollem Umfang entsprechen, auch dem Ziel der Sanktion und Prävention. Ausreichend ist gern. Art. 82 Abs. 1 DS-GVO dabei auch ein immaterieller Schaden. Ob eine Erheblichkeitsschwelle erreicht bzw. überschritten sein muss und sog. Bagatellschäden auszuschließen sind, ist umstritten, kann im hiesigen Fall dahingestellt bleiben. Die Übermittlung der IP-Adresse erfolgte damit nicht nur einmalig. Der damit verbundene Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht ist im Hinblick auf den Kontrollverlust des Kl. über ein personenbezogenes Datum an Google, ein Unternehmen, das bekanntermaßen Daten über seine Nutzer sammelt und das damit vom Kl. empfundene individuelle Unwohlsein so erheblich, dass ein Schadensersatzanspruch gerechtfertigt ist. Berücksichtigt werden muss dabei auch, dass unstreitig die IP-Adresse an einen Server von Google in den USA übermittelt wurde, wobei dort kein angemessenes Datenschutzniveau gewährleistet ist und die Haftung aus Art. 82 Abs. 1 DS-GVO präventiv weiteren Verstößen vorbeugen soll und Anreiz für Sicherungsmaßnahmen schaffen soll. Die Höhe des geltend gemachten Schadensersatzes ist im Hinblick auf die inhaltliche Schwere und Dauer der Rechtsverletzung angemessen und wird von der Bekl. auch nicht angegriffen.</p>
<p>LG Berlin Urt. v. 27.1.2022 – 26 O 177/21</p>	<p>0 EUR Die Kl. hat keinen Schadensersatzanspruch gem. Art. 82 DS-GVO. Die bloße Adresse ohne Bezugnahme auf eine Person – sei es durch namentliche Nennung, sei es durch die Bezugnahme auf ein diese Adresse betreffendes Eigentums-, Besitz- oder Mietverhältnis o.Ä. – stellt keinen hinreichenden Personenbezug dar. Es fehlt bereits an einem Verstoß gegen die DS-GVO. Insb. hat der Bekl. weder personenbezogene Daten entgegen Art. 5 DS-GVO nicht rechtmäßig verarbeitet noch liegt eine unzulässige Übermittlung von personenbezogenen Daten in einen Drittstaat und damit ein Verstoß gegen Art. 44 DS-GVO vor.</p>
<p>LG Leipzig Urt. v. 23.12.2021 – 03 O 1268/21 = ZD 2022, 340</p>	<p>0 EUR In der Lit. wird unter Geltung der DS-GVO überwiegend für eine Absenkung der Voraussetzungen für die Gewährung immateriellen Schadensersatzes und für eine Verschärfung der Haftung mit deutlich höheren Beträgen ggü. den bisherigen plädiert. Dies folge aus dem weiten Schadensbegriff der DS-GVO sowie daraus, dass der EuGH bei der Wahl zivilrechtlicher Sanktionen zur Umsetzung von Unionsrecht generell eine abschreckende Wirkung verlange. Insb. dürfe der zugesprochene Schadensersatz nicht nur symbolisch sein. Auch dürfe die Gewährung immateriellen Schadensersatzes nicht mehr von einer schwerwiegenden Persönlichkeitsrechtsverletzung abhängig gemacht werden. Die abschreckende Wirkung zivilrechtlicher Sanktionen sei nur zu erreichen, wenn entsprechend hohe Beträge ausgerechnet würden. Hiervon unabhängig kann als gesichert gelten, dass das Unionsrecht die Mitgliedsstaaten grds. nicht zu überkompensatorischem Schadensersatz verpflichtet. Allein der Verstoß gegen die DS-GVO reicht für sich genommen noch nicht aus, einen Schadensersatzanspruch auszulösen. Ohne Schaden gibt es keinen Schadensersatzanspruch. Vielmehr muss dem von einem Datenschutzverstoß Betroffenen ein spürbarer Nachteil entstanden sein. Es muss eine objektiv nachvollziehbare, mit gewissem Gewicht erfolgte, Beeinträchtigung von persönlichkeitsbezogenen Belangen vorliegen. Die Beeinträchtigung muss von einer gewissen Erheblichkeit sein. Einen normativen Anknüpfungspunkt hierzu gibt die DS-GVO in Erwägungsgrund 75 und 85 DS-GVO. Im Anschluss an die beispielhafte Aufzählung möglicher – hier nicht geltend gemachter – Beeinträchtigungen durch Datenschutzverletzungen (Diskriminierung, Identitätsdiebstahl oder -betrug, Rufschädigung, Verlust der Vertraulichkeit von einem Berufsgeheimnis unterliegenden Daten) ist dort ergänzend allgemein von anderen erheblichen wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Nachteilen die Rede. Demzufolge kann die Bekl. keine Entschädigung für eine verspätete</p>

	<p>Datenauskunft sowie für die bislang noch nicht vollständig erteilte Datenauskunft von der Kl. beanspruchen. Allein der Umstand, dass die Bekl. auf die (vollständige) Datenauskunft noch warten muss, kann keinen ersatzfähigen Schaden begründen. Es muss auch bei einem immateriellen Schaden eine Beeinträchtigung eingetreten sein, die unabhängig von einer Erheblichkeitsschwelle wenigstens spürbar sein muss. Anderenfalls scheidet ein Schaden schon begrifflich aus.</p>
<p>LG München I Urt. v. 9.12.2021 – 31 O 16606/20 = ZD 2022, 242</p>	<p>2.500 EUR Das Gericht verurteilt die Bekl. zum Ersatz aller künftigen materiellen Schäden des Kl. Nach Art. 82 Abs. 3 DS-GVO trägt die Darlegungs- und Beweislast für die haftungsbegründenden Voraussetzungen nach allgemeinen zivilprozessualen Grundsätzen der Anspruchsberechtigte. Eine Beweislastumkehr ist in Art. 82 Abs. 3 DS-GVO ausdrücklich nur bzgl. des Gesichtspunkts des Verschuldens vorgesehen. Dem Verletzten obliegt es daher auch, den Datenschutzverstoß zu beweisen. Die allgemeine Rechenschaftspflicht der Art. 5 Abs. 2, 24 Abs. 1 DS-GVO bezieht sich auf eine Verantwortlichkeit ggü. der Behörde. Hierauf kann jedoch eine Beweislastumkehr oder Beweiserleichterung nicht gestützt werden. Der Datenschutzverstoß lag vorliegend darin begründet, dass keine angemessenen Datensicherheitsmaßnahmen iSd Art. 32 DS-GVO ergriffen wurden. Denn die Bekl. hatte selbst keine ausreichenden organisatorischen Maßnahmen vorgenommen, um den streitgegenständlichen Datenverlust zu verhindern (vgl. auch Art. 82 Abs. 4 DS-GVO). Es lag auch die erforderliche Kausalität zwischen dem „DS-GVO-Verstoß“ und dem „Schaden“ vor. Art. 82 Abs. 1 DS-GVO verlangt, dass der Schaden infolge eines konkreten DS-GVO-Verstoßes eintritt. Es genügt zwar nicht, dass ein Schaden bloß auf eine Verarbeitung personenbezogener Daten zurückzuführen ist, in deren Rahmen es zu einem Rechtsverstoß gekommen war, vorliegend beruhte der Schaden aber nicht nur auf eine solche Verarbeitung. Es ist davon auszugehen, dass es bei Einhaltung der als adäquat geltenden Sicherheitsmaßstäbe nicht zu dem konkreten Datenvorfall gekommen wäre. Ein Schmerzensgeldanspruch nach Art. 82 DS-GVO ist nicht auf schwere Schäden beschränkt. Im Vordergrund steht eine abschreckende Wirkung des Schadensersatzes, die insb. durch dessen Höhe erreicht werden soll. Dieser Gedanke wird auch aus Art. 4 Abs. 3 EUV abgeleitet. Danach sind die Mitgliedstaaten angehalten, Verstöße wirksam zu sanktionieren. Denn nur so wäre eine effektive Durchsetzung des EU-Rechts – und damit auch der DS-GVO – gewährleistet. Für die Bemessung der Höhe des Schadensersatzes können die Kriterien des Art. 83 Abs. 2 DS-GVO herangezogen werden, wie etwa die Art, Schwere und Dauer des Verstoßes unter Berücksichtigung von Art, Umfang oder Zweck der betreffenden Verarbeitung, die betroffenen Kategorien personenbezogener Daten, wobei die Ermittlung iÜ dem Gericht nach § 287 ZPO obliegt. Bei der Bemessung der Höhe des immateriellen Schadensersatzes muss auch berücksichtigt werden, ob die Daten bisher missbraucht worden sind.</p>
<p>LG Mainz Urt. v. 12.11.2021 – 3 O 12/20 = ZD 2022, 163</p>	<p>5.000 EUR Die rechtswidrige Ersteinmeldung eines Eintrags bei der SCHUFA rechtfertigt einen immateriellen Schadensersatzanspruch nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO. Die Ersteinmeldung der Bekl. an die SCHUFA stellte einen „Verstoß gegen diese Verordnung“ iSd Art. 82 Abs. 1 DS-GVO dar. Nach Erwägungsgrund 146 DS-GVO genügt entgegen dem Wortlaut von Art. 82 Abs. 1 DS-GVO auch ein Verstoß gegen die erlassenen delegierten Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte sowie präzisierenden Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten, sodass es nicht darauf ankommt, ob sich vorliegend die Unzulässigkeit der Ersteinmeldung aus der DS-GVO selbst oder aus den präzisierenden Rechtsvorschriften des nationalen Rechts ergibt. „Verantwortung“ iSd Art. 82 Abs. 3 DS-GVO meint das Verschulden iSd deutschen Rechtsterminologie, nicht die datenschutzrechtliche Verantwortung. Ausreichend ist Vorsatz oder Fahrlässigkeit. Das Verschulden wird nach dem insoweit eindeutigen Wortlaut des Art. 82 Abs. 3 DS-GVO vermutet (Beweislastumkehr). Voraussetzung für einen Schadenersatzanspruch für immaterielle Schäden nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO ist eine benennbare und tatsächliche Persönlichkeitsverletzung. Die in der bisherigen deutschen Rspr. für Schmerzensgeld geforderte Voraussetzung einer schwerwiegenden Persönlichkeitsverletzung verträgt sich hingegen nicht mit Art. 82 Abs. 2 DS-</p>

	<p>GVO; sie ist weder vorgesehen noch von dessen Ziel und Entstehungsgeschichte gedeckt, der Anspruch ist hiervon grds. unabhängig. Die schwerwiegende Persönlichkeitsverletzung kann vor diesem Hintergrund auch nicht als untere Grenze einer Schmerzensgeldhöhe wieder eingelesen werden. Vielmehr ist der immaterielle Schaden umfassend zu ersetzen. Eine schwerwiegende Persönlichkeitsverletzung wird regelmäßig zu einem hohen Schmerzensgeld führen. Mit dieser Einschränkung gelten für den immateriellen Schadenersatz nach Art. 82 Abs. 2 DS-GVO die iRv § 253 BGB entwickelten Grundsätze; die Ermittlung obliegt dem Gericht nach § 287 ZPO. Bei der Bemessung des „vollständigen und wirksamen Schadenersatzes für den erlittenen Schaden“ (Erwägungsgrund 146 DS-GVO) ist auch die Genugtuungs- und Abschreckungsfunktion des Anspruchs aus Art. 82 DS-GVO zu berücksichtigen. Die massive Beeinträchtigung des sozialen Ansehens iSd Einschätzung seiner Kreditwürdigkeit durch Dritte stellt einen solchen Schaden dar. Ein Anspruch aus § 823 Abs. 1 BGB oder aus § 823 Abs. 2 BGB iVm datenschutzrechtlichen Vorschriften würde keinen weitergehenden Schaden abdecken als denjenigen, den der Kl. aus Art. 82 DS-GVO ersetzt verlangen kann.</p>
<p>LG Frankfurt/M. Urt. v. 1.11.2021 – 2-01 S 191/20 = ZD 2022, 107 mAnm Nikol</p>	<p>0 EUR Unter Schaden ist jeder Nachteil, den jemand durch ein bestimmtes Ereignis erleidet, zu verstehen. Nach Art. 82 DS-GVO muss ein solcher Schaden gerade durch die Datenverarbeitung eingetreten sein. Für das Vorliegen eines solchen Nachteils ist der Anspruchsteller – also der Kl. – darlegungs- und beweisbelastet. Es reicht dabei nicht aus, dass dargelegt und bewiesen ist, dass eine nicht über Art. 6 DS-GVO abgedeckte Datenverarbeitung erfolgt ist. Andernfalls würde mit jeder nicht gerechtfertigten Datenverarbeitung sogleich ein Anspruch entstehen und das selbst dann, wenn diese Verarbeitung für den Betroffenen keinerlei Nachteil mit sich gebracht haben sollte. Ein solches System würde die Grundprinzipien des Schadensrechtes völlig verkennen. Eine Schadensersatzpflicht soll nämlich vorrangig erlittenes Unrecht kompensieren und nicht als Bestrafung für den Handelnden fungieren. Bei der Höhe von Schmerzensgeld vermag dieser Bestrafungsaspekt zwar durchaus auch von Relevanz zu sein, nicht aber als Alleinstellungsmerkmal dienen. Andernfalls würde der Schadensersatzanspruch nach Art. 82 DS-GVO zu einer Art Straftatbestand im privatrechtlichen Kontext konvertiert. Schadensersatz und Schmerzensgeld sollen erlittene Nachteile kompensieren. Daher bemisst sich dann auch an dem Grad des Nachteils die Höhe der Entschädigung. Ist aber kein Schaden erlitten, bedarf es auch keines Ausgleichs. Vorliegend ist noch nicht einmal ein Bagatellschaden dargelegt worden.</p>
<p>LG Düsseldorf Urt. v. 28.10.2021 – 16 O 128/20 = ZD 2022, 48</p>	<p>0 EUR Die Bekl. war schon dem Grunde nach wegen einer Verletzung der Auskunftspflicht nach Art. 15 DS-GVO nicht gem. Art. 82 Abs. 1, Abs. 2 DS-GVO zum Schadensersatz verpflichtet. Zwar ist Art. 82 Abs. 1 DS-GVO dem Wortlaut nach weit gefasst, der lediglich einen „Verstoß ... gegen diese Verordnung“ verlangt; unter Berücksichtigung von Art. 82 Abs. 2 und Erwägungsgrund 146 DS-GVO sind lediglich solche Schäden umfasst, die auf Grund einer Verarbeitung entstehen. Gem. Art. 82 Abs. 2 DS-GVO haftet jeder an einer Verarbeitung beteiligte Verantwortliche für den Schaden, der durch eine nicht dieser VO entsprechende Verarbeitung verursacht wurde. Dies steht im Einklang mit Erwägungsgrund 146 DS-GVO. Die verzögerliche Reaktion auf ein Auskunftsverlangen ist jedoch keine Verarbeitung personenbezogener Daten iSd DS-GVO. Art. 82 DS-GVO wird z.T. deutlich weiter ausgelegt; dem schließt sich das Gericht nicht an. Zudem hatte der Kl. keinen konkreten Schaden dargelegt. Jedenfalls wäre neben dem bloßen Verstoß erforderlich, dass „wegen eines Verstoßes“ ein immaterieller Schaden entstanden ist. Der Begriff des Schadens ist autonom auszulegen, auf die Erheblichkeitsschwelle kann nicht abgestellt werden. Allerdings bedarf es nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO neben der bloßen Verletzung der VO eines hierauf beruhenden, kausalen immateriellen Schadens.</p>
<p>LG Essen Urt. v. 23.9.2021 – 6 O 190/21 = ZD 2022, 50</p>	<p>0 EUR Der Kl. forderte mindestens 30.000 EUR immateriellen Schadensersatz im Zusammenhang mit dem vermeintlichen Verlust eines USB-Sticks, auf dem sich personenbezogene Daten des Kl. und seiner Ehefrau befanden. Eine Aktivlegitimation des Kl. zur Geltendmachung eines Anspruchs aus Art. 82 Abs.</p>

	<p>1 DS-GVO für seine Frau wurde bejaht, da der o.g. Anspruch nach § 398 BGB abtretbar ist. In der fehlenden Mitteilung der Bekl. an die Datenschutzbehörde und an die betroffene Person nach Art. 33, 34 Abs. 2 DS-GVO liegt ein Verstoß gegen die DS-GVO. Der Kl. hat aber nicht hinreichend substantiiert darlegt, dass ein erheblicher Schaden entstanden ist. Für den immateriellen Schadensersatz nach Art. 82 DS-GVO gelten die iRv § 253 BGB entwickelten Grundsätze. Für die Bemessung können die Kriterien des Art. 83 Abs. 2 DS-GVO herangezogen werden. Eine abschreckende Wirkung kann nur durch empfindliche Schmerzensgelder erreicht werden, insb. wenn eine Kommerzialisierung fehlt. Ein genereller Ausschluss von Bagatellfällen ist damit nicht zu vereinbaren. Die Pflicht zur Erstattung immaterieller Schäden ist daher nicht nur auf schwere Schäden beschränkt. Allein die Verletzung des Datenschutzrechts als solche begründet aber noch keinen Schadensersatzanspruch. Die Verletzungshandlung muss zu einer konkreten, nicht nur unbedeutenden oder empfundenen Verletzung von Persönlichkeitsrechten geführt haben. Eine schwere Verletzung des Persönlichkeitsrechts ist nicht erforderlich. Ein Bagatellverstoß reicht aber nicht aus. Der betroffenen Person muss ein spürbarer Nachteil entstanden sein und es muss um eine objektiv nachvollziehbare, mit gewissem Gewicht erfolgte Beeinträchtigung von persönlichkeitsbezogenen Belangen gehen.</p>
<p>LG München I Urt. v. 2.9.2021 – 23 O 10931/20 = ZD 2022, 52</p>	<p>Der Kl. hat weder einen Verstoß der Bekl. gegen die DS-GVO nachvollziehbar dargelegt noch einen ersatzfähigen Schaden. Zwar kann nach Art. 82 DS-GVO auch ein durch einen Verstoß gegen die VO entstandener Schaden ersetzt werden. In den Erwägungsgründen sind auch Nichtvermögensschäden durch Diskriminierung, Identitätsdiebstahl oder -betrug, Rufschädigung, Verlust der Vertraulichkeit von dem Berufsgeheimnis unterliegenden personenbezogenen Daten oder gesellschaftliche Nachteile genannt. Einen vergleichbaren schwerwiegenden Eingriff hat der Kl. allerdings nicht vorgebracht. Der Vortrag, der Schaden bestehe im Verlust der Kontrolle seiner Daten genügt nicht, um einen bemessbaren immateriellen Schaden festzustellen.</p>
<p>LG Köln Urt. v. 3.8.2021 – 5 O 84/21 = ZD 2021, 52</p>	<p>0 EUR Der Kl. forderte 8.000 EUR Schmerzensgeld für die nicht anonymisierte Weiterleitung eines gerichtlichen Beschlusses an einen größeren Kreis von Interessierten. Die Übersendung an Mitarbeiter anderer Kommunen ohne Unkenntlichmachung der Identität des Kl. verstößt gegen die DS-GVO. Die vom Kl. geschilderten Beeinträchtigungen sind jedoch nicht notwendigerweise auf die Weiterleitung zurückzuführen. Es muss auch ein Schaden eingetreten sein, der auf den Verstoß zurückzuführen ist, wobei eine Mitursächlichkeit genügt. Dem Kl. steht hier kein Schadensersatz zu, da keine immateriellen Beeinträchtigungen des Kl. ersichtlich sind. Neben der abschreckenden Wirkung soll es nicht zu einer uferlosen Häufung von Ansprüchen kommen – immerhin bestehe nach Art. 83 DS-GVO auch die Möglichkeit, bei Verstößen Geldbußen in erheblichem Umfang zu verhängen. Für den immateriellen Schadensersatz gelten die iRv § 253 BGB entwickelten Grundsätze, die Ermittlung obliegt dem Gericht nach § 287 ZPO. Es können für die Bemessung die Kriterien des Art. 83 Abs. 2 DS-GVO herangezogen werden, zB die Art, Schwere und Dauer des Verstoßes unter Berücksichtigung der Art, des Umfangs oder des Zwecks der betreffenden Verarbeitung, die betroffenen Kategorien personenbezogener Daten. Zu berücksichtigen ist auch, dass die beabsichtigte abschreckende Wirkung nur durch für den Anspruchsverpflichtenden empfindliche Schmerzensgelder erreicht wird, insb. wenn eine Kommerzialisierung fehlt. Eine Beweislastumkehr oder eine Beweiserleichterung greift zu Gunsten des Kl. nicht. Die Beweislast auch für diese Voraussetzung obliegt dem Anspruchsberechtigten, dies entspricht den allgemeinen deliktischen Voraussetzungen. Eine Beweislastumkehr ist der Norm ausdrücklich nur bzgl. des Gesichtspunkts des Verschuldens zu entnehmen.</p>
<p>LG Düsseldorf Urt. v. 13.7.2021 – 7 O 63/20</p>	<p>0 EUR Gem. Art. 82 DS-GVO hat jede Person, der wegen eines Verstoßes gegen die DS-GVO ein materieller oder immaterieller Schaden entstanden ist, Anspruch auf Schadenersatz gegen den Verantwortlichen oder gegen den Auftragsverarbeiter. Im Grundsatz trägt derjenige, der einen Anspruch aus Art. 82 DS-GVO geltend macht, die volle Darlegungslast für die anspruchsbegründenden Tatsachen. Ein solcher DS-GVO-Verstoß liegt weder in einer vermeintlich verspäteten Auskunftserteilung noch in dem „Datenleck“ bei</p>

	der Bekl. bzw. dem Auftragsverarbeiter, da vorliegend kein Verstoß gegen die DS-GVO vorlag.
LG Bonn Urt. v. 1.7.2021 – 15 O 372/20 = ZD 2021, 586	0 EUR Art. 82 DS-GVO spricht nur demjenigen einen Schadensersatzanspruch zu, der wegen eines Verstoßes gegen diese VO einen Schaden erlitten hat. Gem. Art. 82 Abs. 2 DS-GVO haften die Verantwortlichen für den Schaden, der durch eine nicht dieser VO entsprechende Verarbeitung entstanden ist. Daher kommt nur ein Verstoß durch die Verarbeitung selbst in Betracht, die verordnungswidrig sein muss. Eine bloße Verletzung der Informationsrechte der betroffenen Person aus Art. 12-15 DS-GVO führt daher nicht dazu, dass eine Datenverarbeitung, infolge derer das Informationsrecht entstanden ist, selbst verordnungswidrig ist. Die nach Art. 12 Abs. 3 S. 1 DS-GVO verspätete Erfüllung von Auskunftsansprüchen löst nach Art. 15 DS-GVO grds. keinen Schadensersatzanspruch aus. Allein dass die Kl. auf die Datenauskunft „warten“ musste, kann auch nach dem Schadensmaßstab der DS-GVO keinen ersatzfähigen Schaden begründen. Es muss auch bei einem immateriellen Schaden eine spürbare Beeinträchtigung eingetreten sein.
LG Bonn Urt. v. 1.7.2021 – 15 O 355/20	0 EUR Es besteht kein Schmerzensgeldanspruch gem. Art. 82 DS-GVO wegen einer nach acht Monaten erteilen Datenauskunft. Eine bloße Verletzung der Informationsrechte der betroffenen Person aus Art. 12-15 DS-GVO führt nicht dazu, dass eine Datenverarbeitung, infolge derer das Informationsrecht entstanden ist, selbst verordnungswidrig ist.
LG Bonn Urt. v. 1.7.2021 – 15 O 356/20 = ZD 2021, 652	0 EUR Der Kl. steht wegen der erst nach neun Monaten erteilen Datenauskunft kein Schmerzensgeld aus Art. 82 DS-GVO zu. Die Norm spricht nur demjenigen einen Schadensersatzanspruch zu, der wegen eines Verstoßes gegen diese VO einen Schaden erlitten hat. Gem. Art. 82 Abs. 2 DS-GVO haften die Verantwortlichen – insoweit konkretisierend – für den Schaden, der durch eine nicht dieser VO entsprechende Verarbeitung entstanden ist. Daher kommt nur ein Verstoß durch die Verarbeitung selbst in Betracht, die verordnungswidrig sein muss, um einen Schadensersatzanspruch auszulösen. Bei Verstößen, die nicht durch eine der DS-GVO zuwiderlaufende Verarbeitung verursacht worden sind, kommt eine Haftung nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO nicht in Betracht. Eine bloße Verletzung der Informationsrechte der betroffenen Person aus Art. 12-15 DS-GVO führt nicht dazu, dass eine Datenverarbeitung, infolge derer das Informationsrecht entstanden ist, selbst verordnungswidrig ist. Somit löst die nach Art. 12 Abs. 3 S. 1 DS-GVO verspätete Erfüllung von Auskunftsansprüchen nach Art. 15 DS-GVO grds. keinen Schadensersatzanspruch gem. Art. 82 DS-GVO aus. Ein Schaden wurde hier zudem nicht dargelegt. Allein dass die Kl. auf die Datenauskunft „warten“ musste, kann auch nach dem Schadensmaßstab der DS-GVO keinen ersatzfähigen Schaden begründen. Es muss auch bei einem immateriellen Schaden eine spürbare Beeinträchtigung eingetreten sein, unabhängig von einer Erheblichkeitsschwelle; andernfalls scheidet ein „Schaden“ begrifflich schon aus.
LG Dresden U v. 26.5.2021 – 8 O 1286/19	5.000 EUR Die Bekl. haben einen Anspruch auf Schadensersatz nach Art. 82 DS-GVO wegen Verstößen gegen Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a und 34 DS-GVO. Verletzungshandlung ist durch die Beauftragung des Detektivbüros, unter Weitergabe der Daten des Kl. aus seinem Antrag auf Mitgliedschaft beabsichtigte Ausspionieren seiner Person. Der Kl. hatte die Weitergabe der Daten in seinem Aufnahmeantrag untersagt („Nein“ angekreuzt). Nach der Haftungsregelung der DS-GVO ist damit vorliegend auch eine Außenhaftung des Organs „Geschäftsführung/Vorstand“ – in der von den Bekl. übereinstimmend und unstreitig angegebenen Besetzung – zusammen mit der Bekl. zu 1) gem. Art. 82 Abs. 1 und 4 DS-GVO iVm § 421 BGB gegeben. Der Bekl. zu 2) handelte hierbei auch vorsätzlich; sein Handeln ist der Bekl. zu 1) nach §§ 278, 31 BGB zuzurechnen. Für den immateriellen Schadensersatz gelten dabei die iRv § 253 BGB entwickelten Grundsätze, die Ermittlung obliegt dem Gericht nach § 287 ZPO. Es können für die Bemessung die Kriterien des Art. 83 Abs. 2 DS-GVO herangezogen werden, zB Art, Schwere und Dauer des Verstoßes unter Berücksichtigung von Art, Umfang oder Zweck der betreffenden Verarbeitung, die betroffenen Kategorien personenbezogener Daten. Zu berücksichtigen ist auch, dass die beabsichtigte abschreckende Wirkung nur durch für den Anspruchsverpflichtenden empfindliche Schmerzensgelder

	erreicht wird, insb. wenn eine Kommerzialisierung fehlt. Ein genereller Ausschluss von Bagatellfällen ist damit nicht zu vereinbaren.
LG Karlsruhe Urt. v. 9.2.2021 – 4 O 67/20 = ZD 2021, 55	0 EUR Eine schwere Verletzung des Persönlichkeitsrechts ist nicht notwendig, um einen immateriellen Schaden geltend zu machen. Jedoch führt nicht jeder Verstoß gegen die DS-GVO zu einer Ausgleichspflicht; es muss eine benennbare und insoweit tatsächliche Persönlichkeitsverletzung vorliegen. Art. 82 DS-GVO begründet einen Schadensersatzanspruch nicht bereits bei jeder individuell empfundenen Unannehmlichkeit oder bei Bagatellverstößen ohne ernsthafte Beeinträchtigung für das Selbstbild oder Ansehen einer Person. Verbreitung des Namens, Geburtsdatums, Geschlechts, der E-Mail-Adresse und der Telefonnummer stellen nur Bagatellschäden dar.
LG Frankfurt/M. Urt. v. 18.1.2021 – 2-30 O 147/20 = ZD 2021, 653 (n. rk.)	0 EUR Kein Anspruch aus Art. 82 Abs. 1 DS-GVO, da die Pflichtverletzung nicht schlüssig vorgetragen wurde. Ein bloßes Datenleck indiziert noch nicht, dass dies auf einer Pflichtverletzung beruht. Es bestehe keine Beweislastumkehr bzgl. der Pflichtverletzung zu Lasten der Bekl. Der Kl. muss darlegen und beweisen, dass der Verstoß auf Pflichtverletzung der Bekl. beruht und ein Schaden besteht.
LG Meiningen Urt. v. 23.12.2020 – (122) 3 O 363/20	10.000 EUR Die unzulässige Weitergabe von Gesundheitsdaten des Kl. durch einen Unfallversicherer rechtfertigt ein Schmerzensgeld iHv 10.000 EUR aus § 241 Abs. 2 BGB. Ob auch ein Anspruch gem. Art. 82 Abs. 1 DS-GVO, der eine ausdrückliche Regelung zum immateriellen Schadenersatz enthält, besteht, kommt es nach nicht an. Die schwerwiegende Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts rechtfertigt bereits einen vertraglichen Schmerzensgeldanspruch.
LG Landshut Urt. v. 6.11.2020 – 51 O 513/20 = ZD 2021, 161	0 EUR Allein die Verletzung des Datenschutzrechts als solche begründet nicht bereits für sich gesehen einen Schadensersatzanspruch für Betroffene. Die Verletzungshandlung muss zu einer konkreten, nicht nur unbedeutenden oder empfundenen Verletzung von Persönlichkeitsrechten der betroffenen Person geführt haben. Eine schwere Verletzung des Persönlichkeitsrechts ist nicht erforderlich. Jedoch ist nicht für jede bloß individuelle empfundene Unannehmlichkeit ein Schmerzensgeld zu gewähren; vielmehr muss dem Betroffenen ein spürbarer Nachteil entstanden sein und es muss um eine objektiv nachvollziehbare, mit gewissem Gewicht erfolgte Beeinträchtigung von persönlichkeitsbezogenen Belangen gehen.
LG Essen Urt. v. 29.10.2020 – 4 O 9/20 = ZD 2021, 163 mAnm Bente/Gulden	0 EUR Eine Online-Rezension über eine unfreundliche, namentlich genannte Bedienung in einem Café begründet keinen Löschungsanspruch gegen den Plattformbetreiber und damit auch keinen Schmerzensgeldanspruch nach Art. 82 DS-GVO.
LG Köln Urt. v. 7.10.2020 – 28 O 71/20 = ZD 2021, 47 (n. rk.)	0 EUR Für den immateriellen Schadensersatz gelten die iRv § 253 BGB entwickelten Grundsätze. Es können für die Bemessung die Kriterien des Art. 83 Abs. 2 DS-GVO herangezogen werden. Ein genereller Ausschluss von Bagatellfällen ist damit nicht zu vereinbaren.
LG Frankfurt/M. Urt. v. 18.9.2020 – 2-27 O 100/20 = ZD 2020, 639	0 EUR Die Zugänglichmachung von personenbezogenen Daten einer betroffenen Person an Dritte ohne Einverständnis fällt unter Art. 82 Abs. 1 DS-GVO (sog. Bloßstellung). Der Kl. ist für den DS-GVO-Verstoß darlegungs- und beweisbelastet.
LG Hamburg Urt. v. 4.9.2020 – 324 S 9/19 = ZD 2021, 99	0 EUR Allein der Verstoß gegen datenschutzrechtliche Vorschriften führt nicht zu einer Verpflichtung des Verantwortlichen zur Zahlung von Schadensersatz, es bedarf des Eintritts eines Schadens, den der Kl. darzulegen und zu beweisen hat. Es bedarf zwar keiner schweren Verletzung des Persönlichkeitsrechts, jedoch reicht nicht jeder Verstoß aus.
LG Frankfurt/M. Urt. v. 3.9.2020 – 2-03 O 48/19 = MMR 2021, 271	0 EUR Bloße Löschung eines Beitrags durch einen Betreiber eines sozialen Netzwerks oder die Sperrung eines Nutzerkontos stellt keinen Schaden iSd DS-GVO dar.
LG Wuppertal Urt. v. 3.8.2020 – 3 O 101/19	4.000 EUR Der Kl. ist vorliegend aufgrund eines Verstoßes der Bekl. gegen Art. 32 DS-GVO ein immaterieller Schaden entstanden. Die Bekl. hat gegen die ihr obliegenden Pflichten verstoßen, indem sie geeignete technische und

organisatorische Maßnahmen innerhalb ihres Geschäftsbetriebs nicht unternommen hat, um zu verhindern, dass ihre Mitarbeiter Sozialdaten – wie vorliegend die elektronische Gesundheitsakte der KI. – als unverschlüsselte Anlage mit unverschlüsselter E-Mail versenden können. Vorliegend hätte es der Bekl. obliegen, entweder durch geeignete Schulungen ihrer Mitarbeiter diese dahingehend zu sensibilisieren, sensible Gesundheitsdaten nicht ungeschützt und ungesichert per E-Mail zu versenden oder durch geeignete technische und organisatorische Vorrichtungen sicherzustellen, dass Sozialdaten ungeschützt und unverschlüsselt bereits nicht versendet werden können. Der Bekl. ist es vorliegend nicht gelungen, sich als Verantwortliche iSv Art. 24 DS-GVO zu entlasten, Art. 82 Abs. 3 DS-GVO. Denn bereits durch das unverschlüsselte Versenden sensibler Gesundheitsdaten – ungeachtet der behaupteten Zustimmung der Betroffenen (hier: der KI.) – hat die Bekl. als Verantwortliche gegen Art. 32 DS-GVO verstoßen. Denn dass die KI. auch in die unverschlüsselte Versendung der Gesundheitsakte mit E-Mail eingewilligt hat, hat selbst die Bekl. nicht vorgetragen, zumal ein Verzicht auf ein verschlüsseltes Versenden von Daten nach der DS-GVO nicht möglich ist. Der KI. ist durch das unverschlüsselte Versenden der elektronischen Gesundheitsakte ein immaterieller Schaden gem. Art. 82 DS-GVO entstanden. Denn bereits das unverschlüsselte Versenden der die KI. betreffenden Gesundheitsdaten führt zu einer erheblichen Verletzung ihres allgemeinen Persönlichkeitsrechts nach Art. 2 Abs. 1 GG iVm Art. 1 Abs. 1 GG. Zwar führt ein bloßer Verstoß gegen die DS-GVO, ohne dass eine Schadensfolge eintritt, nicht zu einer Haftung nach Art. 82 DS-GVO. Auch reicht ein Bagatelverstoß ohne ernsthafte Beeinträchtigung bzw. eine bloß individuell empfundene Unannehmlichkeit des Betroffenen nicht aus. Allerdings ist eine schwere Verletzung des Persönlichkeitsrechts nicht (mehr) erforderlich. Vielmehr genügt es, dass dem Betroffenen ein spürbarer Nachteil entstanden und eine objektiv nachvollziehbare, mit gewissem Gewicht erfolgte Beeinträchtigung von persönlichkeitsbezogenen Belangen gegeben ist. Dieses Ergebnis deckt sich auch mit der Intention des europäischen Gesetzgebers. Ausweislich Erwägungsgrund 146 S. 3 DS-GVO soll der Begriff des Schadens im Lichte der Rspr. des EuGH weit auf eine Art und Weise ausgelegt werden, die den Zielen dieser VO in vollem Umfang entspricht. Es kann dahinstehen, ob § 254 Abs. 1 BGB vorliegend unmittelbar oder entsprechend zur Anwendung gelangen würde. Bei der Höhe des anzusetzenden Schmerzensgelds kommt es auf den konkreten Einzelfall an. Bußgeldkriterien können in der Bemessung berücksichtigt werden, müssen aber stärker im Lichte des Kompensations- und nicht des Strafcharakters eingestellt werden, um eine sog. Doppelbestrafung zu vermeiden. Ausgangspunkt der Betrachtung ist stets, welche Daten abgefloßen sind und welche Folgen dies haben kann und/oder bereits hatte. Je intimer, finanziell bedrohlicher, potenziell ehrverletzender oder kränkender und persönlich gewichtiger die abgefloßenen Daten sind, desto höher fällt der immaterielle Schaden aus. Dabei ist auch die Verknüpfbarkeit von Daten zu berücksichtigen (etwa mit Hilfe von Metadaten). Metadaten erlauben bei entsprechender Menge und Beziehbarkeit auf andere eine Profilbildung, die Einblicke in das Intimleben erlaubt. Die die Schadensersatzhöhe beeinflussende Faktoren auf Seiten des Verantwortlichen können etwa das Ausmaß der Pflichtverletzung(en) sein. In diesem Zusammenhang auch relevant sind der Grad des Verschuldens, das Verhalten des Verantwortlichen nach dem Vorfall ggü. dem Betroffenen sowie das Ob und Wie von Maßnahmen zur Schadensvermeidung oder -minimierung. Bemessungsfaktor für die Höhe der Entschädigung ist damit auf einer objektiven Ebene zunächst die Art und Intensität der Verletzungshandlung, die Kategorie der betroffenen personenbezogenen Daten, der Umfang der „verloren gegangenen Daten“, der zeitliche Umfang der Datenschutzrechtsverletzung, der Umgang des datenverarbeitenden Verantwortlichen mit der Datenschutzrechtsverletzung, die Unternehmensgröße des datenverarbeitenden Verantwortlichen und die an ihn zu stellenden Ansprüche bzgl. der Datensicherheit, Organisation und technische Maßnahmen. Auf einer subjektiven Ebene ist der Verschuldensgrad des Verantwortlichen sowie die subjektive Empfindung des Betroffenen vor dem Hintergrund der verlustig gegangenen Daten zu berücksichtigen. Das Gericht

	führt eine umfassende Abwägung durch, welche Faktoren bei der Bemessung der Schadenshöhe einzubeziehen sind.
LG Lüneburg Urt. v. 14.7.2020 – 9 O 145/19 = ZD 2021, 275 mAnm Wybitul/Wuerme ling/Ganz	1.000 EUR Ein rechtswidriger Negativeintrag bei einer Wirtschaftsauskunftei kann ein Schmerzensgeld rechtfertigen. Es bedarf keiner schwerwiegenden Persönlichkeitsverletzung mehr. Sie ist weder vorgesehen noch von dessen Ziel und Entstehungsgeschichte gedeckt.
LG Darmstadt U. v. 26.5.2020 – 13 O 244/19 = ZD 2020, 642 mAnm Wybitul/Brams (n. rk.; Berufung ist beim OLG Frankfurt/M. unter Az. 13 U 206/20 anhängig)	1.000 EUR Die Versendung von personenbezogenen Daten eines Bewerbers an einen falschen Empfänger ohne den Willen des Bewerbers (hier: Name und Geschlecht des Betroffenen, Position, für die er sich beworben hat, sowie Gehaltsinformationen), begründete einen Schadensersatzanspruch nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO.
LG Mannheim Urt. v. 13.5.2020 – 14 O 32/19 = MMR 2020, 796 (Ls.)	0 EUR Wurde der Beitrag einer betroffenen Person auf einem sozialen Netzwerk zu Unrecht gelöscht und sein Konto für einige Zeit gesperrt, steht der betroffenen Person in der Regel keine Geldentschädigung zu (hier wurde zudem kein DS-GVO-Verstoß gesehen).
LG Ravensburg Urt. v. 6.3.2020 – 2 O 363/19	0 EUR Der Klageantrag („Die Bekl. zu verurteilen, an den Kl. ein angemessenes Schmerzensgeld gem. Artikel 82 Ziffer 1 DS-GVO, dessen Höhe in das Ermessen des Gerichts gestellt wird, nebst Zinsen i.H.v. 5 % – Punkten über dem Basiszinssatz seit Zustellung der Klageschrift zu zahlen“) ist ausreichend bestimmt, § 253 Abs. 2 ZPO. Es handelt sich um einen Antrag auf Schmerzensgeld. Die Höhe des Schmerzensgelds ist regelmäßig durch das erkennende Gericht zu bemessen, § 253 BGB, § 287 ZPO, sodass es für einen hinreichend bestimmten Antrag ausreichend ist, wenn der Kl. iRd Klagebegründung die Schätzgrundlagen sowie eine Größenordnung darlegt. Dies ist vorliegend geschehen, als Mindestbetrag gab der Kl. 20.000 EUR an. Der iRv Art. 82 DS-GVO geltend gemachte Schaden muss kausal auf die Verletzungshandlung, mithin den festgestellten Verstoß gegen die DS-GVO, zurückzuführen sein. Den Betroffenen trifft regelmäßig die Beweislast für das Vorliegen der Tatbestandsmerkmale. Lediglich das Verschulden wird nach Art. 82 Abs. 3 DS-GVO widerleglich vermutet. Inwiefern die verweigerte Auskunft zu einer Ehrverletzung des Kl. geführt haben soll, ist nicht erkennbar. Inwiefern die Nichterteilung der allgemeinen Auskunft nach Art. 15 DS-GVO zu einer erheblichen Ehrverletzung, mithin einem immateriellen Schaden des Kl., geführt haben soll, ist nicht erkennbar.
LG Karlsruhe Urt. v. 11.10.2019 – 8 O 282/19	0 EUR Die Anwendung von Art. 82 Abs. 3 DS-GVO setzt einen schadensverursachenden Verstoß gegen die DS-GVO voraus. Der Nachweis der Ursächlichkeit und des Eintritts eines Schadens als haftungsbegründenden Umstand obliegt dabei dem Betroffenen. Die Exkulpationsmöglichkeit bezieht sich ausschließlich auf das Verschulden hinsichtlich des den Schaden auslösenden Ereignisses. Art. 82 Abs. 3 DS-GVO enthält keinen allgemeinen, übertragbaren Rechtsgedanken, dass schon bei einem Verdacht unzureichender Datenschutzvorkehrungen und einem damit abstrakt drohenden Schaden die datenverarbeitende Stelle sich zunächst umfassend entlasten müsste, um Unterlassungsansprüchen zu entgehen.
LG Regensburg Urt. v. 27.8.2019 – 72 O 1943/18 KOIN	0 EUR Soweit dieser Anspruch mit einer Einschränkung der Datenverarbeitung durch den Kl. infolge der Sperrung seines Nutzerkontos begründet wird, ist schon der sachliche Anwendungsbereich der DS-GVO nicht eröffnet, die nach Art. 2 Abs. 2 lit. c DS-GVO keine Anwendung findet auf die Verarbeitung personenbezogener Daten durch natürliche Personen zur Ausübung ausschließlich persönlicher oder familiärer Tätigkeiten. Auch wurde lediglich der

	Eintritt eines materiellen Schadens durch die Sperrung des Nutzerkontos behauptet, weil der Kl. gehindert gewesen sei, seine geäußerte Meinung weiter zu verbreiten, ohne diesen behaupteten Schaden konkret darzulegen oder sonst nachvollziehbar zu begründen.
LG Karlsruhe Urt. v. 2.8.2019 – 8 O 26/19 = ZD 2019, 511	0 EUR Es bedarf keiner schweren Verletzung des Persönlichkeitsrechts mehr, um einen immateriellen Schaden geltend zu machen. Die Verpflichtung zum Ausgleich eines immateriellen Schadens muss eine benennbar und insoweit tatsächliche Persönlichkeitsverletzung gegenüberstehen, zB bei der mit einer unrechtmäßigen Zugänglichmachung von Daten liegenden „Bloßstellung“. Die Ablehnung eines Kreditvertrags durch ein Kreditinstitut reicht dafür in der Regel jedoch nicht aus.
LG Coburg Urt. v. 31.7.2019 – 24 O 422/18	0 EUR Kein DS-GVO-Schadensersatzanspruch, da eine vorübergehende Funktionssperrung eines Social-Media-Accounts nicht erheblich ist und zudem eine Einwilligung abgegeben wurde. Der Kl. könne auch während einer Sperrung auf seinen Account zugreifen und seine Kontakte einsehen.
LG Traunstein Urt. v. 2.5.2019 – 8 O 3510/18	0 EUR Soweit dieser Anspruch mit einer Einschränkung der Datenverarbeitung durch den Kl. infolge der Sperrung seines Nutzerkontos bei begründet wird, ist schon der sachliche Anwendungsbereich der DS-GVO nicht eröffnet, die nach Art. 2 Abs. 2 lit. c DS-GVO keine Anwendung findet auf die Verarbeitung personenbezogener Daten durch natürliche Personen zur Ausübung ausschließlich persönlicher oder familiärer Tätigkeiten. Auch wurde lediglich der Eintritt eines materiellen Schadens durch die Sperrung des Nutzerkontos behauptet, weil der Kl. gehindert gewesen sei, seine geäußerte Meinung weiter zu verbreiten, ohne diesen behaupteten Schaden konkret darzulegen oder sonst nachvollziehbar zu begründen. Soweit zur Begründung auf die Grundsätze zur Geldentschädigung bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen zurückgegriffen wird, gilt, dass eine solche Geldentschädigung nur unter einschränkenden Voraussetzungen zu gewähren wäre.
LG Wuppertal Urt. v. 29.3.2019 – 17 O 178/18 = ZD 2020, 548 (Ls.)	923,38 EUR Der Kl. wurde ein Anspruch auf Freistellung von der Verbindlichkeit ggü. ihren Prozessbevollmächtigten für die außergerichtliche Rechtsverfolgung iHv 923,38 EUR aus Art. 82 Abs. 1 DS-GVO zugesprochen.
LG Frankfurt/M. Urt. v. 20.12.2018 – 2- 05 O 151/18 = ZD 2019, 467	0 EUR Der immaterielle Schaden liegt in der potenziellen Stigmatisierung, die durch einen „Eintrag“ bei einer Wirtschaftsauskunftei entstehen kann (im vorliegenden Fall lag jedoch kein Verstoß gegen die DS-GVO vor).
Amtsgerichte	
AG Pankow Urt. v. 28.3.2022 – 4 C 199/21	0 EUR Ein Verstoß gegen die DS-GVO lag nicht vor. Voraussetzung ist nicht nur ein Verstoß, sondern auch, dass der Kl. einen Schaden erlitten hat. Allein, dass der Kl. die Auskunft nicht erhalten hat bzw. die Löschung nicht verhindert wurde, kann keinen ersatzfähigen Schaden begründen. Es muss auch bei einem immateriellen Schaden eine Beeinträchtigung eingetreten sein, die unabhängig von einer Erheblichkeitsschwelle wenigstens spürbar sein muss.
AG Pforzheim Urt. v. 27.1.2022 – 2 C 381/21	1.500 EUR Durch die Weitergabe des Namens und der Adresse des Kl. ohne dessen Einwilligung an das Abrechnungszentrum hat die Bekl. gegen Art. 6 Abs. 1 DS-GVO verstoßen und des Weiteren pflichtwidrig den Kl. hierüber nicht nach Art. 14 Abs. 1 DS-GVO informiert. Auf Grund dessen steht dem Kl. ein Schadensersatzanspruch gem. Art. 82 Abs. 1 DS-GVO zu, wobei das Gericht einen Betrag iHv 1.500 EUR (zzgl. 4 EUR für Mahnkosten) für angemessen, aber auch ausreichend hält. Hierbei wurde zum einen berücksichtigt, dass sich der von der Bekl. begangene Verstoß nicht als besonders schwerwiegend darstellt, insb. keinerlei Anhaltspunkte für ein systematisches Vorgehen oder gar eine Schädigungs- oder Bereicherungsabsicht erkennen lassen. Andererseits sieht das Gesetz einen Ausschluss vermeintlicher Bagatellschäden nicht vor. Vielmehr ist der Schadensbegriff der DS-GVO weit auszulegen und, da es sich um einen europarechtlichen Anspruch handelt, nicht mit den bisher in Deutschland üblichen Beträgen für einen immateriellen Schadensersatz zu vergleichen. Um die geforderte Abschreckung zu erreichen, muss der zuzusprechende Schadensersatz über einen rein symbolischen Betrag hinaus

	<p>gehen. Unter Berücksichtigung all dessen erachtet das Gericht einen Betrag iHv 1.500 EUR für insgesamt angemessen. Eine Weitergabe von Daten an ihren Prozessbevollmächtigten läge in ihrem anerkennungswerten berechtigten Interesse, Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DS-GVO.</p>
<p>AG Pfaffenhofen Urt. v. 9.9.2021 – 2 C 133/21 = ZD 2021, (#715)</p>	<p>300 EUR Die Bekl. hat die E-Mail-Adresse des Kl. ohne Rechtfertigung iSd Art. 6 DS-GVO verarbeitet und dem Kl. verspätet bzw. zunächst nicht vollständig Auskunft erteilt. Eine entsprechende Rechtsgrundlage wurde nicht dargelegt. Es lagen zudem Verstöße gegen Art. 14, 15 DS-GVO vor. Es kann dahinstehen, ob eine Haftung gem. Art. 82 DS-GVO von vornherein als verschuldensunabhängig zu sehen ist oder von einer Verschuldensvermutung oder Beweislastumkehr auszugehen ist. Der Verstoß muss kausal zu einem Schaden geführt haben. Eine „Erheblichkeitsschwelle“ ist in der DS-GVO nicht erkennbar und für einen weiten Schadensbegriff spricht auch die Zielsetzung der DS-GVO. Die Schwere des immateriellen Schadens wirkt sich nur noch bei der Höhe des Anspruchs aus. Der Schaden kann auch bereits etwa in dem ungunstigen Gefühl liegen, dass personenbezogene Daten Unbefugten bekannt geworden sind, insb. wenn nicht ausgeschlossen ist, dass die Daten unbefugt weiterverwendet werden, auch bereits in der Ungewissheit, ob personenbezogene Daten an Unbefugte gelangt sind. Unbefugte Datenverarbeitungen können zu einem Gefühl des Beobachtetwerdens und der Hilfslosigkeit führen, was die betroffenen Personen letztlich zu einem reinen Objekt der Datenverarbeitung degradiert. Den Kontrollverlust nennt Erwägungsgrund 75 DS-GVO ausdrücklich als „insbesondere“ zu erwartenden Schaden. Desweiteren kommen etwa Ängste, Stress, Komfort- und Zeiteinbußen in Betracht. Die erkennbaren Auswirkungen liegen darin, dass sich der Kl. mit der Abwehr der von ihm unerwünschten Werbung und der Herkunft der Daten auseinandersetzen musste. Dies ist geeignet, zu einem durchaus belastenden Eindruck des Kontrollverlusts zu führen, zumal dies auch die Auseinandersetzung mit dem Verstoß und auch die Abwehr ggf. drohender anderweitiger Verstöße erschwert. Die Höhe des Anspruchs ist auf der Grundlage der inhaltlichen Schwere und Dauer der Rechtsverletzung zu beurteilen, unter Berücksichtigung des Kontexts, der Umstände eines Verstoßes. Genugtuungs- und Vorbeugungsfunktion können bei der Bezifferung eine Rolle spielen. Die zögerlich gegebene Information muss im Interesse einer effektiven Abschreckung als schmerzengelderhöhend berücksichtigt werden.</p>
<p>AG Hamburg- Bergedorf Urt. v. 7.12.2020 – 410d C 197/20 = ZD 2021, 587</p>	<p>0 EUR Der Versand einer E-Mail an einen gewerblichen Empfänger begründet keinen DS-GVO-Schadensersatzanspruch. Der Verstoß gegen Art. 6 Abs. 1 DS-GVO allein ist nicht ausreichend. Es muss eine objektiv benennbare Beeinträchtigung des Geschädigten vorliegen, die über den bloßen Ärger oder die individuell empfundene Unannehmlichkeit des Verstoßes hinausgeht.</p>
<p>AG Frankfurt/M. Urt. v. 16.10.2020 – 30 C 2705/19 (47)</p>	<p>0 EUR Unabhängig von der Frage, ob überhaupt ein Verstoß gegen die DS-GVO erfolgte und die Datenverarbeitung rechtswidrig iSd Art. 5 f. DS-GVO erfolgte, ist weder ein materieller, noch ein immaterieller Schaden bei dem Kl. erkennbar. Ein immaterieller Schaden besteht nicht alleine durch die Weitergabe der Information über den Kl., dass und welche Trainervergütung er innerhalb des Vereins erhält. An einer erkennbaren Persönlichkeitsverletzung, die zu einem immateriellen Schadensersatzanspruch führen könnte, fehlt es hier. Mit der Einführung von Art. 82 Abs. 1 DS-GVO kann eine betroffene Person für jede Verletzung der DS-GVO durch Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten auch ein angemessenes Schmerzensgeld verlangen. Insb. bei der Zugänglichmachung von Daten einer betroffenen Person für Dritte ohne ihr Einverständnis muss ein Schadensersatzanspruch einen immateriellen Schaden abdecken. Ein irgendwie gearteter (immaterieller) Schaden ist jedoch Voraussetzung für einen Schadensersatzanspruch. Schadensersatzpflichten könnten Schutzvorschriften der DS-GVO auch auf praktischer Ebene durchsetzen, was grds. für ein weites Verständnis des immateriellen Schadensersatzanspruchs nach Art. 82 Abs. 1 der DS-GVO sprechen würde. Auch bedarf es entsprechend des Wortlauts von Art. 82 Abs. 1 DS-GVO keiner schwerwiegenden Persönlichkeitsrechtsverletzung mehr für ein Entstehen eines Schadensersatzanspruchs. Dafür spreche Erwägungsgrund 146 DS-GVO. Der Verpflichtung zum Ausgleich eines immateriellen Schadens muss eine benennbare und tatsächliche Persönlichkeitsverletzung gegenüberstehen. Diese</p>

	<p>Persönlichkeitsrechtsverletzung kann insb. in einer „Bloßstellung“ liegen. Ein irgendwie gearteter Schaden muss einer Ersatzpflicht vorausgehen, immaterielle Bagatellschäden sind nicht ersatzfähig. Soweit die Schwelle von bloßer Unannehmlichkeit zu ernsthafter Beeinträchtigung nicht überwunden ist, besteht keine Ersatzpflicht für den Datenverarbeiter. Ein immaterieller Schaden kann insb. in einer „öffentliche Bloßstellung“ liegen, die dann durch den Schadensersatzanspruch kompensiert werden kann. Die entfernte Möglichkeit einer Rufschädigung genügt den Substantiierungsanforderungen iRv Art. 82 Abs. 1 DS-GVO nicht.</p>
<p>AG Hildesheim Urt. v. 5.10.2020 – 43 C 145/19 = ZD 2021, 384</p>	<p>800 EUR Die Zugänglichmachung von personenbezogenen Daten auf einem retournierten PC an einen Dritten rechtfertigt nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO ein Schmerzensgeld, wenn keine Einwilligung der betroffenen Person vorliegt. Der Begriff des immateriellen Schadens ist im Zusammenhang mit der Verletzung der DS-GVO weit auszulegen, um dem europäischen Recht (effet utile) und den Zielen der DS-GVO zur Wirkung zu verhelfen. Immaterielle Schadensersatzansprüche haben einen abschreckenden Charakter und sollen der DS-GVO zu einer effektiven Geltung verhelfen. Das Gericht berücksichtigt die Ausgleichs- und Genugtuungsfunktion des Schmerzensgelds.</p>
<p>AG Hamburg-Barmbek Urt. v. 18.8.2020 – 816 C 33/20</p>	<p>0 EUR Die betroffene Person muss die Datenschutzverletzung nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO darlegen und erläutern, worin die Beeinträchtigung liegt. Werden nach einer Datenschutzverletzung personenbezogene Daten wie Name, Anschrift, Geburtsdatum und Kreditkartennummer im Internet veröffentlicht, begründet dies allein noch keinen Schadensersatzanspruch.</p>
<p>AG Frankfurt/M. Urt. v. 10.7.2020 – 385 C 155/19 (70) = ZD 2021, 47</p>	<p>0 EUR Für einen DS-GVO-Schadensersatzanspruch bedarf es einer ernsthaften Beeinträchtigung. Eine individuell empfundene Unannehmlichkeit oder ein Bagatelverstoß ohne ernsthafte Beeinträchtigung für das Selbstbild oder Ansehen einer Person reicht dafür nicht aus.</p>
<p>AG Pforzheim Urt. v. 25.3.2020 – 13 C 160/19 = ZD 2021, 50</p>	<p>4.000 EUR Gibt ein Psychotherapeut die Gesundheitsdaten über den Ehemann seiner Patientin iRe familienrechtlichen Auseinandersetzung unerlaubt an deren Verfahrensbevollmächtigten weiter, liegt ein Verstoß gegen Art. 9 DS-GVO vor. Dies berechtigt die betroffene Person zu einem angemessenen Schmerzensgeld nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO. Der Betrag von 4.000 EUR sei ausreichend, aber auch erforderlich, um eine Abschreckungswirkung zu erzielen und der betroffenen Person zugleich Genugtuung für das erlittene Unrecht zu gewährleisten.</p>
<p>AG Hannover Urt. v. 9.3.2020 – 531 C 10952/19 = ZD 2021, 176 (Ls.)</p>	<p>0 EUR Nicht jede Datenschutzrechtsverletzung ist ein ersatzfähiger Schaden. Für einen Bagatelverstoß ohne ernsthafte Beeinträchtigung bzw. für jede bloß individuell empfundene Unannehmlichkeit ist kein Schmerzensgeld iSd Art. 82 Abs. 1 DS-GVO zu gewähren. Der betroffenen Person muss ein spürbarer Nachteil entstanden sein und es muss sich um eine objektiv nachvollziehbare, mit gewissem Gewicht erfolgte Beeinträchtigung von persönlichkeitsbezogenen Belangen handeln. Eine schwere Verletzung des Persönlichkeitsrechts ist nicht erforderlich.</p>
<p>AG Brake Urt. v. 19.12.2019 – 3 C 153/19</p>	<p>0 EUR Ein Anspruch auf Schadensersatz nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO setzt voraus, dass wegen eines Verstoßes gegen die DS-GVO ein materieller oder immaterieller Schaden entstanden ist. Ein bloßer Verstoß gegen die DS-GVO, ohne dass eine Schadensfolge eintritt, führt nicht zu einer Haftung. Zwar ist eine schwere Verletzung des Persönlichkeitsrechts nicht (mehr) erforderlich; es muss aber dem Betroffenen ein spürbarer Nachteil entstanden sein und es muss um eine objektiv nachvollziehbare, mit gewissem Gewicht erfolgte Beeinträchtigung von persönlichkeitsbezogenen Belangen gehen. Der Kl. hat nicht dargelegt, dass ihm ein solcher immaterieller Schaden entstanden ist. Er hat lediglich ausgeführt, dass das Verhalten der Bekl. für ihn eine Rufschädigung darstelle und er von dem negativen Ansehen betroffen sei, dass die anderen Teilhaber durch die offene Darstellung seiner – gar nicht vorhandenen – Rückstandsbeträge von ihm gewonnen haben dürften und dass Nachbarn und Mitbewohner sowie darüber hinaus plakativ und falsch damit konfrontiert würden. Es kann dahinstehen, ob die Auflistung des Kl. in der Saldoliste überhaupt geeignet war, den Ruf des Kl. zu schädigen. Es mag schließlich valide Gründe für einen Beitragsrückstand geben. Jedenfalls aber hat der Kl.</p>

	nicht dargelegt, dass sein Ruf durch die Aufführung in der Saldoliste tatsächlich geschädigt worden ist und er hierdurch Nachteile erlitten hat.
AG Goslar Urt. v. 27.9.2019 – 28 C 7/19	0 EUR Der Versand einer einzigen E-Mail an eine berufliche E-Mail-Adresse ohne vorherige Einwilligung, die nicht zur Unzeit versandt wurde und die auf Grund ihres äußeren Erscheinungsbilds deutlich gezeigt hat, dass es sich um Werbung handelt und die ein längeres Befassen mit ihr nicht notwendig gemacht hat, begründet keinen Schaden nach der DS-GVO. Die Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts führt nur dann zu einem Anspruch auf Geldentschädigung, wenn es sich um einen schwerwiegenden Eingriff handelt und die Beeinträchtigung nicht in anderer Weise befriedigend ausgeglichen werden kann. Ob eine schwere Persönlichkeitsverletzung vorliegt, bemisst sich an objektiven Kriterien und nicht an der subjektiven Empfindlichkeit und hängt insb. von der Bedeutung und Tragweite des Eingriffs, Anlass und Beweggrund des Handelnden sowie von dem Grad seines Verschuldens ab. Der Schadensbegriff wird im Zweifel weit ausgelegt; gleichwohl muss er „erlitten“ sein.
AG Bochum Beschl. v. 11.3.2019 – 65 C 485/18	0 EUR Ein Anspruch aus Art. 82 DS-GVO wurde iErg nicht schlüssig dargelegt.
AG Diez Urt. v. 7.11.2018 – 8 C 130/18 = ZD 2019, 85	0 EUR Der Verstoß gegen die DS-GVO alleine führt nicht direkt zum Schadensersatz. Eine schwere Verletzung des Persönlichkeitsrechts ist nicht erforderlich. Für einen Bagatelverstoß ohne ernsthafte Beeinträchtigung bzw. für jede bloß individuell empfundene Unannehmlichkeit ist kein Schmerzensgeld zu gewähren; dem Betroffenen muss ein spürbarer Nachteil entstanden sein und es muss um eine objektiv nachvollziehbare, mit gewissem Gewicht erfolgte Beeinträchtigung von persönlichkeitsbezogenen Belangen gehen. Das Gericht sah hier den Schmerzensgeldanspruch mit dem bereits anerkannten Betrag iHv 50 EUR als abgegolten an.
Finanzgerichte	
FG Berlin-Brandenburg Beschl. v. 27.10.2021 – 16 K 16155/21 = ZD 2022, 172	0 EUR Art. 82 Abs. 1 DS-GVO ist, soweit er sich gegen staatliche Stellen richtet, entsprechend der verfahrensrechtlichen Regelungen des jeweiligen Mitgliedstaats zur Durchsetzung von Ansprüchen bei Amtspflichtverletzungen geltend zu machen, in Deutschland mithin vor den ordentlichen Gerichten. Die Auslegung des Art. 79 Abs. 2 DS-GVO, auf den Art. 82 Abs. 6 DS-GVO verweist, iSe internationalen Zuständigkeitsregelung ist vorzugswürdig. Für dieses Ergebnis spricht Erwägungsgrund 145 DS-GVO, wonach es bei Verfahren gegen Verantwortliche oder Auftragsverarbeiter dem Kl. überlassen bleiben soll, ob er die Gerichte des Mitgliedstaats anruft, in dem der Verantwortliche oder der Auftragsverarbeiter eine Niederlassung hat, oder des Mitgliedstaats, in dem die betroffene Person ihren Aufenthaltsort hat. Es sind mithin grenzüberschreitende Sachverhalte angesprochen. Außerdem ergibt sich aus Erwägungsgrund 147 DS-GVO, dass die spezifischen Vorschriften der DS-GVO über die Gerichtsbarkeit – insb. in Bezug auf Verfahren im Hinblick auf einen gerichtlichen Rechtsbehelf einschließlich Schadenersatz gegen einen Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter – Geltung beanspruchen. Damit ist das Verhältnis der DS-GVO zu den zentralen Vorschriften des unionsrechtlichen (Zivil-)Prozessrechts angesprochen. Nicht zuletzt wird diese Auslegung dadurch gestützt, dass dem Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union für die verfahrensrechtliche Durchsetzung von Ansprüchen innerhalb der Mitgliedstaaten schon keine Regelungskompetenz zukommt. Eine solche Kompetenz ergibt sich weder aus Art. 16 AEUV, auf den die DS-GVO maßgeblich gestützt wird, noch aus anderer ausdrücklicher Ermächtigung oder Annexkompetenz.
Landesarbeitsgerichte	
LAG Hamm Urt. v. 14.12.2021 – 17 Sa 1185/20 = ZD 2022, 295	2.000 EUR Anspruchsberechtigter des Art. 82 Abs. 1 DS-GVO ist die betroffene Person iSd Art. 4 Nr. 1 DS-GVO. Die Haftung des Verantwortlichen nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO ist verschuldensunabhängig, dh Sie setzt nicht das Vorliegen oder den Nachweis eines Verschuldens voraus. Aus Art. 82 Abs. 3 DS-GVO ergibt sich nichts Abweichendes. Die darin enthaltene Bestimmung,

	<p>wonach bei Nachweis der Nichtverantwortlichkeit für den Umstand, durch den der Schaden eingetreten ist, eine Befreiung von der Haftung eintritt, betrifft nach Auffassung des BAG nicht das Verschulden iSd „Vertretenmüssens“, sondern die Frage nach einer „Beteiligung“ bzw. nach der Urheberschaft iSd Kausalität. Der Rechtsanspruch auf immateriellen Schadenersatz nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO erfordert über eine Verletzung der DS-GVO hinaus nicht zusätzlich, dass die verletzte Person einen (weiteren) von ihr erlittenen immateriellen Schaden darlegt. Sie muss also keine „Konsequenz oder Folge der Rechtsverletzung von zumindest einigem Gewicht“ oder das Überschreiten einer „Erheblichkeitsschwelle“ darlegen. Bereits die Verletzung der DS-GVO selbst führt zu einem ausgleichenden immateriellen Schaden. Für dieses Verständnis spricht Erwägungsgrund 146 S. 3 DS-GVO, wonach der Begriff des Schadens im Lichte der Rspr. des EuGH weit und auf eine Weise ausgelegt werden soll, die den Zielen der VO in vollem Umfang entspricht. Bereits der – auch hier eingetretene – Verlust über die Kontrolle der eigenen personenbezogenen Daten kann nach Erwägungsgrund 75 und 85 DS-GVO einen immateriellen Schaden begründen. Bei diesem Verständnis bleiben die Schwere eines Pflichtenverstößes und das Ausmaß der damit einhergehenden Beeinträchtigungen auch nicht unberücksichtigt. Sie können effektiv iRd Bemessung der Höhe des Schadenersatzes berücksichtigt werden. Nach Erwägungsgrund 146 S. 6 DS-GVO sollen die betroffenen Personen einen vollständigen und wirksamen Schadenersatz für den erlittenen Schaden erhalten. Bei der Bemessung des immateriellen Schadenersatzes durch das Gericht sind daher alle Umstände des Einzelfalles zu berücksichtigen. Es soll ein tatsächlicher und wirksamer rechtlicher Schutz, der aus der DS-GVO hergeleitete Rechte gewährleistet werden. Berücksichtigt werden muss das Verschulden des Verantwortlichen und etwaige Verstöße gegen die DS-GVO. Eine gesamtschuldnerische Haftung kommt nach Art. 82 Abs. 4 DS-GVO nur bei der Beteiligung mehrerer Verantwortlicher an „derselben Verarbeitung“ in Betracht.</p>
<p>LAG Berlin-Brandenburg Urt. v. 18.11.2021 – 10 Sa 443/21 = ZD 2022, 341</p>	<p>2.000 EUR Der Kl. hatte Auskunft nach Art. 15 DS-GVO zu zwei Vorgängen verlangt, die verspätet bzw. gar nicht erteilt wurde. Es besteht unabhängig von dem Erreichen einer Erheblichkeitsschwelle bei Verstößen gegen Regelungen der DS-GVO ein immaterieller Schadenersatzanspruch. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass gerade ausgehend von Erwägungsgrund 146 S. 3 DS-GVO eine weite Auslegung geboten ist, um den Zielen der VO in vollem Umfang zu entsprechen. Hiermit wäre es unvereinbar, würde eine Schadenersatzpflicht nur bei erheblichen Rechtsverstößen eintreten, da dann eine Vielzahl von Fallgestaltungen denkbar wäre, in denen Betroffene trotz Verstößen gegen die Regelungen der DS-GVO keine Kompensation erhielten. Ferner kann, um die Regelungen der DS-GVO effektiv durchzusetzen, auch auf eine abschreckende Wirkung des Schadenersatzes abgestellt werden. Zudem sollen die betroffenen Personen nach Erwägungsgrund 146 S. 3 DS-GVO einen vollständigen und wirksamen Schadenersatz für den erlittenen Schaden erhalten. Dass ein Schaden erlitten ist, ergibt sich nicht erst bei Überschreiten einer gewissen Erheblichkeitsschwelle – der Schwere der Pflichtverstöße und damit einhergehenden Beeinträchtigungen kann vielmehr effektiv auf Ebene der Höhe des Schadenersatzes begegnet werden. Indem die Bekl. ihrer Auskunftsverpflichtung inhaltlich nicht hinreichend nachgekommen ist, hat der Kl. keine ausreichenden Kenntnisse über die Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten erlangt. Insofern ist ein Kontrollverlust eingetreten und ihm wurde die Möglichkeit der Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten unmöglich gemacht oder erschwert. Die Kausalität lag vor. Der Anspruch des Kl. ist auch nicht verwirkt oder aus anderem Grunde rechtsmissbräuchlich geltend gemacht worden. Die Schadenersatzansprüche sollen generell eine Abschreckungswirkung haben. Unter Berücksichtigung von Erwägungsgrund 146 S. 6 DS-GVO soll die betroffene Person einen vollständigen und wirksamen Schadenersatz für den erlittenen Schaden erhalten. Verstöße müssen effektiv sanktioniert werden. Schadenersatz bei Datenschutzverstößen sollen eine abschreckende Wirkung haben, um der DS-GVO zum Durchbruch zu verhelfen. Gemessen an der Zweckrichtung des Schadenersatzes hält die Kammer unter Berücksichtigung</p>

	und Abwägung der Umstände des vorliegenden Falls einen immateriellen Schadensersatz iHv 1.000 EUR je unvollständig beantwortetem Auskunftsverlangen für angemessen. Durch die unzureichende Auskunft hatte der Kl. keine umfassende Kenntnis über die Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten durch die Bekl. bei zwei für ihn nachteiligen Sachverhalten (Versetzung und Abmahnung). Durch einen Schadensersatz von jeweils 1.000 EUR wird ausreichend sichergestellt, dass durch die Zahlung eines spürbaren Betrags Art. 15 DS-GVO zur Geltung verholfen wird und die Verpflichteten angehalten werden, die entsprechenden Maßgaben einzuhalten.
LAG Niedersachsen Urt. v. 22.10.2021 – 16 Sa 761/20	1.250 EUR Der Anspruch auf Ersatz immateriellen Schadens nach Art. 82 DS-GVO erfordert nicht das Überschreiten einer Erheblichkeitsschwelle. Vorliegend geht es um die Datenverarbeitung in Bezug auf den Kl. iRd Arbeitsverhältnisses mit der Bekl. und im Zusammenhang mit der sog. „Dieselaffäre“. Der Arbeitgeber ist als Verantwortlicher Verpflichteter iSd Art. 82 Abs. 1 DS-GVO. Ein Verstoß gegen diese VO iSd Art. 82 Abs. 1 DS-GVO ist gegeben. Hierbei ist jeglicher Verstoß gegen eine Vorschrift der DS-GVO einschließlich der Formvorschriften ausreichend. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass ein Rechtsverstoß bei einer Datenverarbeitung vor dem Geltungszeitpunkt der DS-GVO die fortgesetzte Datenverarbeitung „infiziert“ und zu einem Schadensersatzanspruch führt. Die Bekl. hat ihre Pflichten nach Art. 15 Abs. 1 DS-GVO verletzt. Der Auskunftsanspruch nach Art. 15 DS-GVO besteht auch in einem Arbeitsrechtsverhältnis. Die allgemeinen Bestimmungen der DS-GVO enthalten eine Vollregelung, auch zum Beschäftigtendatenschutz. Den Schadensersatzansprüchen soll generell eine Abschreckungswirkung innewohnen.
LAG Hessen Urt. v. 18.10.2021 – 16 Sa 380/20	1.500 EUR Immaterieller Schadensersatz nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO wegen rechtswidriger Detektivüberwachung setzt keine schwerwiegende Persönlichkeitsrechtsverletzung voraus. Einen Ausschluss vermeintlicher Bagatellschäden sieht das Gesetz nicht vor. Gerade bei immateriellen Schäden ist die Rspr. des EuGH zu berücksichtigen, dass der geschuldete Schadensersatz „eine wirklich abschreckende Wirkung“ haben muss. Die bisherige deutsche Rspr., die immateriellen Schadensersatz überhaupt nur bei schwerwiegenden Persönlichkeitsrechtsverletzungen zugesprochen hat, was auch der ausdrücklichen Regelung in § 8 Abs. 2 BDSG aF entspricht, ist nicht mehr anwendbar. Da der Begriff des Schadens in Art. 82 DS-GVO ein europarechtlicher ist, darf nicht auf nationale Erheblichkeitsschwellen oder andere Einschränkungen abgestellt werden. Einen Ausschluss vermeintlicher Bagatellschäden sieht das Gesetz nicht vor. Der Verantwortliche haftet für jede „nicht dieser Verordnung entsprechende Verarbeitung“ (Art. 82 Abs. 2 S. 1 DS-GVO), solange diese kausal für den Schaden ist. Der Begriff der Beteiligung ist weit zu verstehen, sodass insb. die schädigende Handlung nicht von dem in Anspruch genommenen Verantwortlichen ausgegangen sein muss. Die Höhe des Schadensersatzes ergibt sich aus dem Gesichtspunkt der Genugtuung des Opfers sowie der Prävention.
LAG Rheinland-Pfalz Beschl. v. 22.6.2021 u. 19.11.2021 – 8 Sa 338/20	0 EUR Unveröffentlicht.
LAG Hamm Urt. v. 11.5.2021 – 6 Sa 1260/20 = ZD 2021, 710 (Revision beim BAG unter Az. 2 AZR 363/21 eingelegt)	1.000 EUR Die Nichterteilung einer Auskunft nach Art. 15 DS-GVO über sechs Monate begründet einen immateriellen Schadensersatzanspruch nach Art. 82 DS-GVO. Der Auskunftsanspruch besteht auch in einem Arbeitsverhältnis. Weder der DS-GVO noch ihren Erwägungsgründen lässt sich entnehmen, dass der Schadensersatzanspruch einen qualifizierten Verstoß gegen die DS-GVO voraussetzt. Für die Annahme einer Erheblichkeitsschwelle oder die Ausnahme von Bagatellfällen, gibt es keinen Anhaltspunkt. Unter Berücksichtigung von Erwägungsgrund 146 S. 3 DS-GVO soll der Begriff des Schadens im Lichte der Rspr. des EuGH weit und auf eine Weise ausgelegt werden, die den Zielen der VO in vollem Umfang entspricht. Die Schwere des immateriellen Schadens, mithin das Gewicht der Beeinträchtigung, das die Kl. – subjektiv – wegen der bestehenden Unsicherheit und des Kontrollverlustes empfinden mag, ist für die

	<p>Begründung der Haftung nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO und mithin für die Frage des „Ob“ eines entstandenen Schadens nicht erheblich. Unter Berücksichtigung des Erwägungsgrunds 146 (S. 6) DS-GVO soll die betroffene Person einen vollständigen und wirksamen Schadensersatz für den erlittenen Schaden erhalten. Insoweit erscheint eine Orientierung an dem Kriterienkatalog für die Bemessung von Bußgeldern in Art. 83 Abs. 2 S. 2 DS-GVO naheliegend. Bei der Bemessung der Entschädigung für immaterielle Schäden kommt den Gerichten grds. ein weites Ermessen zu, § 287 Abs. 1 S. 1 ZPO. Es müssen mithin sowohl sämtliche Auswirkungen des konkreten Datenschutzverstößes für die geschädigte Person als auch sämtliche in der Person des Schädigers liegenden, insb. die Tatsituation und den Verschuldensgrad betreffenden, Umstände berücksichtigt werden. Inwieweit die Höhe des Schadensersatzes auch von dem nach Art. 4 Nr. 7 DS-GVO Verantwortlichen und dessen Finanzkraft abhängen mag, kann dahinstehen. Zweifel an der Nachhaltigkeit des Auskunftsverlangens kann bei der Bemessung der Höhe des immateriellen Schadensersatzes zu berücksichtigen sein.</p>
<p>LAG Baden-Württemberg Urt. v. 25.2.2021 – 17 Sa 37/20 = ZD 2021, 436</p>	<p>0 EUR Verlangt ein Beschäftigter wegen der überschießenden Datenverarbeitung durch die Konzernmutter in den USA vom verantwortlichen Arbeitgeber nach Art. 82 Abs. 1, Abs. 2 DS-GVO immateriellen Schadensersatz und macht er als immateriellen Schaden die Gefahr eines Missbrauchs der Daten durch Ermittlungsbehörden in den USA oder andere Konzerngesellschaften bzw. einen Kontrollverlust geltend, kommen diese Umstände grds. zur Begründung eines immateriellen Schadens iSv Art. 82 DS-GVO in Betracht. Für eine Haftung des Arbeitgebers ist jedoch zusätzlich erforderlich, dass der Schaden „wegen eines Verstoßes“ gegen die DS-GVO entstanden ist, dh einem Ordnungsverstoß zugeordnet werden kann (Kausalität). Daran fehlt es, wenn der Arbeitgeber weder gegen die Bestimmungen des V. Kapitels der DS-GVO noch gegen Art. 28 DS-GVO verstoßen hat. Der verbleibende Verstoß gegen § 26 Abs. 4 BDSG iVm den Bestimmungen der Betriebsvereinbarung löst allein keinen Schadensersatzanspruch nach Art. 82 DS-GVO aus. Der Anspruchsteller muss darlegen und ggf. beweisen, dass der Anspruchsgegner irgendwie an der Verarbeitung beteiligt war, während der Anspruchsgegner darlegen und ggf. beweisen (Vollbeweis) muss, sämtliche Vorschriften iSv Art. 82 Abs. 1, Abs. 2 DS-GVO eingehalten zu haben.</p>
<p>LAG Köln Urt. v. 14.9.2020 – 2 Sa 358/20 = ZD 2021, 168</p>	<p>300 EUR Das Auffinden einer PDF-Datei mit einer ehemaligen Arbeitnehmerin auf der Homepage rechtfertigt einen Schmerzensgeldanspruch, da gegen Art. 17 DS-GVO verstoßen wurde.</p>
<p>LAG Düsseldorf Urt. v. 11.3.2020 – 12 Sa 186/19 = ZD 2021, 592</p>	<p>0 EUR Vorliegend lag kein Verstoß gegen die DS-GVO vor.</p>
<p>Arbeitsgerichte</p>	
<p>ArbG Neuruppin Urt. v. 14.12.2021 – 2 Ca 554/21 = ZD 2022, 396</p>	<p>1.000 EUR Mit Art. 82 DS-GVO enthält die DS-GVO eine eigenständige deliktische Haftungsnorm. Voraussetzung ist eine rechtswidrige Datenverarbeitung, die zu einem Schaden der betroffenen Person (Art. 4 Nr. 1 DS-GVO) führt. Nicht jeder einer betroffenen Person entstandene Schaden ist jedoch auszugleichen. Voraussetzung ist, dass der Verstoß gegen die Bestimmungen der DS-GVO, delegierte Rechtsakte oder konkretisierende nationale Bestimmungen kausal für den eingetretenen Schaden ist. Dabei gewährt Art. 82 DS-GVO ggü. der verantwortlichen Stelle, einen Anspruch auf Ersatz des Schadens, der durch die unrichtige bzw. unzulässige Verwendung von personenbezogenen Daten entstanden ist. Der unbefugte Umgang mit den Daten muss darüber hinaus schuldhaft iSv § 276 BGB erfolgen, damit vorsätzlich oder zumindest fahrlässig. Dabei wird mit der nunmehr seit Mai 2018 geltenden Norm des Art. 82 Abs. 3 DS-GVO ein schuldhaftes Verhalten vermutet, was eine deutliche Verschärfung ggü. dem bis dahin geltenden Recht bedeutet. Von dieser Vermutung kann sich der Verantwortliche oder auch der Auftragsverarbeiter gem. Art. 82 Abs. 3 DS-GVO nur dann entlasten (exkulpieren), wenn er in keinerlei Hinsicht für den Umstand, durch welchen der</p>

	<p>Schaden entstanden ist, verantwortlich ist. Der Schaden kann ein materieller sein. Ebenfalls ist jedoch ein immaterieller Schaden wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts auszugleichen. Erwägungsgrund 146 DS-GVO stellt für die Auslegung von Art. 82 DS-GVO klar, dass es sich um einen „vollständigen und wirksamen Schadensersatz“ handeln muss. Dies zielt auf die Ersatzhöhe ab. Dem Grunde nach sind damit sämtliche Verletzungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts erfasst. Da der Schadensersatzanspruch nach Art. 82 DS-GVO iÜ auch im Umfang auch die Elemente der Wirksamkeit und Abschreckung enthalten soll, können in die Berechnung des Haftungsumfangs auch präventive Gesichtspunkte einfließen. Erwägungsgrund 75 und 85 DS-GVO stehen dem Anspruch ebenfalls nicht entgegen. Die dort genannten Gründe sind weder abschließend, noch dazu geeignet, den Anspruch der Kl. dem Grunde nachzuneigieren. Unter Berücksichtigung vorstehender Rspr. ist davon auszugehen, dass der Kl. ein Schadensersatzanspruch in der ausgeteilten Höhe zuzugestehen ist, da die Bekl. trotz des entsprechenden Begehrens der Kl. über mehrere Monate hin deren Daten auf ihrer Internetseite nicht gelöscht hat. Dies auch unabhängig von der Tatsache, dass die Kl. keine immateriellen Beeinträchtigungen vorgetragen hat. Dieses ist auch nicht erforderlich, da Art. 82 DS-GVO ebenfalls eine Warn- und Abschreckungsfunktion beinhaltet. Schließlich vermögen deswegen auch die Argumente nicht zu überzeugen, dass ein Schadensersatzanspruch deswegen nicht auszuurteilen sei, da einer „uferlosen“ Geltendmachung solcher Ansprüche entsprechend zu begegnen sei. Derartige Überlegungen müssen bei der Ausurteilung von Schadensersatzansprüchen grds. ausscheiden.</p>
<p>ArbG Münster Urt. v. 25.3.2021 – 3 Ca 391/20 = ZD 2021, 534</p>	<p>5.000 EUR Die Verwendung eines Bildes in einem auf die Hautfarbe bezogenen Zusammenhang ohne eine schriftliche Einverständniserklärung rechtfertigt ein Schmerzensgeld nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO, § 823 BGB iVm § 22 KUG.</p>
<p>ArbG Mannheim Urt. v. 25.3.2021 – 8 Ca 409/20</p>	<p>0 EUR Ein Schadensersatzanspruch nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO wurde nicht schlüssig dargelegt, da nicht vorgetragen wurde, gegen welche Schutzvorschriften der DS-GVO oder des BDSG verstoßen wurde. Die Übersendung und Kenntnisnahme der Meldebescheinigung an/durch den Betriebsleiter ist eine gerechtfertigte Datenverarbeitung für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses iSd § 26 BDSG, der ggü. der DS-GVO vorrangig anwendbar ist.</p>
<p>ArbG Berlin Urt. v. 21.1.2021 – 27 Ca 1237/19</p>	<p>0 EUR Zwar dürfte Art. 82 Abs. 1 DS-GVO im nationalen Recht unmittelbar Anwendung finden. Allerdings kann der Bekl. die Verletzung einer Auskunftspflicht nach Art. 15, 12 DS-GVO nicht vorgeworfen werden. Zudem dürfte die auf die Verletzung der Auskunftspflicht nach Art. 15 DS-GVO gestützte Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs auch rechtsmissbräuchlich sein. Denn die Bekl. hat das Schreiben des Kl. binnen der Frist des Art. 12 Abs. 3 S. 1 DS-GVO beantwortet.</p>
<p>ArbG Herne Urt. v. 4.9.2020 – 5 Ca 178/20</p>	<p>0 EUR Der auf Zahlung einer der Höhe nach in das Ermessen des Gerichts gestellten Entschädigung gerichtete Klageantrag ist hinreichend bestimmt. Es handelt sich bei den Ansprüchen auf Ersatz des materiellen und des immateriellen Schadens nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO um zwei unterschiedliche Streitgegenstände. Eine immaterielle Entschädigung setzt nach dem Wortlaut des Art 82 Abs. 1 DS-GVO voraus, dass ein Verstoß gegen die DS-GVO gegeben ist. Die Bekl. hat gegen die DS-GVO verstoßen, indem sie das Auskunftersuchen der Kl. vom 30.01.2020 nicht innerhalb der Fristen des Art. 12 Abs. 3 und 4 DS-GVO beantwortet hat. Neben dem Vorstoß gegen die DS-GVO setzt Art. 82 Abs. 1 DS-GVO aber auch einen (erstattungsfähigen) immateriellen Schaden voraus. Einen solchen Schaden hat die Kl. nicht dargelegt. Keiner abschließenden Entscheidung bedurfte hier die Frage, ob ein Verstoß gegen die DS-GVO stets auch eine Verletzung des Grundrechts des Betroffenen auf informationelle Selbstbestimmung aus Art. 2 Abs. 1 GG iVm Art. 1 Abs. 1 GG indiziert. Denn nicht jeder Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht hat einen Entschädigungsanspruch zur Folge.</p>
<p>ArbG Dresden Urt. v. 26.8.2020</p>	<p>1.500 EUR Der Begriff des Schadens ist auf eine Art und Weise auszulegen, die den Zielen der DS-GVO in vollem Umfange entspricht. Ein immaterieller Schaden entsteht nicht nur in den „auf der Hand liegenden Fällen“, wenn die</p>

– 13 Ca 1046/20 = ZD 2021, 54	datenschutzwidrige Verarbeitung zu einer Diskriminierung, einem Verlust der Vertraulichkeit, einer Rufschädigung oder anderen gesellschaftlichen Nachteilen führt, sondern auch, wenn die betroffene Person um ihre Rechte und Freiheiten gebracht oder daran gehindert ist, die sie betreffenden personenbezogenen Daten zu kontrollieren. Vorliegend wurden Gesundheitsdaten an andere Behörden übermittelt, ohne hierzu berechtigt gewesen zu sein.
ArbG Neumünster Urt. v. 11.8.2020 – 1 Ca 247 c/20 = ZD 2021, 171	1.500 EUR Gerichte können sich bei der Bemessung des immateriellen Schadensersatzes auch an Art. 83 Abs. 2 DS-GVO orientieren, sodass Zumessungskriterien u.a. Art, Schwere, Dauer des Verstoßes, Grad des Verschuldens, Maßnahmen zur Minderung des den betroffenen Personen entstandenen Schadens, frühere einschlägige Verstöße sowie die Kategorien der betroffenen personenbezogenen Daten sind. Vorliegend wurde gegen die Auskunftspflicht nach Art. 15 DS-GVO verstoßen. Da der Verstoß drei Monate andauerte, wurde ein immaterieller Schadensersatz von insgesamt 1.500 EUR verhängt.
ArbG Köln Urt. v. 12.3.2020 – 5 Ca 4806/19	300 EUR Das Auffinden einer PDF-Datei mit einer ehemaligen Arbeitnehmerin auf der Homepage rechtfertigt einen Schmerzensgeldanspruch, da gegen Art. 17 DS-GVO verstoßen wurde. Einer schwerwiegenden Persönlichkeitsrechtsverletzung bedarf es für die Haftung nicht.
ArbG Düsseldorf Urt. v. 5.3.2020 – 9 Ca 6557/18 = ZD 2020, 649 (Berufung beim LAG Düsseldorf unter Az. 14 Sa 294/20 anhängig)	5.000 EUR Vorliegend wurde gegen Art. 12 Abs. 3 S. 1 bis S. 3 sowie Art. 15 Abs. 1 lit. a, lit. b iVm 12 Abs. 1 S. 1 DS-GVO verstoßen. Der Begriff des Schadens ist weit auf eine Art und Weise auszulegen, die den Zielen der DS-GVO in vollem Umfang entspricht. Ein immaterieller Schaden entsteht nicht nur in den „auf der Hand liegenden Fällen“, wenn die datenschutzwidrige Verarbeitung zu einer Diskriminierung, einem Verlust der Vertraulichkeit, einer Rufschädigung oder anderen gesellschaftlichen Nachteilen führt, sondern auch, wenn die betroffene Person um ihre Rechte und Freiheiten gebracht oder daran gehindert wird, die sie betreffenden personenbezogenen Daten zu kontrollieren. Die Schwere des immateriellen Schadens ist für die Begründung der Haftung nach Art. 82 Abs. 1 DS-GVO irrelevant und wirkt sich nur noch bei der Höhe des Anspruchs aus.
ArbG Lübeck Beschl. v. 20.6.2019 – 1 Ca 538/19 = ZD 2020, 422	1.000 EUR Die Veröffentlichung eines Facebook-Posts ohne Einwilligung der betroffenen Person rechtfertigt einen Schadensersatzanspruch. Betont wird jedoch, dass 1.000 EUR die Obergrenze eines Schmerzensgeldbetrags darstellt.
ArbG Düsseldorf Urt. v. 22.2.2019 – 4 Ca 6116/18 (bestätigt durch LAG Düsseldorf Urt. v. 11.3.2020 – 12 Sa 186/19)	0 EUR Vorliegend lag kein Verstoß gegen die DS-GVO vor, da der Medizinische Dienst unter bestimmten Voraussetzungen Sozialdaten erheben, speichern, nutzen und verarbeiten darf und § 276 Abs. 2 S. 1 und S. 3 SGB V den Anforderungen des Art. 6 Abs. 3 S. 2 2. Alt und S. 4 DS-GVO genügen.
Niederlande	
Rb. Rotterdam Urt. v. 25.2.2022 – 9435922\CV EXPL 21-30280	250 EUR Der Verantwortliche hatte ohne Rechtsgrundlage eine Excel-Tabelle mit personenbezogenen Daten an eine Vielzahl von Personen geschickt. In Erwägungsgrund 146 DS-GVO wird erläutert, dass der Begriff „Schaden“ im Lichte der Rspr. des EuGH weit auszulegen ist, und zwar in einer Weise, die den Zielen dieser VO in vollem Umfang Rechnung trägt. Aus dieser Erwägung ergibt sich auch, dass die Betroffenen einen vollständigen und tatsächlichen Ersatz des ihnen entstandenen Schadens erhalten müssen. Aus der o.g. Rechtsvorschrift und ihrer Begründung ergibt sich, dass der Begriff des Schadens als Gemeinschaftsautonomie auszulegen ist, um eine wirksame Einhaltung der DS-GVO mit einem gleichwertigen Schutzniveau in allen Mitgliedstaaten zu gewährleisten (Erwägungsgründe 10 und 11 DS-GVO). Der Verstoß gegen die DS-GVO muss kausal für den materiellen Schaden geworden sein. Der Kl. erklärte, dass er sich unsicher und beobachtet fühle und dass sein Vertrauen in die Menschen abgenommen habe. Der Kontrollverlust kann einen Schaden darstellen.

Rb. Rotterdam Urt. v. 12.7.2021 – ROT 20/3286	2.500 EUR Der Kl. hat einen immateriellen Schaden dadurch erlitten, dass medizinische Daten von der Bekl. zehn Jahre lang gespeichert und verarbeitet wurden, nachdem sie mehrere Anträge des Kl. auf Löschung der Daten abgelehnt hatte. Auf einen konkreten Verstoß gegen die DS-GVO wurde nicht eingegangen.
Österreich	
OLG Linz Entsch. v. 10.11.2021 – 2R149/21a	1.649,34 EUR Kosten aus einem Vorverfahren fallen, auch wenn dieses ein Verwaltungsverfahren ist, iSe Rettungsaufwands unter den allgemeinen Schadensbegriff des § 1293 ABGB iVm Art. 82 DS-GVO, § 29 DSG.
ÖOGH Beschl. v. 15.4.2021 – 6 Ob 35/21x = ZD 2021, 631 mAnm Leibold/Laoutou mai	500 EUR Art. 82 DS-GVO statuiert eine eigenständige datenschutzrechtliche Haftungsnorm. Auf die zum Ersatz immaterieller Schäden im nationalen Schadenersatzregime entwickelten Rechtsprechungsgrundsätze kann nicht ohne Weiteres zurückgegriffen werden. Der zugesprochene Betrag muss über eine rein symbolische Entschädigung hinausgehen. Es muss ein (ideeller) Schaden tatsächlich eingetreten sein. Der Umstand, dass der Auskunftspflichtige seiner gesetzlichen Pflicht zur Bekanntgabe der Herkunft von Daten nicht nachkommt, stellt für sich allein noch keinen ideellen Schaden des Betroffenen dar. Es muss eine Konsequenz oder Folge der Rechtsverletzung gegeben sein, die über den an sich durch die Rechtsverletzung hervorgerufenen Ärger bzw. Gefühlsschaden hinausgeht. Aus der Rechtsverletzung resultierende Gefühlsbeeinträchtigungen wie Ängste, Stress oder Leidenszustände auf Grund einer erfolgten oder auch nur drohenden Bloßstellung, Diskriminierung oder Ähnlichem können als immaterielle Schäden zu einem Ersatzanspruch führen. Eine besonders schwerwiegende Beeinträchtigung der Gefühlswelt ist nicht zu fordern. Bei der Bemessung des Schadens kommt es nicht auf das Verhalten des Schädigers, sondern ausschließlich auf die Auswirkungen bei der geschädigten Person an, wobei diese mit der Kategorie der Daten, der Schwere und Dauer des Verstoßes sowie etwaigen Dritten, denen Daten übermittelt wurden, in direktem Zusammenhang stehen werden. Erwägungsgrund 146 DS-GVO spricht dafür, dass der Schadenersatz nicht zu knapp zu bemessen ist; ein künstlich niedrig bezifferter Betrag mit symbolischer Wirkung reicht nicht aus, um die praktische Wirksamkeit des Unionsrechts sicherzustellen. Der Schadenersatz muss spürbar sein, um eine präventive und abschreckende Wirkung enthalten zu können. Die Tatsache, dass man von einer Datenverarbeitung „massiv genervt“ ist, kann ausreichen.
OLG Wien Urt. v. 7.12.2020 – 11 R 153/20f, 154/20b = ZD 2021, 633	500 EUR Vorliegend wurde gegen die Auskunftspflicht nach Art. 15 DS-GVO verstoßen, sodass ein immaterieller Schadenersatz iHv 500 EUR als angemessen angesehen wurde.
LGZ Wien Urt. v. 30.6.2020 – 3 Cg 52/14k-91 = ZD 2021, 25 mAnm Messner/Mosing (bestätigt durch OLG Wien Urt. v. 7.12.2020 – 11 R 153/20f, 154/20b)	500 EUR Ein Verstoß gegen die Auskunftspflicht nach Art. 15 DS-GVO berechtigt zu einem immateriellen Schadenersatz iHv 500 EUR.
OLG Innsbruck Urt. v. 13.2.2020 – 1 R 182/19b = ZD 2020, 304 mAnm Wirthensohn	0 EUR Ein Datenschutzverstoß muss in die Gefühlssphäre des Geschädigten eingreifen, damit von einem wegen eines Verstoßes gegen die DS-GVO entstandenen immateriellen Schaden (Art. 82 Abs. 1 DS-GVO) gesprochen werden kann. Nicht jeder Verstoß führt zu einem immateriellen Schadenersatz. Der Verpflichtung zum Ausgleich eines immateriellen Schadens muss eine benennbar und insoweit tatsächliche Persönlichkeitsverletzung gegenüberstehen, zB in der mit einer unrechtmäßigen Zugänglichmachung von Daten liegenden „Bloßstellung“.

<p>LG Feldkirch/Österr. Beschl. v. 7.8.2019 – 57 Cg 30/19b – 15 = ZD 2019, 562 mAnm Wirthensohn</p>	<p>800 EUR Der Schadensbegriff nach der DS-GVO ist weit und autonom auszulegen. Er umfasst den physischen, materiellen und immateriellen Schaden. Die DS-GVO normiert keine Erheblichkeitsschwelle für den Ersatz des immateriellen Schadens. Dennoch sind nicht alle Unlustgefühle, die mit einer Rechtsverletzung verbunden sind, ersatzfähig, sondern muss der Interessenbeeinträchtigung ein Gewicht zukommen. Vorliegend wurden die Parteiaffinitäten der betroffenen Person ohne dessen Einwilligung und Information ermittelt und gespeichert.</p>
<p>United Kingdom</p>	
<p>High Court of Justice, Queen's Bench division (London) E. v. 28.5.2021 – Case No: QB- 2020-002788</p>	<p>0 EUR Der Vertreter nach Art. 27 DS-GVO ist für Schäden nach Art 82 DS-GVO oder die Einhaltung der DS-GVO durch den Verantwortlichen nicht verantwortlich.</p>

Rechtsprechung

ZD 2022, 61

LAG Niedersachsen: Datenauskunft bei Datenübermittlung in die USA

Urteil vom 22.10.2021 - 16 Sa 761/20

Leitsätze1.Der Herausgabeanspruch nach Art. EWG_DSGVO Artikel 15 Abs. EWG_DSGVO Artikel 15 Absatz 3 DS-GVO bezieht sich allein auf die Daten, auf die das Auskunftsrecht nach Art. EWG_DSGVO Artikel 15 Abs. EWG_DSGVO Artikel 15 Absatz 1 DS-GVO gerichtet ist.2.Der Anspruch auf Ersatz immateriellen Schadens nach Art. EWG_DSGVO Artikel 82 DS-GVO erfordert nicht das Überschreiten einer Erheblichkeitsschwelle.

ZD 2022, 47

OLG Düsseldorf: Namensnennung in einem Gutachten eines familiengerichtlichen Verfahrens

Hinweisbeschluss vom 16.02.2021 - 16 U 269/20

Leitsätze1.Ein Verstoß gegen die DS-GVO allein reicht nicht aus, um den Schadensersatzanspruch nach Art. EWG_DSGVO Artikel 82 DS-GVO zu begründen. Vielmehr bedarf es eines hierdurch verursachten materiellen oder immateriellen Schadens.2.Der Anspruch aus Art. EWG_DSGVO Artikel 82 DS-GVO erfasst nach dem Schutzzweck der Norm nur solche Sachverhalte, in denen es um die Art der Informationserlangung geht und der Vorwurf einer intransparenten Datenverarbeitung im Raum steht, also das Recht auf informationelle Selbstbestimmung betroffen ist.3.Aus den zivilprozessualen Vorschriften ergibt sich kein generelles Gebot zur Anonymisierung in gerichtlichen Gutachten.

ZD 2021, 693

OLG Brandenburg: Beweislast beim Entschädigungsanspruch nach Art. 82 DS-GVO

Beschluss vom 11.08.2021 - 1 U 69/20

Leitsatz der RedaktionFür einen Entschädigungsanspruch nach Art. EWG_DSGVO Artikel 82 Abs. EWG_DSGVO Artikel 82 Absatz 1 DS-GVO hat die anspruchstellende Partei das Vorliegen eines Schadens darzulegen und zu beweisen. Art. EWG_DSGVO Artikel 82 Abs. EWG_DSGVO Artikel 82 Absatz 3 DS-GVO stellt keine Beweislastumkehr für das Vorliegen eines Schadens dar.

FD-VersR 2019, 415779 (Ls.)

OLG Frankfurt a. M.: Datenschutz- und urheberrechtliche Zulässigkeit der Weitergabe eines Sachverständigengutachtens

Urteil vom 12.02.2019 - 11 U 114/17

1. Ein Haftpflichtversicherer darf ein zur Schadensregulierung eingereichtes Kfz-Sachverständigengutachten einschließlich Lichtbilder an ein von ihr beauftragtes Unternehmen zur Überprüfung der Kalkulation weitergeben. Dies verstößt weder gegen das Bundesdatenschutzgesetz, die Datenschutz-Grundverordnung noch das Urheberrecht.2. Die Versicherung darf die Daten des Versicherten und dessen Kraftfahrzeug zur Schadensregulierung speichern. Dies umfasst das Recht der Versicherung, die Speicherung der Daten zu Kontrollzwecken durch eine von ihr mit dieser Aufgabe betraute Stelle im Rahmen der Auftragsdatenverwaltung vornehmen lassen. (Leitsätze des Gerichts)

BeckRS 2019, 43176

ArbG Düsseldorf: Sozialdaten, Entschädigung, Arbeitsunfähigkeit, Sozialgeheimnis, Persönlichkeitsrecht

Urteil vom 22.02.2019 - 4 Ca 6116/18

§ SGB_V § 276 Abs. SGB_V § 276 Absatz 2 Satz 1 und 3 SGB V, nach denen der Medizinische Dienst unter bestimmten Voraussetzungen Sozialdaten erheben, speichern, nutzen und verarbeiten darf, genügen den Anforderungen des Art. 6 Abs. 3 Satz 2, 2. Alt und Satz 4 DS-GVO

ZD 2022, 333 (m. Anm. Schemmel)

OLG Frankfurt/M.: Voraussetzung für einen Schadensersatzanspruch gem. Art. 82 Abs. 1 DS-GVO

Urteil vom 02.03.2022 - 13 U 206/20 mAnm Schemmel

LeitsatzVoraussetzung für einen Schadensersatzanspruch gem. Art. EWG_DSGVO Artikel 82 Abs. EWG_DSGVO Artikel 82 Absatz 1 DS-GVO ist der Nachweis eines konkreten (auch immateriellen) Schadens.

ZD 2022, 337

OLG Düsseldorf: Schmerzensgeld für Versand einer Gesundheitsakte an falsches Mail-Postfach

Urteil vom 28.10.2021 - 16 U 275/20

Leitsätze der Redaktion1. In den Versand einer Gesundheitsakte per unverschlüsselter E-Mail kann wirksam eingewilligt werden.2. Die mit dem Verlust über die Datenkontrolle verbundene seelisch belastende Ungewissheit stellt einen immateriellen Schaden iSd Art. EWG_DSGVO Artikel 82 DS-GVO dar.

NZA-RR 2020, 348

LAG Düsseldorf: Anforderungen an Datenschutz bei Einholung eines schriftlichen Gutachtens zur Arbeitsunfähigkeit

Urteil vom 11.03.2020 - 12 Sa 186/19

1.Fordert eine Krankenkasse aufgrund des Bezugs von Krankengeld bei einem Medizinischen Dienst der Krankenkasse (MDK) eine gutachtliche Stellungnahme zu dessen Arbeitsunfähigkeit an, so darf der MDK, auch wenn es sich um den Arbeitgeber des Mitglieds handelt, ein schriftliches Gutachten durch eine bei ihr angestellte Ärztin erstellen.2.Die Ärztin darf zur Erstellung der gutachtlichen Stellungnahme den behandelnden Arzt des Mitglieds telefonisch und ohne dessen vorherige Zustimmung um Auskunft ersuchen.3.Zu den Anforderungen an den Datenschutz, welche sich aus Art.EWG_DSGVO Artikel 6, EWG_DSGVO Artikel 9 DS-GVO in einem solchen Fall bezogen auf die Aspekte aus dem ersten und zweiten Leitsatz und für die Speicherung der gutachtlichen Stellungnahme ergeben.

BeckRS 2021, 50665

ArbG Neuruppin: Schadensersatz, Anspruch, Schaden, Website, Internet, Kostenentscheidung, Datenschutz, Beendigung, Auskunft, Vereinbarung, Auflage, Entfernung, Umgang, Auskunftserteilung, schuldhaftes Verhalten, Bezifferung des Schadensersatzanspruches

Urteil vom 14.12.2021 - 2 Ca 554/21

ZD 2020, 649

ArbG Düsseldorf: Schadensersatz nach Art. 82 DS-GVO wegen Auskunftsrechtsverletzung

Urteil vom 05.03.2020 - 9 Ca 6557/18

Leitsätze der Redaktion 1. Der Auskunftsanspruch nach Art. EWG_DSGVO Artikel 15 Abs. EWG_DSGVO Artikel 15 Absatz 1 DS-GVO beinhaltet keine Pflicht des Verantwortlichen zur Mitteilung über eigenverantwortliche Datenverarbeitung durch Dritte. Durch die Auskunft über Empfänger oder Kategorien von Empfängern gem. Art. EWG_DSGVO Artikel 15 Abs. EWG_DSGVO Artikel 15 Absatz 1 lit. c DS-GVO erhält der Betroffene die Möglichkeit, den Empfängern gegenüber seine Rechte aus Art. EWG_DSGVO Artikel 12 ff. DS-GVO geltend zu machen. 2. Gegen den Anspruch auf Erteilung einer Datenkopie aus Art. EWG_DSGVO Artikel 15 Abs. EWG_DSGVO Artikel 15 Absatz 3 DS-GVO kann nach dem Grundsatz von Treu und Glauben eingewandt werden, dass der Aufwand des Verantwortlichen in grobem Missverhältnis zum Leistungsinteresse des Anspruchsstellers steht. 3. Kommt der Verantwortliche seiner Auskunftspflicht gem. Art. EWG_DSGVO Artikel 15 DS-GVO nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig nach, kann der Betroffene einen Schadensersatzanspruch gem. Art. ...

GRUR-RS 2022, 10537

OLG Frankfurt a. M.: Bemessung des Schmerzensgeldanspruchs nach DSGVO bei rechtswidriger Versendung eines Kontoabschlusses

Urteil vom 14.04.2022 - 3 U 21/20

1. Die Durchsetzung eines Anspruchs auf Unterlassung bei einer rechtswidrigen Verarbeitung personenbezogener Daten im Sinne der Datenschutzgrundverordnung kann entweder auf §§ BGB § 823, BGB § 1004 BGB i.V.m. Art. EWG_DSGVO Artikel 6 Abs. EWG_DSGVO Artikel 6 Absatz 1 DSGVO oder auf Artt. EWG_DSGVO Artikel 6 und EWG_DSGVO Artikel 17 DSGVO i.V.m. Art. EWG_DSGVO Artikel 79 DSGVO gestützt werden. 2. Zu einer über die bloße Verletzung der Datenschutzgrundverordnung hinausgehenden spürbaren Beeinträchtigung des Rechts aus Art. EWG_DSGVO Artikel 6 DSGVO bei fehlerhafter Versendung eines Kontoabschlusses. 3. Zur Bestimmung des Streitwerts für ein auf Art. EWG_DSGVO Artikel 6 DSGVO gestütztes Unterlassungsbegehren.

BKR 2022, 131 (m. Anm. Vander)

LG München I: Datenschutzrechtlicher Schadensersatzanspruch bei Datenleck

Urteil vom 09.12.2021 - 31 O 16606/20 mAnm Vander

1. Dem Verletzten obliegt es auch, den Datenschutzverstoß zu beweisen. Die allgemeine Rechenschaftspflicht der Art. EWG_DSGVO Artikel 5 Abs. EWG_DSGVO Artikel 5 Absatz 2, EWG_DSGVO Artikel 24 Abs. EWG_DSGVO Artikel 24 Absatz 1 DSGVO bezieht sich auf eine Verantwortlichkeit gegenüber der Behörde. Hierauf kann jedoch eine Beweislastumkehr oder Beweiserleichterung nicht gestützt werden. (Rn. 28) 2. Im Hinblick auf die Frage des Datenschutzverstoßes verlangt Art. EWG_DSGVO Artikel 32 DSGVO geeignete technische und organisatorische Maßnahmen, um ein dem Risiko angemessenes Schutzniveau zu gewährleisten. Zudem können die Anforderungen bzw. Vorgaben für einen ordnungsgemäßen und sicheren Umgang mit den Daten aus Artikel EWG_DSGVO Artikel 5 Abs. EWG_DSGVO Artikel 5 Absatz 1 lit. f DSGVO, aus den Erwägungsgründen 39 und 78 der VO (EU) 2016/679 sowie der Anlage zu § BDSG 2003 § 9 BDSG 2003 entnommen werden. (Rn. 29) 3. Bei der Bemessung der Höhe des immateriellen Schadensersatzes muss berücksichtigt werden ...

ZD 2022, 48

LG Düsseldorf: Kein Schadensersatz für verzögerte Datenauskunft

Urteil vom 28.10.2021 - 16 O 128/20

Leitsätze der Redaktion 1. Erfüllt i.S.d § BGB § 362 Abs. BGB § 362 Absatz 1 BGB ist ein Auskunftsanspruch grds. dann, wenn die Angaben nach dem erklärten Willen des Schuldners die Auskunft im geschuldeten Gesamtumfang darstellen. Wird die Auskunft in dieser Form erteilt, steht ihre etwaige inhaltliche Unrichtigkeit einer Erfüllung nicht entgegen. Der Verdacht, dass die erteilte Auskunft unvollständig oder unrichtig ist, kann einen Anspruch auf Auskunft in weitergehendem Umfang nicht begründen. 2. Art. EWG_DSGVO Artikel 82 Abs. EWG_DSGVO Artikel 82 Absatz 1 DS-GVO ist dahingehend auszulegen, dass von der Schadensersatzpflicht lediglich solche Schäden umfasst sind, die auf Grund einer Verarbeitung entstehen. Die verzögerte Reaktion auf ein Auskunftsverlangen ist jedoch keine Verarbeitung personenbezogener Daten in diesem Sinn.

GRUR-RS 2019, 48248

LG Regensburg: Kein Anspruch auf teilweise Wiederherstellung eines Beitrags in sozialem Netzwerk

Endurteil vom 27.08.2019 - 72 O 1943/18 KOIN

1. Die auf einem sozialen Netzwerk eingestellte Äußerung "Diese Goldstücke können nur eines - Morden, Klauen, Randalieren, und ganz wichtig: Nie arbeiten." stellt keine zulässige Meinungsäußerung dar und darf daher vom Betreiber des sozialen Netzwerkes gelöscht werden. (Rn. GRURRS Jahr 2019 Randnummer 46) 2. Hat der Betreiber eines sozialen Netzwerkes den teilweise zulässigen Beitrag eines Nutzers insgesamt gelöscht, ist ihm die Wiederherstellung des zulässigen Beitragsteils nicht zumutbar, denn durch diese würde nicht nur die Verantwortlichkeit für fremde Inhalte beeinflusst, sondern gegebenenfalls auch der Sinngehalt der Meinungsäußerung des Nutzers verändert. (Rn. GRURRS Jahr 2019 Randnummer 48 – GRURRS Jahr 2019 Randnummer 57)

ZD 2020, 422

ArbG Lübeck: Schmerzensgeld für Datenschutzverletzung durch Facebook-Post des Arbeitgebers

Beschluss vom 20.06.2019 - 1 Ca 538/19

Leitsatz der Redaktion Die Veröffentlichung eines Fotos des neu eingestellten Arbeitnehmers auf einem Facebook-Post des Arbeitgebers stellt eine unzulässige Datenverarbeitung durch den Arbeitgeber dar.

GRUR-RS 2021, 53369

OLG München: Keine Account-Sperre ohne Anhörung

Endurteil vom 14.12.2021 - 18 U 6997/20 Pre

1. Zum grundsätzlich bestehenden vertraglichen Anspruch des Nutzers eines sozialen Netzwerkes gegen dessen Anbieter auf Unterlassung einer erneuten Kontosperrung und Beitragslöschung bei Fehlen einer Bestimmung in den Geschäftsbedingungen, wonach sich der Anbieter verpflichtet, den Nutzer über die Entfernung seines Beitrags zumindest unverzüglich nachträglich und über eine beabsichtigte Sperrung seines Nutzerkontos vorab zu informieren, ihm den Grund dafür mitzuteilen und eine Möglichkeit zur Gegenäußerung einzuräumen, an die sich eine Neuentscheidung anschließt, mit der die Möglichkeit der Wiederzugänglichmachung des entfernten Beitrags einhergeht (im Anschluss an BGH, Urteil vom 29.07.2021 - BGH Aktenzeichen III ZR 179/20 III ZR 179/20 und BGH, Urteil vom 29.07.2021 - BGH Aktenzeichen III ZR 192/20 III ZR 192/20). 2. Ohne Umsetzung der vom BGH verlangten Änderung der Nutzungsbedingungen und Beachtung der verfahrensrechtlichen Erfordernisse besteht - abgesehen von Ausnahmen wie etwa einem strafbaren Inhalt des Beitr ...

ZWE 2022, 85

OLG München: Information der Eigentümer über Legionellenbefall und Datenschutz

Endurteil vom 27.10.2021 - 20 U 7051/20

Enthält die Ladung zur Wohnungseigentümerversammlung unter Angabe der Nachnamen der betroffenen Eigentümer Informationen darüber, welche zur Gemeinschaft gehörenden Häuser

und konkrete Einheiten mit welcher Intensität von einem festgestellten Legionellenbefall betroffen sind, so ist dies gem. Art.EWG_DSGVO Artikel 6EWG_DSGVO Artikel 6 Absatz I lit. c) und f) DSGVO rechtmäßig.

ZD 2022, 105

OLG Stuttgart: Beweislast für die Rechtmäßigkeit einer Videoüberwachung

Urteil vom 18.05.2021 - 12 U 296/20

Leitsatz der RedaktionDie Beweislast für die Rechtmäßigkeit einer Videoüberwachung liegt beim Verantwortlichen für die Videoüberwachung.

ZD 2022, 288

LG München I: Kündigung eines Nutzerprofils durch Social-Media-Plattform

Urteil vom 31.01.2022 - 42 O 4307/19

Leitsatz der RedaktionDie Versendung von Fotos, die pornografische und damit ausbeuterische Darstellungen von Minderjährigen enthalten, über den Messenger-Dienst der genutzten Social-Media-Plattform stellt einen wichtigen Grund für eine Kündigung des Nutzungsvertrags durch den Anbieter dar.

ZD 2022, 290 (m. Anm. Fischer)

LG München I: Automatische Weitergabe einer IP-Adresse an Google – Google Fonts

Urteil vom 20.01.2022 - 3 O 17493/20 mAnm Fischer

Leitsätze der Redaktion1. Wird bei Aufruf einer Webseite die dynamischen IP-Adresse des Nutzers auf Grund der Nutzung von Google Fonts durch den Webseitenbetreiber automatisch an Google weitergeleitet, so stellt dies einen unzulässigen Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht dar.2. Auf Grund des damit eintretenden Kontrollverlusts über die an Server von Google in den USA übermittelten Daten stellt dies jedenfalls einen erheblichen Eingriff dar, der Ansprüche auf immateriellen Schadensersatz begründet.

ZD 2022, 52

LG München I: Schadensersatzanspruch nach Art. 82 DS-GVO

Urteil vom 02.09.2021 - 23 O 10931/20

Leitsätze der Redaktion1.Die elektronische Bereitstellung von Daten i.R.e. Datenauskunft nach Art. EWG_DSGVO Artikel 15 DS-GVO ist zulässig.2.Ein behaupteter Schaden, der sich im Verlust der Kontrolle über die eigenen Daten erschöpft, genügt nicht für einen messbaren immateriellen Schaden i.S.v. Art. 82 DS-GVO.

NJW-RR 2022, 186

AG Pfaffenhofen: Immaterieller Schadensersatz wegen unzulässiger E-Mail-Werbung

Endurteil vom 09.09.2021 - 2 C 133/21

1.Ein Anspruch auf immateriellen Schadensersatz wegen unzulässiger E-Mail-Werbung setzt voraus, dass der Verstoß kausal zu einem Schaden geführt hat.2.Der Schaden kann auch bereits etwa in dem unguuten Gefühl liegen, dass personenbezogene Daten Unbefugten bekannt geworden sind. (Leitsätze der Redaktion)

ZD 2021, 384

AG Hildesheim: Schadensersatz wegen mangelhafter PC-Wiederaufbereitung

Urteil vom 05.10.2020 - 43 C 145/19

Leitsätze der Redaktion1.Ein allgemeiner Hinweis darauf, dass bei der Rückgabe von Geräten mit Speichermedien der Urzustand wieder herzustellen sei und die Löschung aufgespielter, vertraulicher und personenbezogener Daten in der Verantwortung des Einsenders liege, entbindet den Verkäufer nicht von seiner Verantwortung für eine rechtmäßige Datenverarbeitung.2.Eine Haftungsbefreiung nach Art. EWG_DSGVO Artikel 82 Abs. EWG_DSGVO Artikel 82 Absatz 3 DS-GVO kommt nur in Betracht, wenn dem Verantwortlichen auch nicht die geringste Fahrlässigkeit vorzuwerfen wäre, etwa dann, wenn der Schaden ausschließlich auf ein Verhalten des Betroffenen oder auf höhere Gewalt zurückzuführen ist.3.Werden einem unbeteiligten Dritten durch einen Sorgfaltsverstoß des Verantwortlichen eine nicht unerhebliche Anzahl von Daten zugänglich gemacht, steht dem Betroffenen ein Schmerzensgeld zu, dessen Höhe von den konkreten Umständen des Einzelfalls abhängt (hier: 800,- EUR für unterbliebene Löschung von Daten, insbesondere Fotos und Steuer ...

ZD 2021, 176 (Ls.)

AG Hannover: Kein Schadensersatz für Bagatelverstoß

Urteil vom 09.03.2020 - 531 C 10952/19

Leitsätze der Redaktion1.Sofern Ansprüche auf Ersatz des immateriellen Schadens gem. Art. EWG_DSGVO Artikel 82 Abs. EWG_DSGVO Artikel 82 Absatz 1 DS-GVO im Wege der Abtretung von Dritten geltend gemacht werden, besteht – mangels Übertragbarkeit dieses höchstpersönlichen Anspruchs – keine Aktivlegitimation.2.Nicht bereits jede Datenschutzrechtsverletzung in Form einer nicht (vollständig) rechtskonformen Datenverarbeitung ist automatisch auch ein ersatzfähiger Schaden. Für einen Bagatelverstoß ohne ernsthafte Beeinträchtigung bzw. für jede bloß individuell empfundene Unannehmlichkeit ist kein Schmerzensgeld zu gewähren; vielmehr muss dem Betroffenen ein spürbarer Nachteil entstanden sein und es muss um eine objektiv nachvollziehbare, mit gewissem Gewicht erfolgte Beeinträchtigung von persönlichkeitsbezogenen Belangen gehen.

FD-ArbR 2021, 438033 (Ls.)

ArbG Mannheim: Pandemiebedingte Schließung des Betriebes

Urteil vom 25.03.2021 - 8 Ca 409/20

BGB §§ 614 , 615 , 622 , 623 ; GewO § 108 ; BUrlG §§ 1 , 3 , 7 Durch die aufgrund des ...

NJ 2022, 122

OLG Dresden: Voraussetzungen für eine Geldentschädigung wegen Verstoßes gegen die DSGVO

Urteil vom 14.10.2021 - 4 U 1278/21

1. Der Name einer Person ist auch bei Namensidentität mit Dritten ein personenbezogenes Datum, wenn die Identität durch Zusatzinformationen gesichert ist.2. Gesetzliche Aufbewahrungspflichten stellen keine Rechtfertigung dar, um nicht rechtmäßig erhobene Daten dauerhaft speichern zu dürfen; es ist Aufgabe des Aufbewahrungspflichtigen, seinen Datenbestand so zu organisieren, dass der Zugriff auf rechtswidrig erlangte Daten des Betroffenen nicht möglich ist.3. Neben Ansprüchen aus der DSGVO bleibt die Durchsetzung von Unterlassungsansprüchen nach §§ BGB § 823, BGB § 1004 BGB möglich.4. Lässt sich dem Vorbringen des Antragstellers bereits nicht entnehmen, dass er durch eine nicht rechtmäßige Datenverarbeitung in schutzwürdigen Interessen verletzt worden ist, kommt ein immaterieller Schadensersatz nicht in Betracht.(Leitsätze der Einsender)

GRUR-RS 2020, 34322

OLG München: Zulässige Klarnamenpflicht in sozialen Netzwerken

Endurteil vom 08.12.2020 - 18 U 5493/19 Pre

1. Der Betreiber eines sozialen Netzwerkes ist zur Vermeidung rechtswidrigen Verhaltens seiner Benutzer berechtigt, die Verwendung von Klarnamen zu verlangen und bei Verstößen gegen diese Pflicht das Nutzerkonto zu sperren. (Rn. GRURRS Jahr 2020 Randnummer 60 – GRURRS Jahr 2020 Randnummer 63) 2. Der Entstehungsgeschichte der Datenschutzgrundverordnung lässt sich entnehmen, dass der europäische Normgeber bewusst davon abgesehen hat, dem Anbieter von Telemedien die Verpflichtung aufzuerlegen, die Nutzung von Telemedien anonym oder unter einem Pseudonym zu ermöglichen. (Rn. GRURRS Jahr 2020 Randnummer 53)

MMR 2021, 71

OLG München: Löschung eines Facebook-Eintrags

Urteil vom 18.02.2020 - 18 U 3465/19

Leitsätze 1. Dem Nutzer einer Social-Media-Plattform, die nach ihrer Zweckbestimmung einen allgemeinen Informations- und Meinungs austausch ermöglichen soll, steht aus dem Nutzungsvertrag i.V.m. § BGB § 241 Abs. 2 BGB und der mittelbaren Drittwirkung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG) gegen den Betreiber ein Anspruch darauf zu, dass eine von ihm eingestellte zulässige Meinungsäußerung nicht von der Plattform entfernt wird (Bestätigung des Urteils des Senats v. 7.1.2020 – Aktenzeichen 18U1491/19 18 U 1491/19 Pre [= MMR 2021, MMR Jahr 2021 Seite 79]). 2. Der Nutzer trägt die Darlegungs- und Beweislast dafür, dass gegen ihn verhängte Sanktionen unberechtigt waren, denn mit der Behauptung, dass eine Löschung oder Sperrung zu Unrecht erfolgt sei, wirft er dem Betreiber der Social-Media-Plattform eine Pflichtverletzung vor, die er nach allgemeinen Grundsätzen darzulegen und im Streitfall zu beweisen hat. Deren Betreiber trifft regelmäßig auch keine ...

GRUR-RS 2020, 38642

OLG Bamberg: Zulässige Profilspernung wegen Hassrede auf Internetplattform

Hinweisbeschluss vom 06.02.2020 - 8 U 246/19

1. Die abstrakte Rechtsfrage der Zulässigkeit der Sperrung eines Profils auf einem sozialen Netzwerk kann nicht Gegenstand einer Feststellungsklage sein. (Rn. GRURRS Jahr 2020 Randnummer 28 – GRURRS Jahr 2020 Randnummer 29) 2. Der Kommentar "Täglich Mord, Vergewaltigung und Totschlag von Merkills Fachkräften" würdigt sämtliche Zuwanderer und Asylbewerber herab und setzt sie dem Verdacht schwerer Gewaltverbrechen aus; dies stellt einen Verstoß gegen die Nutzungsbedingungen der betroffenen Internetplattform dar (Verbot der Hassrede). (Rn. GRURRS Jahr 2020 Randnummer 30 – GRURRS Jahr 2020 Randnummer 32) 3. Nach Abwägung der berechtigten Interessen ist es nicht zu beanstanden, dass das Verbot der „Hassrede“ in den Gemeinschaftsstandards eines Plattformbetreibers auch Meinungsäußerungen betrifft, die unterhalb der Schwelle der Schmähkritik bleiben; die Löschung eines Kommentars hindert den Nutzer weder eine Meinung zu haben, noch diese zu äußern. Durch den Plattformbetreiber wird lediglich die Veröffentlichung auf i ...

BeckRS 2022, 4821

LG Stuttgart: Schadensersatzansprüche wegen Zusendung eines Werbeschreibens

Urteil vom 25.02.2022 - 17 O 807/21

Die Tatsachengrundlagen, die die Erforderlichkeit der Datenverarbeitung stützen sollen, sind vom Verantwortlichen darzulegen. (Rn. BECKRS Jahr 2022 Randnummer 22)

ZD 2022, 340

LG Leipzig: Datenauskunftsanspruch gegenüber Rechtsanwälten

Endurteil vom 23.12.2021 - 03 O 1268/21

Leitsätze der Redaktion 1. Rechtsanwälte sind ihren Mandanten zur Erteilung einer vollständigen Datenauskunft gem. Art. 15 DSGVO verpflichtet. Diese umfasst auch eine Kopie der Handakten, wogegen der Anspruch aus § BGB § 667 BGB iVm § BRAO § 50 BRAO auf die Herausgabe der Handakten im Original abzielt. 2. Der Fälligkeit eines anwaltlichen Vergütungsanspruchs steht nicht entgegen, dass der Anwalt dem Mandanten die beantragte Datenauskunft zum Inhalt der Handakten der abgerechneten Mandate vorenthält. Da der Honoraranspruch aus einem Anwaltsdienstleistungsvertrag nicht wegen einer unzulässigen oder pflichtwidrigen Leistung des Rechtsanwalts gekürzt werden oder in Wegfall geraten kann, kann die Datenauskunft allenfalls Schadensersatzansprüche auf Anwaltschaft zutage fördern, die zur Aufrechnung gestellt werden können. Diese können jedoch auch in einem Folgeprozess noch verfolgt werden. 3. Für einen Schmerzensgeldanspruch aus Art. 82 DSGVO Artikel 82 Abs. 1 DSGVO Artikel 82 Absatz 1 DS-GVO ...

FD-MedizinR 2019, 420762 (Ls.)

LG Wuppertal: Löschungsanspruch eines Heilpraktikers in einem Online-Bewertungsportal

Urteil vom 29.03.2019 - 17 O 178/18

DS-GVO Art. 17 1. Eine Zwangsverzeichnung zu Informationszwecken in einem Online-Bewertungsportal für Ärzte und Heilpraktiker muss ...

MedR 2021, 373 (m. Anm. Kazemi)

AG Pforzheim: Relevanz des Art. 82 DSGVO für den Ersatz immaterieller Schäden wegen unbefugter Verarbeitung personenbezogener Gesundheitsdaten gemäß Art. 9 Abs. 1 DSGVO

Urteil vom 25.03.2020 - 13 C 160/19 mAnm Kazemi

1. Die unrechtmäßige Verarbeitung personenbezogener Gesundheitsdaten, hier in Form der Übermittlung eines Gesprächsprotokolls über eine fremdanamnestic Erhebung über den Ehepartner des Patienten an den Patienten selbst – kann nach Art. 82 DSGVO zur Zahlung eines immateriellen Schmerzensgeldes verpflichten. 2. Finden die in der Gesprächsnotiz festgehaltenen Eindrücke des Arztes in einem Sorgerechtsprozess zu Lasten der betroffenen Person Verwendung, ist ein Schmerzensgeld von 4.000 EUR angemessen. (Leitsätze des Bearbeiters)

BeckRS 2019, 14869

AG Bochum: Prozesskostenhilfe, Rechtsverfolgung, Bestellsurkunde, Herausgabe, Betreuung, Einwilligung, Beendigung, Wohnungsangelegenheiten

Beschluss vom 11.03.2019 - 65 C 485/18

umfasst die Betreuung auch den Aufgabenkreis der Wohnungsangelegenheiten, gehört die Offenlegung der Betreuung unter Vorlage der Bestellsurkunde wie auch die Erörterung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse bezogen auf die mietvertraglichen Pflichten zur Erfüllung der rechtlichen Verpflichtungen der Antragsgegnerin aus der Betreuung und ist damit auch ohne Einwilligung des Antragstellers nach Art. 6 DSGVO Artikel 6 DS-GVO rechtmäßig.

BeckRS 2021, 42405

LAG Hessen: Wirksamkeit von Kündigungen

Urteil vom 18.10.2021 - 16 Sa 380/20

BeckRS 2021, 42405 LAG Hessen (16. Berufungskammer) , Urteil vom 18.10.2021 – 16 Sa 380/20 Wirksamkeit von ...

ZUM-RD 2021, 677

ArbG Münster: Schriftformerfordernis bei Einwilligung in die Verbreitung eines Bildnisses im Arbeitsverhältnis

Urteil vom 25.03.2021 - 3 Ca 391/20

Im Arbeitsverhältnis ist § KUNSTURHG § 22 KUG verfassungskonform dahingehend auszulegen, dass die Einwilligung der Schriftform bedarf.

BeckRS 2022, 11126

OLG Koblenz: Schadensersatz, Schadensersatzanspruch, Berufung, Widerruf, Anscheinsbeweis, Vertrag, Anspruch, Widerrufsrecht, Eintragung, Schaden, Aufrechnung, Verletzung, Widerrufsfrist, Widerklage, Bedeutung der Sache, immaterieller Schaden, gesamtschuldnerische Haftung

Urteil vom 18.05.2022 - 5 U 2141/21

1. Der immaterielle Schadensersatzanspruch nach Art. EWG_DSGVO Artikel 82 DSGVO bestimmt sich der Höhe nach unter Berücksichtigung seiner Funktion zum Ausgleich, zur Genugtuung und zur Generalprävention. 2. Die Höhe muss berücksichtigen, dass der Einmeldung von Zahlungsstörungen auch im Verbraucherinteresse liegt, so dass die Verantwortlichen durch die Höhe des immateriellen Schadensersatzes nicht gänzlich davon abgehalten werden dürfen, Einmeldungen vorzunehmen.

ZD 2021, 161

LG Landshut: Kein Schadensersatzanspruch gegenüber Hausverwaltung

Urteil vom 06.11.2020 - 51 O 513/20

Leitsätze der Redaktion 1. Im Rahmen einer Wohnungseigentümergeinschaft haben die Wohnungseigentümer nach §§ WEG § 13, WEG § 14 WEG einen Anspruch darauf, zu erfahren, in welchen Wohnungen eine Legionellenprüfung vorgenommen wurde sowie ob und ggf. in welchem Umfang es einen Legionellenbefall gegeben hat. Insoweit ist die Nennung der betreffenden Wohnungseigentümer und Prüfungsergebnisse zulässig. 2. Allein die Verletzung des Datenschutzrechts als solche begründet für sich gesehen keinen Schadensersatzanspruch. Die Verletzungshandlung muss in jedem Fall auch zu einer konkreten, nicht nur unbedeutenden oder empfundenen Verletzung von Persönlichkeitsrechten der betroffenen Person geführt haben. 3. Ein Datenschutzbeauftragter ist nicht Verantwortlicher i.S.d. Art. EWG_DSGVO Artikel 4 Nr. EWG_DSGVO Artikel 4 Nummer 7 DS-GVO, weshalb gegen ihn kein Schadensersatzanspruch gem. Art. EWG_DSGVO Artikel 82 Abs. EWG_DSGVO Artikel 82 Absatz 1 DS-GVO geltend gemacht werden kann.

ZD 2021, 652

OLG Bremen: Voraussetzungen für Schadensersatz nach Art. 82 DS-GVO

Beschluss vom 16.07.2021 - 1 W 18/21

Leitsätze der Redaktion 1. Ein Anspruch auf Schadensersatz nach Art. EWG_DSGVO Artikel 82 DS-GVO setzt den Eintritt eines materiellen oder immateriellen Schadens voraus. Auch zur Geltendmachung eines Anspruchs auf Ersatz immaterieller Schäden genügt die Behauptung eines Verstoßes gegen die Vorschriften der DS-GVO ohne Vorbringen zu einem hierdurch entstandenen immateriellen Schaden. 2. Im Verfahren über die Bewilligung von Prozesskostenhilfe besteht keine Pflicht der einzelstaatlichen Gerichte zur Vorlage an den EuGH für ein Vorabentscheidungsverfahren nach Art. AEUV Artikel 267 Abs. AEUV Artikel 267 Absatz 3 AEUV.

ZD 2021, 375

OLG Stuttgart: Keine Beweislastumkehr für Schadensersatzanspruch nach Art. 82 DS-GVO

Urteil vom 31.03.2021 - 9 U 34/21

Leitsatz der Redaktion Eine Schadensersatzpflicht aus Art. EWG_DSGVO Artikel 82 DS-GVO setzt voraus, dass es sich um Schäden handelt, die auf eine DS-GVO-widrige Verarbeitung von personenbezogenen Daten zurückzuführen sind. Eine Beweislastumkehr oder -erleichterung folgt weder aus Art. EWG_DSGVO Artikel 82 DS-GVO noch aus der Rechenschaftspflicht nach Art. EWG_DSGVO Artikel 5, EWG_DSGVO Artikel 24 Abs. EWG_DSGVO Artikel 24 Absatz 1 DS-GVO.

ZD 2021, 376

OLG Karlsruhe: Keine Löschung eines Fraud-Pool-Eintrags

Urteil vom 23.02.2021 - 14 U 3/19

Leitsätze der Redaktion 1. Die Zulässigkeit der Verarbeitung von Daten, die den Verdacht einer Straftat begründen, beurteilt sich nicht nach Art. EWG_DSGVO Artikel 10 DS-GVO, sondern insbesondere nach Art. EWG_DSGVO Artikel 6 Abs. EWG_DSGVO Artikel 6 Absatz 1 S. 1 lit. f DS-GVO. 2. Kreditinstitute dürfen Informationen über konkrete Sachverhalte, die Auffälligkeiten oder Ungewöhnlichkeiten enthalten, die auf strafbare Handlungen hindeuten, unter den Voraussetzungen von §§ GWG § 25h Abs. GWG § 25h Absatz 3 S. 4 i.V.m. 47 Abs. GWG § 25h Absatz 5 GWG über eine durch einen Dritten betriebene Datenbank untereinander austauschen. 3. Ein Verdächtiger kann nicht erwarten, dass ein Kreditinstitut die Information über den Verdacht einer Straftat geheim hält, denn ggü. dem Verdächtigen besteht kein besonderes Vertrauensverhältnis wie bei einem Arzt oder Anwalt. 4. Die Einstellung eines Strafverfahrens nach § STPO § 153a STPO räumt den Tatverdacht nicht aus.

NJ 2021, 117

OLG Dresden: Anwendbarkeit der Nutzungsbedingungen eines sozialen Netzwerks

Urteil vom 12.01.2021 - 4 U 1600/20

1. Die nach den Nutzungsbedingungen eines sozialen Netzwerkes unzulässige Unterstützung von Hassorganisationen liegt nicht bereits im kommentarlosen Posten eines Bildes, das Symbole einer solchen Hassorganisation zeigt. 2. Die Auslegung von Posts in einem sozialen Netzwerk hat unter Berücksichtigung anderer, im zeitlichen und räumlichen Zusammenhang der Seite stehender Äußerungen zu erfolgen. 3. Ein Klageantrag auf Feststellung, dass die Sperrung oder Löschung einzelner Posts auf einem sozialen Netzwerk rechtswidrig war, ist unzulässig. (Amtliche Leitsätze)

ZUM-RD 2021, 16

OLG Nürnberg: Zulässige Einschränkung von Meinungsäußerungen in sozialen Netzwerken

Urteil vom 04.08.2020 - 3 U 3641/19

1. Das Einbeziehen einer neuen Fassung von Nutzungsbedingungen in eine bestehende Vertragsbeziehung ist nicht deswegen unter dem Gesichtspunkt des § BGB § 138 Abs. BGB § 138 Absatz 1 BGB unwirksam, weil der Verwender den Kunden vor die Wahl gestellt hat, die neuen Bedingungen anzunehmen oder das Vertragsverhältnis faktisch zu beenden. Ein Verstoß gegen das Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden liegt nicht vor, wenn die angetragene Änderung keine wesentlichen Veränderungen des Pflichtengefüges bewirkt und dem Verwender die Möglichkeit offengestanden hätte, jedenfalls mittelfristig die Vertragsbeziehung zu beenden. 2. Die Grundentscheidung, Maßnahmen zu ergreifen, damit sich andere Nutzer nicht wegen einer Verrohung von der Plattform des Betreibers eines sozialen Netzwerkes abwenden, fällt als unternehmerische Entscheidung in den Schutzbereich der Berufsfreiheit (Art. GG

BeckRS 2020, 55930

LG Ravensburg: Erheben personenbezogener Daten

Urteil vom 06.03.2020 - 2 O 363/19

BeckRS 2020, 55930 LG Ravensburg (2. Zivilkammer) , Urteil vom 06.03.2020 – 2 O 363/19 Erheben personenbezogener ...

BeckRS 2019, 51430

LG Traunstein: Unterlassung der Verhinderung der Änderung des Profilnamens am eigenen Profil

Endurteil vom 02.05.2019 - 8 O 3510/18

BeckRS 2019, 51430 LG Traunstein (8. Zivilkammer) , Endurteil vom 02.05.2019 – 8 O 3510/18 Unterlassung der ...

BeckRS 2022, 4335

AG Pforzheim: immaterieller Schadensersatz, Auskunftserteilung, anderweitige Erledigung, Verarbeitung personenbezogener Daten

Urteil vom 27.01.2022 - 2 C 381/21

BeckRS 2022, 4335 AG Pforzheim , Urteil vom 27.01.2022 – 2 C 381/21 immaterieller Schadensersatz, Auskunftserteilung, anderweitige ...

ZD 2022, 295 (m. Anm. Winterhagen)

LAG Hamm: Datenübermittlung im Klinikkonzern

Urteil vom 14.12.2021 - 17 Sa 1185/20 mAnm Winterhagen

Leitsätze1. Art. EWG_DSGVO Artikel 5 Abs. EWG_DSGVO Artikel 5 Absatz 1 lit. a Var. 1 DS-GVO („Grundsatz der Rechtmäßigkeit der Verarbeitung“) und Art. EWG_DSGVO Artikel 6 Abs. EWG_DSGVO Artikel 6 Absatz 1 DS-GVO sind Schutzgesetze iSv § BGB § 823 Abs. BGB § 823 Absatz 2 S. 1 BGB.2. Eine Datenverarbeitung nach Art. EWG_DSGVO Artikel 6 Abs. EWG_DSGVO Artikel 6 Absatz 1 lit. f DS-GVO ist nur erforderlich, wenn kein milderer, gleich effektives Mittel zur Verfügung steht, um die Interessen des Verantwortlichen zu erreichen.3. IRd Abwägung nach Art. EWG_DSGVO Artikel 6 Abs. EWG_DSGVO Artikel 6 Absatz 1 lit. f DS-GVO ist neben der berechtigten Erwartungshaltung der betroffenen Person maßgeblich zu berücksichtigen, ob der Verantwortliche seinen Informationspflichten nach der DS-GVO gegenüber der betroffenen Person nachgekommen ist und dieser die Möglichkeit gegeben hat, ihre nach der DS-GVO bestehenden Rechte wahrzunehmen.

MMR 2022, 479

OLG Dresden: Dauerhafte Deaktivierung eines Nutzerkontos

Urteil vom 08.03.2022 - 4 U 1050/21

Leitsätze1. Die dauerhafte Deaktivierung des Nutzerkontos bei einem sozialen Netzwerk ist auch dann nur nach vorheriger Abmahnung zulässig, wenn zuvor bereits mehrere Beiträge des Nutzers gelöscht worden waren.2. Ein Anspruch auf Unterlassung einer künftigen Deaktivierung ohne Einräumung einer Gelegenheit zur Stellungnahme kommt auch nach einer unberechtigten Kündigung nicht in Betracht.

ZD 2022, 40

OLG Dresden: Datenverarbeitung durch Zerstören einer Festplatte

Urteil vom 31.08.2021 - 4 U 324/21

Leitsätze1. Eine Datenverarbeitung liegt auch in der i.R.e. vertraglichen Gewährleistung erfolgten physischen Zerstörung einer Festplatte, die personenbezogene Daten des Betroffenen enthält.2. Die Einwilligung in eine solche Verarbeitung kann auch durch schlüssiges Verhalten erklärt werden. Bei der Rücksendung einer Festplatte an den Verkäufer i.R.e. vertraglichen Garantie liegt sie jedenfalls dann vor, wenn der Verkäufer vorab darauf hingewiesen hatte, dass auch deren Austausch in Betracht kommt und für die Datensicherung allein der Kunde verantwortlich ist.3. Mit der Erklärung, den eingesandten Datenträger nicht mehr im Besitz und die aufgespielten Daten nicht ausgelesen zu haben, hat der Verantwortliche den Auskunftsanspruch des Betroffenen erfüllt; weitere Auskünfte schuldet er dann nicht.

NJW-RR 2020, 1370

OLG Dresden: Keine Ansprüche wegen berechtigter Löschung eines Posts aus sozialem Netzwerk

Urteil vom 20.08.2020 - 4 U 784/20

1. Die Änderung der Nutzungsbedingungen eines sozialen Netzwerkes kann wirksam durch Anklicken einer Schaltfläche in einem „pop-up“-Fenster erfolgen (Festhaltung Senat, NJW-RR 2020, NJW-RR Jahr 2020 Seite 429).2. Auskunftsansprüche gegen den Betreiber eines sozialen Netzwerkes, ob und durch welches beauftragte Drittunternehmen die Löschung eines Beitrags vorgenommen wurde, mangels einer schuldrechtlichen Sonderbindung nicht in Betracht.3. Die Löschung von Posts ist grundsätzlich einer Verarbeitung von Daten im Sinne der DS-GVO; sie stellt jedoch für sich genommen noch keinen ersatzfähigen Schaden dar (Festhaltung Senat, NJW-RR 2020, NJW-RR Jahr 2020 Seite 426).

BeckRS 2022, 5913

LG Heidelberg: Schadensersatz, Schmerzensgeld, Berufung, Werbung, Schadensersatzanspruch, Ermessen, Ordnungshaft, Zustellung, Wiederholungsgefahr, Schmerzensgeldanspruch, Zahlung, Revision, Anspruch, Anlage, angemessenes Schmerzensgeld, Ermessen des Gerichts, Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung

Teilversäumnis- und Schlussurteil vom 16.03.2022 - 4 S 1/21

BeckRS 2022, 5913 LG Heidelberg (4. Zivilkammer) , Teilversäumnis- und Schlussurteil vom 16.03.2022 – 4 S 1/21 ...

BeckRS 2020, 53577

LG Wuppertal: Krankenkasse, Schadensersatzanspruch, Schmerzensgeld, Rechtsanwaltskosten, Mitverschulden, Gesundheitszustand, Verletzung, Zeuge, Widerspruch, Versicherungsmakler, Krankentagegeldversicherung, Versicherung, Beschwerde, Schadenersatz, immaterieller Schaden, Art und Weise, ersichtlichen Umfang

Urteil vom 03.08.2020 - 3 O 101/19

BeckRS 2020, 53577 LG Wuppertal (3. Zivilkammer) , Urteil vom 03.08.2020 – 3 O 101/19 Krankenkasse, Schadensersatzanspruch, ...

ZD 2021, 275 (m. Anm. Ganz, Wybitul)

LG Lüneburg: Schmerzensgeld für rechtswidrige SCHUFA-Einmeldung

Urteil vom 14.07.2020 - 9 O 145/19 mAnm Wybitul, Wuermeling, Ganz

Leitsätze der Redaktion1.Die Zulässigkeit einer Mitteilung an die SCHUFA richtet sich nach Art. EWG_DSGVO Artikel 6 Abs. EWG_DSGVO Artikel 6 Absatz 1 lit. f DS-GVO, wobei der Einhaltung der Voraussetzungen des § BDSG § 31 Abs. BDSG § 31 Absatz 2 BDSG eine Indizwirkung für die Rechtmäßigkeit und Rechtswidrigkeit der Datenübermittlung zukommt.2.Ein Anspruch auf Schadensersatz gem. Art. EWG_DSGVO Artikel 82 Abs. EWG_DSGVO Artikel 82 Absatz 1 DS-GVO erfordert keine schwerwiegende Persönlichkeitsverletzung.3.Für die rechtswidrige SCHUFA-Einmeldung eines Schuldensaldos von 1.020,- EUR für die Dauer von zwei Wochen ist ein Schmerzensgeld i.H.v. 1.000,- EUR angemessen.

ZD 2020, 642 (m. Anm. Brams, Wybitul)

LG Darmstadt: Schadensersatz auf Grund der Fehladressierung einer Nachricht

Urteil vom 26.05.2020 - 13 O 244/19 mAnm Wybitul, Brams

Leitsätze der Redaktion1.Die Geltendmachung eines Anspruchs auf Unterlassung aus §§ BGB § 823 Abs. BGB § 823 Absatz 1 i.V.m. BGB § 1004 BGB ist neben den Rechten der DS-GVO möglich, da nur so ein lückenloser Schutz hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten von natürlichen Personen gewährleistet werden kann.2.Wird im Rahmen eines Bewerbungsverfahrens eine Nachricht an einen falschen Empfänger versendet und werden dadurch gegen den Willen des Bewerbers personenbezogene Daten offenbart (hier: Name und Geschlecht des Betroffenen, Position, für die er sich beworben hat, sowie Gehaltsinformationen), kann der Bewerber Schadensersatz gem. Art. EWG_DSGVO Artikel 82 Abs. EWG_DSGVO Artikel 82 Absatz 1 DS-GVO verlangen. Das gilt zumindest dann, wenn die Nachricht an einen unbeteiligten Dritten übermittelt wird und damit eine Außenwirkung der Rechtsverletzung eintritt.

MMR 2020, 796 (Ls.)

LG Mannheim: Verbot der Hassrede auf Facebook zulässig

Urteil vom 13.05.2020 - 14 O 32/19

Leitsätze1.Die Nutzungsbedingungen und Gemeinschaftsstandards für das soziale Netzwerk F. mit Stand 19.4.2018 wurden wirksam in die Nutzungsverträge einbezogen. Das darin ausgesprochene Verbot der Hassrede beschränkt das vertragliche Nutzungsrecht auch insoweit in AGB-rechtlich zulässiger Weise, als davon Äußerungen erfasst werden, die im Staat-Bürger-Verhältnis von der Meinungsfreiheit (Art. GG Artikel 5 GG) gedeckt wären.2.Ob eine Äußerung als Hassrede zu bewerten ist, bedarf der Auslegung und Abwägung im Einzelfall. Auch insoweit ist die mittelbare Drittwirkung der Grundrechte zu berücksichtigen, die es gebietet, die kollidierenden Grundrechtspositionen im Wege praktischer Konkordanz zum Ausgleich zu bringen. Die konkrete Äußerung des Nutzers ist entsprechend presserechtlichen Maßstäben nach ihrem objektiven Sinn aus der Sicht eines unvoreingenommenen und verständigen Publikums auszuliegen.3.Wurde der Beitrag eines Nutzers zu Unrecht gelöscht und sein Konto für einige Zeit gesperrt, steht dem Nutzer in der ...

BeckRS 2020, 31544

ArbG Köln: Schmerzensgeld, Schadensersatz, Rechtsanwaltskosten, Persönlichkeitsrechtsverletzung, Bagatelldelikt

Urteil vom 12.03.2020 - 5 Ca 4806/19

BeckRS 2020, 31544 ArbG Köln (5. Kammer) , Urteil vom 12.03.2020 – 5 Ca 4806/19 Schmerzensgeld, Schadensersatz, ...

ZD 2022, 55

LG Karlsruhe: Kein Schadensersatz bei bloßen Bagatellschäden

Urteil vom 09.02.2021 - 4 O 67/20

Leitsätze der Redaktion1.Der Verpflichtung zum Ausgleich eines immateriellen Schadens i.S.d. Art. EWG_DSGVO Artikel 82 Abs. EWG_DSGVO Artikel 82 Absatz 1 DS-GVO muss eine benennbare und insoweit tatsächliche Persönlichkeitsverletzung gegenüberstehen, die z.B. in der mit einer unrechtmäßigen Zugänglichmachung von Daten liegenden „Bloßstellung“ liegen kann. Auch im Bereich des immateriellen Schadens kommt ein Anspruch nur dann in Betracht, wenn für den Betroffenen ein zwar immaterieller, aber dennoch spürbarer Nachteil entstanden ist; der Verstoß gegen Vorschriften der DS-GVO allein führt nicht unmittelbar zum Schadensersatz.2.Über einen Bagatellschaden hinausgehende Schädigungen werden z.B. bei dem Verlust von Gesundheitsdaten, dem Verlust der Vertraulichkeit von anderen dem Berufsgeheimnis unterliegenden personenbezogenen Daten, dem Verlust von Daten mit sexuellem Bezug oder Daten, die gesellschaftlich kompromittierenden Inhalt haben, regelmäßig anzunehmen sein, nicht aber bei der Verbreitung von Name, Geburt ...

ZD 2019, 511

LG Karlsruhe: Schadensersatzanspruch nach der DS-GVO

Urteil vom 02.08.2019 - 8 O 26/19

Leitsätze der Redaktion1.Ein Verstoß gegen die DS-GVO allein führt nicht zu einem Schadensersatzanspruch aus generalpräventiven Gründen.2.Bei der Geltendmachung eines Schadensersatzanspruchs nach Art. EWG_DSGVO Artikel 82 DS-GVO gilt eine Beweislastumkehr für den Nachweis des Verschuldens, nicht aber für den Nachweis des Verstoßes und des Schadens.3.Ein Kreditwürdigkeitsscore stellt eine Meinungsäußerung dar, die durch die Aufsichtsbehörden und Gerichte nur dann überprüfbar ist, wenn die verwendete Tatsachengrundlage nachweislich falsch war.

GRUR-RS 2019, 52320

LG Coburg: Zulässige Löschung eines Nutzerbeitrags auf Internetplattform

Endurteil vom 31.07.2019 - 24 O 422/18

Der Betreiber einer Internetplattform, nach deren Nutzungsbedingungen sogenannte Hassrede-Beiträge untersagt sind, ist berechtigt, die Äußerung "Täglich Mord, Vergewaltigung und Totschlag von Merkills Fachkräften..." zu löschen. (Rn. GRURRS Jahr 2019 Randnummer 18 – GRURRS Jahr 2019 Randnummer 32)

ZD 2021, 710

LAG Hamm: Begriff des immateriellen Schadens bei Art. 82 DS-GVO

Urteil vom 11.05.2021 - 6 Sa 1260/20

Leitsätze der Redaktion1.Weder der DS-GVO noch ihren Erwägungsgründen lässt sich entnehmen, dass der Schadensersatzanspruch nach Art. EWG_DSGVO Artikel 82 DS-GVO einen qualifizierten Verstoß gegen die DS-GVO voraussetzt. Für die Annahme einer Erheblichkeitsschwelle bzw. die Ausnahme von Bagatellfällen gibt es keinen Anhaltspunkt.2.Für die Bestimmung der Höhe des immateriellen Schadens sind insb. die Art, Schwere und Dauer des Verstoßes unter Berücksichtigung der Art, des Umfangs oder des Zwecks der betreffenden Verarbeitung, der Grad des Verschuldens, Maßnahmen zur Minderung des den betroffenen Personen entstandenen Schadens, frühere einschlägige Verstöße sowie die Kategorien der betroffenen personenbezogenen Daten zu betrachten.

BeckRS 2020, 49981

ArbG Herne: Anspruch auf Bezahlung von Mehrarbeit

Urteil vom 04.09.2020 - 5 Ca 178/20

Verlangt der Arbeitnehmer aufgrund arbeitsvertraglicher Vereinbarung oder § BGB § 612 Abs. BGB § 612 Absatz 1 BGB Arbeitsvergütung für Überstunden, hat er darzulegen und - im Bestreitensfall - zu beweisen, dass er Arbeit in einem die Normalarbeitszeit übersteigenden zeitlichen Umfang verrichtet hat. (Rn. BECKRS Jahr 2020 Randnummer 17)

MMR 2022, 399

OLG Celle: Ansprüche gegen Facebook bei Beitragslöschung und Sperrung

Urteil vom 20.01.2022 - 13 U 84/19

Leitsätze1. Zu den Ansprüchen des Nutzers eines sozialen Netzwerks, wenn dessen Anbieter – auf der Grundlage unwirksamer Klauseln seiner AGB – einen Beitrag des Nutzers gelöscht und sein Nutzerkonto zeitweise gesperrt hat (im Anschluss an die Entscheidungen des BGH v. 29.7.2021 – BGH Aktenzeichen III ZR 179/20 [= MMR 2021, MMR Jahr 2021 Seite 903 mAnm Baffeh/van Hattem = ZD 2021, ZD Jahr 2021 Seite 639 mAnm Hoeren/Pinelli] und BGH Aktenzeichen III ZR 192/20).2. Ist die Klausel der AGB eines Anbieters eines sozialen Netzwerks, die ihn zur Löschung von Nutzerbeiträgen berechtigt, unwirksam, ergibt sich ein Recht zur Löschung nicht rechtswidriger Beiträge auch nicht im Wege ergänzender Vertragsauslegung.3. Dem Anspruch des Nutzers auf Freischaltung eines vertragswidrig gelöschten Beitrags kann der Anbieter auch nicht mit Erfolg entgegenhalten, die Geltendmachung des Anspruchs sei treuwidrig, weil der Beitrag gegen die Gemeinschaftsstandards des sozialen Netzwerks verstoße und der Nutzer daher seinerse ...

ZD 2021, 323

OLG Köln: Schadensersatz wegen Verdachtsberichterstattung

Urteil vom 26.11.2020 - 15 U 39/20

Leitsatz der RedaktionAuch wenn in Art. EWG_DSGVO Artikel 85 Abs. EWG_DSGVO Artikel 85 Absatz 2 DS-GVO das Kapitel VIII der DS-GVO, das Art. EWG_DSGVO Artikel 82 DS-GVO enthält, gerade nicht vom Anwendungsbereich der DS-GVO für die journalistische Tätigkeit ausgenommen ist, besteht keine Schadensersatzpflicht zu Lasten der Medien bei einem Verstoß gegen Art. EWG_DSGVO Artikel 6 Abs. EWG_DSGVO Artikel 6 Absatz 1 DS-GVO, weil schon mangels Geltung der Pflichten aus Art. EWG_DSGVO Artikel 6 DS-GVO auf Grund der nationalen Vorgaben in den Presse- und Mediengesetzen eben per se auch keine Verletzung dieser Vorschrift vorliegen kann.

GRUR-RS 2020, 42679

OLG Köln: Bildberichterstattung mit Fahndungsaufruf

Urteil vom 26.03.2020 - 15 U 193/19

1. An der Wort- und Bildberichterstattung über die gewalttätigen Ausschreitungen im Umfeld des G20-Gipfels in Hamburg bestand ein hohes öffentliches Interesse; zwar ist ein ohne staatliche Aufforderung erfolgter privater Fahndungsaufwurf einer Zeitung betreffend in der Berichterstattung abgebildete Personen unzulässig, steht einem erheblichen Berichterstattungsinteresse aber nicht entgegen. (Rn. GRURRS Jahr 2020 Randnummer 37 – GRURRS Jahr 2020 Randnummer 38)2. Die streitgegenständliche Bildberichterstattung (Abbildung einer Person beim Diebstahl während der Ausschreitungen beim G20-Gipfel) ist rechtswidrig, da sie die Abgebildete - wenn auch nur für wenige Personen individuell erkennbar - in einer Situation zeigt, in der diese eine Straftat begeht; aufgrund der Rahmenbedingungen (Ausschreitungen und Plünderungen beim G20-Gipfel in Hamburg) erhält die Berichterstattung zudem eine deutlich negativere Prägung, als dies bei der „üblichen“ Begehung und Darstellung eines solchen Delikts zu erwarten gewesen wäre. ...

ZD 2021, 99

LG Hamburg: Kein Schadensersatzanspruch bei unerheblichem DS-GVO-Verstoß

Urteil vom 04.09.2020 - 324 S 9/19

Leitsatz der RedaktionAllein der Verstoß gegen datenschutzrechtliche Vorschriften führt nicht zu einer Verpflichtung des Verantwortlichen zur Zahlung von Schadensersatz. Voraussetzung für den Anspruch auf Ausgleich eines immateriellen Schadens nach Art. EWG_DSGVO Artikel 82 Abs. EWG_DSGVO Artikel 82 Absatz 1 DS-GVO ist eine benennbare und nachweisbare Persönlichkeitsverletzung (z.B. „Bloßstellung“ einer Person).

LSK 2019, 41694 (Ls.)

AG Brake: Bruchteilseigentum

Urteil vom 19.12.2019 - 3 C 153/19

Zwar haben die Teilhaber der Bruchteilsgemeinschaft gegen den Verwalter einen Anspruch auf Abrechnung und Einsicht in Buchungsunterlagen und Belege. Um gegenüber den Teilhabern abzurechnen und ihrem Anspruch auf Einsicht zu genügen, ist es aber nicht erforderlich, einzelne Teilhaber in einer Saldoliste im Vorfeld einer Versammlung namentlich aufzuführen.

ZD 2021, 168

LAG Köln: Schadensersatzbemessung nach Art. 82 DS-GVO

Urteil vom 14.09.2020 - 2 Sa 358/20

LeitsatzSchadensersatz nach Art. EWG_DSGVO Artikel 82 DS-GVO hindert die Kostenregelung aus § ARBGG § 12a ArbGG nicht.

BeckRS 2022, 11236

LG Köln: Schadensersatz aus datenschutzrechtlichem Verstoß

Urteil vom 18.05.2022 - 28 O 328/21

BeckRS 2022, 11236 LG Köln (28. Zivilkammer) , Urteil vom 18.05.2022 – 28 O 328/21 Schadensersatz aus ...

GRUR-RS 2022, 3541

LG Köln: Kein Schadensersatz nach DSGVO ohne Schaden

Urteil vom 16.02.2022 - 28 O 303/20

1. Art. EWG_DSGVO Artikel 15EWG_DSGVO Artikel 15 Absatz III DS-GVO gewährt einen selbstständigen Anspruch auf Erteilung einer Kopie der personenbezogenen Daten, die über eine Person verarbeitet werden. Dieser ergänzt den Auskunftsanspruch aus Art. EWG_DSGVO Artikel 15EWG_DSGVO Artikel 15 Absatz I DS-GVO und ist nicht mit diesem identisch. (Rn. GRURRS Jahr 2022 Randnummer 27 – GRURRS Jahr 2022 Randnummer 33)2. Art. EWG_DSGVO Artikel 82EWG_DSGVO Artikel 82 Absatz I DSGVO setzt voraus, dass der betroffenen Person ein materieller oder immaterieller Schaden entstanden ist. (Rn. GRURRS Jahr 2022 Randnummer 52 – GRURRS Jahr 2022 Randnummer 59)

ZD 2022, 163

LG Mainz: Vorläufig vollstreckbares Urteil als Grundlage für Einmeldung bei Auskunftei

Urteil vom 12.11.2021 - 3 O 12/20

Leitsätze der Redaktion1. Ein für vorläufig vollstreckbar erklärtes Urteil oder ein Vollstreckungsbescheid stellen nur dann eine ausreichende Grundlage für eine Übermittlung der Forderung als

tituliert an eine Auskunft dar, wenn nach Erlass und ggf. Zustellung des Titels eine Mindestkarenzfrist verstrichen ist, derer die betroffene Person bedarf, um die Forderung mit der gebotenen Beschleunigung (notfalls vorläufig, wenn weitere Rechtsbehelfe eingelegt werden sollen) zu begleichen.2. Schadensersatz nach dem Grundsatz der Naturalrestitution umfasst auch die Pflicht des Forderungsgläubigers zur Mitteilung an die Auskunft, dass derjenige Zustand auch im Hinblick auf die Berechnung der Scorewerte wiederhergestellt werden soll, der ohne den unzulässigen Negativeintrag bestünde.

ZD 2022, 50

LG Essen: Versand eines USB-Sticks mit sensiblen Daten per einfachem Brief

Urteil vom 23.09.2021 - 6 O 190/21

Leitsätze der Redaktion1.Der Anspruch auf immateriellen Schadensersatz nach Art. EWG_DSGVO Artikel 82 Abs. EWG_DSGVO Artikel 82 Absatz 1 DS-GVO ist abtretbar.2.Der postalische Rückversand eines USB-Sticks mit sensiblen Daten aus einer Immobilienfinanzierungsanfrage in einem einfachen Briefumschlag an den Betroffenen verstößt nicht gegen Art. EWG_DSGVO Artikel 32 DS-GVO, selbst wenn der Verantwortliche alternativ einen mit Multi-Faktor-Authentifizierung geschützten File-Transfer für die Kundenkommunikation bereithält.

GRUR-RS 2019, 53276

AG Goslar: Kein Schmerzensgeldanspruch auf Grundlage der DSGVO bei einmaliger Zusendung einer offensichtlichen Werbe-E-Mail

Urteil vom 27.09.2019 - 28 C 7/19

1. Eine in Allgemeine Geschäftsbedingungen integrierte Einwilligung zu einem Newsletter-Abonnement stellt eine überraschende Klausel im Sinne des § BGB § 305c BGB dar und genügt nicht den Anforderungen an eine Einwilligung in den Erhalt von Werbung unter Verwendung von elektronischer Post.2. Die rechtswidrige Zusendung einer einzigen Werbe-E-Mail, die nicht zur Unzeit versandt wurde und aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes deutlich zeigt, dass es sich um Werbung handelt, begründet keinen Schmerzensgeldanspruch nach Art. EWG_DSGVO Artikel 82 Abs. EWG_DSGVO Artikel 82 Absatz 1 VO (EU) Nr. 2016/679. (Rn. GRURRS Jahr 2019 Randnummer 39)

BeckRS 2021, 46262

OLG Hamm: Entscheidungstext, Klage, Zivilkammer, vollstreckbar, Bezug, Senat, Urteils, Einzelrichters, Berufungen, Parteien

Urteil vom 31.08.2021 - 9 U 56/20

BeckRS 2021, 46262 OLG Hamm (9. Zivilsenat) , Urteil vom 31.08.2021 – 9 U 56/20 Entscheidungstext, Klage, ...

DStRE 2022, 249

LG Bonn: Datenschutzrechtlicher Auskunftsanspruch gegen einen Rechtsanwalt

Urteil vom 01.07.2021 - 15 O 372/20

1.Der Umfang der Datenauskunft ist grundsätzlich weit und erfasst ua die Angaben des bei einem Rechtsanwalt geführten Mandatskontos und die elektronische Kommunikation des Rechtsanwalts mit dem Mandanten.2.Eine bloße Verletzung der Informationsrechte der betroffenen Person aus Art. EWG_DSGVO Artikel 12 ff. DSGVO führt nicht dazu, dass eine Datenverarbeitung selbst verordnungswidrig ist und löst daher grundsätzlich keinen Schadensersatzanspruch gemäß Art. EWG_DSGVO Artikel 82 DSGVO aus.

BeckRS 2021, 19206

LG Bonn: Auskunft, negative Feststellung und Schmerzensgeld nach Beendigung eines Anwaltsvertrages

Urteil vom 01.07.2021 - 15 O 355/20

Grundsätzlich kann zwar die Unzuverlässigkeit des Vertragspartners eine weitere Bindung unzumutbar machen. Jedoch genügt nicht jede geringste Unzuverlässigkeit oder Säumnis. Zur Kündigung berechtigt die Unzuverlässigkeit nur, wenn sie nachhaltig und deswegen schwerwiegend ist (vgl. OLG Düsseldorf, Beschluss vom 31.10.2011 - OLG DUESSELDORF Aktenzeichen 24U8711 24 U 87/11; Palandt/Weidenkaff, a.a.O., § 626 Rn. 44). Außerdem verlangt die auch insoweit anwendbare Regelung des § BGB § 314 Absatz BGB § 314 Absatz 2 BGB eine vor der Kündigung ausgesprochene Fristsetzung (vgl. OLG Düsseldorf, a.a.O., m.w.N.). (Rn. BECKRS Jahr 2021 Randnummer 31)

ZD 2021, 652

LG Bonn: Auskunftsanspruch gegenüber Rechtsanwalt

Urteil vom 01.07.2021 - 15 O 356/20

Leitsätze der Redaktion1.Der Auskunftsanspruch nach Art. EWG_DSGVO Artikel 15 DS-GVO gegenüber einem mandatierten Rechtsanwalt umfasst auch die Angaben aus dem Mandatskonto des Antragstellers und die betreffend den Antragsteller gespeicherte elektronische Kommunikation mit dem Rechtsanwalt.2.Eine nach Art. EWG_DSGVO Artikel 12 Abs. EWG_DSGVO Artikel 12 Absatz 3 S. 1 DS-GVO verspätete Erfüllung von Auskunftsansprüchen nach Art. EWG_DSGVO Artikel 15 DS-GVO löst grundsätzlich keinen Schadensersatzanspruch gem. Art. EWG_DSGVO Artikel 82 DS-GVO aus.

ZD 2021, 163 (m. Anm. Bente, Gulden)

LG Essen: Keine Namenslöschung in Unternehmensbewertung

Urteil vom 29.10.2020 - 4 O 9/20 mAnm Gulden, Bente

Leitsätze der Redaktion1.Nicht jede Namensangabe begründet eine Datenschutzverletzung und einen ungerechtfertigten Eingriff in die Persönlichkeitsrechte des Betroffenen. Vielmehr hat eine Abwägung der betroffenen Interessen stattzufinden.2.Ein Anspruch auf Löschung gemäß Art. EWG_DSGVO Artikel 17 Abs. EWG_DSGVO Artikel 17 Absatz 1 DS-GVO unterliegt hinsichtlich der Abwägung nach Art. EWG_DSGVO Artikel 17 Abs. EWG_DSGVO Artikel 17 Absatz 3 lit. a DS-GVO den gleichen Voraussetzungen wie Unterlassungsansprüche bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen gegen Suchmaschinenbetreiber. Erforderlich ist eine unschwer erkennbare bzw. offensichtliche Rechtsverletzung.3.Die Namensnennung eines Arbeitnehmers kann im Rahmen einer sachlichen Unternehmensbewertung nach Art. EWG_DSGVO Artikel 17 Abs. EWG_DSGVO Artikel 17 Absatz 3 lit. a DS-GVO zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information erforderlich sein.

ZD 2021, 47

LG Köln: Kein Schadensersatz für Bagatelldfall

Urteil vom 07.10.2020 - 28 O 71/20

Leitsätze der Redaktion1.Für die Bemessung des Schadensersatzanspruchs nach Art. EWG_DSGVO Artikel 82 Abs. EWG_DSGVO Artikel 82 Absatz 1 DS-GVO können die Kriterien des Art. EWG_DSGVO Artikel 83 Abs. EWG_DSGVO Artikel 83 Absatz 2 DS-GVO herangezogen werden, z.B. die Art, Schwere und Dauer des Datenschutzverstoßes unter Berücksichtigung der Art, des Umfangs oder des Zwecks der betreffenden Verarbeitung und die betroffenen Kategorien personenbezogener Daten.2.Handelt es sich bei dem Datenschutzverstoß nach Art. Schwere, Dauer und Umfang des Verstoßes um einen Bagatelldfall (hier: einmalige Übersendung eines Kontoauszugs an falschen Empfänger), kann auch unter Berücksichtigung der weiteren Umstände des Einzelfalls die Zuerkennung eines Schmerzensgelds ausgeschlossen sein.

ZD 2019, 85

AG Diez: Anforderungen an Schmerzensgeldanspruch auf Grund Verstoßes gegen die DS-GVO

Urteil vom 07.11.2018 - 8 C 130/18

Leitsätze der Redaktion 1. Ein bloßer Verstoß gegen die DS-GVO ohne Schadenseintritt lässt den Schadensersatzanspruch des Art. EWG_DSGVO Artikel 82 Abs. 1 DS-GVO nicht aus. 2. Eine schwere Verletzung des Persönlichkeitsrechts ist i.R.d. Schmerzensgeldanspruchs nicht (mehr) erforderlich. Es ist jedoch nicht für einen Bagatelverstoß ohne ernsthafte Beeinträchtigung Schmerzensgeld zu gewähren.

GRUR 2022, 735

BGH: Voraussetzungen einer zulässigen Verdachtsberichterstattung - Traumfrau gesucht

Urteil vom 22.02.2022 - VI ZR 1175/20

Zu den Voraussetzungen einer zulässigen Verdachtsberichterstattung (hier: Pressebericht über bevorstehende Hauptverhandlung im Strafverfahren).

ZD 2021, 340 (Ls.)

BGH: Kein Schadensersatz für journalistische Datenverarbeitung

Beschluss vom 16.02.2021 - VI ZA 6/20

Leitsatz der Redaktion Bei einer Datenverarbeitung zu journalistischen Zwecken besteht kein Schadensersatzanspruch nach Art. EWG_DSGVO Artikel 82 Abs. 1 DS-GVO, weil diese von den Vorschriften über die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung in Art. EWG_DSGVO Artikel 6 und EWG_DSGVO Artikel 7 DS-GVO durch nationale Regelungen i.S.d. Art. EWG_DSGVO Artikel 5 DS-GVO ausgenommen worden ist.

ZD 2021, 378

KG: Kein Schmerzensgeldanspruch für Datenschutzverstoß

Beschluss vom 02.02.2021 - 9 W 1117/20

Leitsätze der Redaktion 1. § BDSG 2003 § 7 BDSG 2003 gewährt keinen Anspruch auf Ersatz immaterieller Schäden. 2. Feststellungen eines Landesbeauftragten für den Datenschutz entfallen keine Bindungswirkung für Zivilgerichte. 3. Ein Amtshaftungsanspruch wegen Verstoß gegen datenschutzrechtliche Vorschriften setzt einen schweren Eingriff in das Persönlichkeitsrecht voraus.

ZD 2022, 52

LG Köln: Kein immaterieller Schadensersatz für nicht-anonymisierte Übersendung einer Gerichtsentscheidung

Urteil vom 03.08.2021 - 5 O 84/21

Leitsatz der Redaktion Ein Verstoß gegen die DS-GVO allein reicht nicht aus, um einen immateriellen Schaden i.S.d. Art. EWG_DSGVO Artikel 82 DS-GVO zu begründen.

GRUR-RS 2020, 52065

AG Frankfurt a. M.: Fehlender Schaden bei Verstoß gegen DSGVO

Urteil vom 16.10.2020 - 30 C 2705/19 (47)

1. Nicht jeder Verstoß gegen die DSGVO kann zu einer Ausgleichspflicht nach Art. EWG_DSGVO Artikel 82 Abs. 1 DSGVO führen. Vielmehr ist erforderlich, dass ein immaterieller Schaden eingetreten ist. (Rn. GRURRS Jahr 2020 Randnummer 12 – GRURRS Jahr 2020 Randnummer 19) 2. An einem Schaden nach Art. EWG_DSGVO Artikel 82 DSGVO fehlt es, wenn offenbart wird, dass ein Jugendtrainer eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 600 € enthält. (Rn. GRURRS Jahr 2020 Randnummer 20 – GRURRS Jahr 2020 Randnummer 21)

beck-online.SCHMERZENSGELD

Persönlichkeitsverletzung... - 0,00 EUR (10.7.2020) MdE 0%

beck-online.SCHMERZENSGELD Nr. 6516 | AG Frankfurt a. M. Urteil vom 10.07.2020 - 385 C 155/19

Persönlichkeitsverletzung... - 0,00 EUR (10.7.2020) Slizyk beck-online.SCHMERZENSGELD Nr. 6516 Mann. Kein Schmerzensgeldanspruch eines Hotelgastes ...

GRUR-RS 2021, 45808

KG: Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Geschäftsbetrieb durch unerbetene Werbeanrufe

Urteil vom 15.09.2021 - 5 U 35/20

1. Die mutmaßliche Einwilligung eines Geschäftsinhabers in einen Werbeanruf kann nicht deshalb angenommen werden, weil das werbende Unternehmen ihm zuvor mitgeteilt hatte, eine an sie gerichtete Sendung sei verloren gegangen und sie werde ihm das Porto erstatten und nun darauf eine Kundenzufriedenheitsabfrage "aufsetzt". (Rn. GRURRS Jahr 2021 Randnummer 22) 2. Der Empfänger einer unerbetenen Werbe-E-Mail hat gem. Art. EWG_DSGVO Artikel 15 Abs. 1 DS-GVO das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf weitere Informationen, die in der Norm genannt werden, unter anderem hinsichtlich des Bestehens einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gem. Art. EWG_DSGVO Artikel 22 Abs. 1 und EWG_DSGVO Artikel 22 Absatz 4 DS-GVO und – zumindest in diesen Fällen ...

BeckRS 2022, 7590

AG Berlin-Pankow: Videoaufzeichnung von Zuginnenräumen bei Fahrbetrieb

Urteil vom 28.03.2022 - 4 C 199/21

Allein, dass der Betroffene die begehrte datenschutzrechtliche Auskunft nicht erhalten hat bzw. die Löschung nicht verhindert wurde, kann keinen ersatzfähigen Schaden begründen. (Rn. BECKRS Jahr 2022 Randnummer 18)

ZD 2020, 413

OLG Dresden: Löschung von Posts auf sozialem Netzwerk

Hinweisbeschluss vom 11.12.2019 - 4 U 1680/19

Leitsätze 1. Die Änderung der Nutzungsbedingungen eines sozialen Netzwerks kann wirksam durch Anklicken einer Schaltfläche in einem Pop-up-Fenster erfolgen (Festhaltung Senat B. v. 19.11.2019 – Aktenzeichen 4U147119 4 U 1471/19 [= ZD 2020, ZD Jahr 2020 Seite 308]). 2. Auskunftsansprüche gegen den Betreiber eines sozialen Netzwerks, ob und durch welches beauftragte Drittunternehmen die Löschung eines Beitrags vorgenommen wurde, kommen mangels einer schuldrechtlichen Sonderverbindung nicht in Betracht. 3. Die Löschung von Posts ist grds. eine Verarbeitung von Daten i.S.d. DS-GVO; sie stellt jedoch für sich genommen noch keinen ersatzfähigen Schaden dar.

Verfahren BGH - VI ZR 111/21

BGH: -

VI ZR 111/21

Verfahren BGH - VI ZR 111/21 anhängig OLG Stuttgart, Urteil vom 31.03.2021 - 9 U 34/21

NJW-RR 2022, 599

OLG Dresden: Schadensersatzpflicht für unrechtmäßige Datenverarbeitung

Urteil vom 30.11.2021 - 4 U 1158/21

1. Der Geschäftsführer einer GmbH ist neben der Gesellschaft „Verantwortlicher“ im Sinne der DS-GVO. 2. Die Erhebung von Daten bei Dritten ist auch unter Geltung der DS-GVO subsidiär zu einer Erhebung beim Betroffenen, sofern dies für den Verantwortlichen nicht ausnahmsweise unzumutbar ist. 3. Die Datenerhebung von Vorstrafen des Betroffenen ist nur unter den Voraussetzungen des Art. EWG_DSGVO Artikel 10 DS-GVO zulässig. 4. Der immaterielle Schadensersatz nach der DS-GVO hat keinen Strafcharakter.

ZD 2019, 567

OLG Dresden: Schadensersatz- und Auskunftsansprüche bei Löschung eines Beitrags und Sperrung des Kontos in sozialem Netzwerk

Hinweisbeschluss vom 11.06.2019 - 4 U 760/19

Leitsatz 1. Die Löschung eines auf einem sozialen Netzwerk veröffentlichten Beitrags und die Sperrung des Nutzerkontos stellt grundsätzlich weder eine vorsätzliche sittenwidrige Schädigung des Nutzers noch eine schwerwiegende Verletzung seines allgemeinen Persönlichkeitsrechts dar, die eine Geldentschädigung rechtfertigen könnte. 2. Auch ein Verstoß gegen zwingende Vorgaben der Datenschutzgrundverordnung liegt hierin nicht. 3. Auskunftsansprüche gegen den Betreiber, ob und ggf. welche Dritte in diesen Vorgang eingeschaltet wurden, kommen daher nicht in Betracht.

Verfahren BGH - VI ZR 225/21

BGH: -

VI ZR 225/21

Verfahren BGH - VI ZR 225/21 anhängig OLG Schleswig, Urteil vom 02.07.2021 - 17 U 15/21

MMR 2021, 705

EuGH: Keine Haftung für Internetplattformbetreiber bei Urheberrechtsverstößen in Unkenntnis der hochgeladenen Inhalte

Urteil vom 22.06.2021 - C-682/18

Leitsatz 1. Art. EWG_RL_2001_29 Artikel 3 Abs. EWG_RL_2001_29 Artikel 3 Absatz 1 RL 2001/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 22.5.2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft ist dahin auszulegen, dass seitens des Betreibers einer Video-Sharing- oder Sharehosting-Plattform, auf der Nutzer geschützte Inhalte rechtswidrig öffentlich zugänglich machen können, keine „öffentliche Wiedergabe“ dieser Inhalte im Sinne dieser Bestimmung erfolgt, es sei denn, er trägt über die bloße Bereitstellung der Plattform hinaus dazu bei, der Öffentlichkeit unter Verletzung von Urheberrechten Zugang zu solchen Inhalten zu verschaffen. Dies ist namentlich dann der Fall, wenn der Betreiber von der rechtsverletzenden Zugänglichmachung eines geschützten Inhalts auf seiner Plattform konkret Kenntnis hat und diesen Inhalt nicht unverzüglich löscht oder den Zugang zu ihm sperrt, oder wenn er, obwohl er weiß oder wissen müsste, da ...

MMR 2022, 478

OLG Hamm: Abmahn schreiben nur als Dateianhang zu einer E-Mail

Beschluss vom 09.03.2022 - 4 W 119/20

Leitsatz Wird ein Abmahn schreiben lediglich als Dateianhang zu einer E-Mail versandt, ist es in der Regel nur und erst dann zugegangen, wenn der E-Mail-Empfänger den Dateianhang auch tatsächlich geöffnet hat.

MMR 2022, 396

OLG Schleswig: Makler muss Bewertung bei Google Places hinnehmen

Urteil vom 16.02.2022 - 9 U 134/21

Leitsatz Ein Immobilienmakler, der zum Zwecke der Förderung seiner Geschäfte aktiv den Auftritt in einem Bewertungsportal gesucht hat, muss sich Kritik an seiner gewerblichen Leistung in der Regel auch dann gefallen lassen, wenn sie scharf formuliert ist.

MMR 2020, 873 (Ls.)

OLG Stuttgart: Internetwerbung „Wir schenken Ihnen eine neue Brille inklusive Gläsern“ – Brillengeschenk für Corona-Helden

Urteil vom 06.08.2020 - 2 W 23/20

Leitsatz 1. Eine den Anwendungsbereich des § HEILWERBG § 7 Abs. HEILWERBG § 7 Absatz 1 S. 1 HWG eröffnende Produktwerbung liegt vor, wenn die Botschaft das Ziel verfolgt, die Verschreibung, die Abgabe, den Verkauf oder den Verbrauch von Arzneimitteln oder Medizinprodukten zu fördern. Dies ist dann anzunehmen, wenn die Botschaft auch die Leistungen des Unternehmens transportiert. 2. Eine unmittelbare Kopplung zwischen dem Erhalt der Werbegabe und einer Kaufentscheidung wird für das zur Anwendung des § HEILWERBG § 7 Abs. HEILWERBG § 7 Absatz 1 S. 1 HWG notwendige Bestehen der Gefahr einer unsachlichen Beeinflussung nicht vorausgesetzt. 3. Eine solche Gefahr ist bei einer Publikumswerbung anzunehmen, wenn es nach den Umständen nicht fernliegt, dass sich ein Verbraucher für das beworbene Produkt entscheidet, ohne zuvor eine von ihm andernfalls vorgenommene Prüfung durchzuführen, ob das Angebot eines anderen Unternehmens seinen persönlichen Bedürfnissen besser entspricht. 4. Bei kostenlosen Waren ergibt sich die Gefahr e ...

MMR 2021, 269

LG Frankfurt/M.: Kündigung eines Profils in einem sozialen Netzwerk nach verweigerter Identitätsprüfung

Urteil vom 03.09.2020 - 2-03 O 282/19;

Leitsatz Der Betreiber eines sozialen Netzwerks kann nach seinen Bedingungen grundsätzlich die Identität eines Nutzers prüfen. Fordert er den Nutzer hierzu auf und verweigert der Nutzer die Prüfung, kann der Betreiber den geschlossenen Vertrag kündigen.

ZD 2021, 54

ArbG Dresden: Schadensersatz wegen Datenschutzverstößen des Arbeitgebers

Urteil vom 26.08.2020 - 13 Ca 1046/20

Leitsätze der Redaktion 1. Ein immaterieller Schaden i.S.d. Art. EWG_DSGVO Artikel 82 DS-GVO entsteht nicht nur, wenn die datenschutzwidrige Verarbeitung zu einer Diskriminierung, einem Verlust der Vertraulichkeit, einer Rufschädigung oder anderen gesellschaftlichen Nachteilen führt, sondern auch, wenn die betroffene Person um ihre Rechte und Freiheiten gebracht oder daran gehindert wird, die sie betreffenden personenbezogenen Daten zu kontrollieren. 2. Schadensersatz bei Datenschutzverstößen soll eine abschreckende Wirkung haben, um der DS-GVO zum Durchbruch zu verhelfen (effet utile). Dabei kann sich die Bemessung des immateriellen Schadensersatzes auch an Art. EWG_DSGVO Artikel 83 Abs. EWG_DSGVO Artikel 83 Absatz 2 DS-GVO orientieren, sodass als Zummessungskriterien u.a. Art, Schwere, Dauer des Verstoßes, Grad des Verschuldens, Maßnahmen zur Minderung des den betroffenen Personen entstandenen Schadens, früher einschlägige Verstöße sowie die Kategorien personenbezogener Daten in Betracht kommen. 3. Der Kostenerstatt ...

ZD 2021, 336

VG Mainz: Keine Abbauanordnung rechtswidriger Videoüberwachung

Urteil vom 24.09.2020 - 1 K 584/19.MZ

Leitsätze der Redaktion 1. Richtiger Klagegegner ist gem. § BDSG § 20 Abs. BDSG § 20 Absatz 5 Nr. BDSG § 20 Absatz 5 Nummer 2 BDSG die Aufsichtsbehörde (hier: der LfDI Rheinland-Pfalz), die gem. § BDSG § 20 Abs. BDSG § 20 Absatz 4 BDSG beteiligungsfähig ist, wenn es um Streitigkeiten zwischen einer natürlichen oder einer juristischen Person und einer Aufsichtsbehörde des Bundes oder eines Landes über Rechte gem. Art. EWG_DSGVO Artikel 78 Abs. EWG_DSGVO Artikel 78 Absatz 1 und Abs. EWG_DSGVO Artikel 78 Absatz 2 DS-GVO sowie § BDSG § 61 BDSG geht. 2. Auch wenn bei einer personengenauen Auflösung einer Kameraüberwachung besondere Kategorien personenbezogener Daten i.S.v. Art. EWG_DSGVO Artikel 9 Abs. EWG_DSGVO Artikel 9 Absatz 1 DS-GVO erfasst werden können, besteht jedenfalls dann kein Verarbeitungsverbot, wenn der Verantwortliche keine Auswertungsabsicht in Bezug auf die sensiblen Daten hat. 3. Die Verwarnung nach Art. EWG_DSGVO Artikel 58 Ab ...

ZD 2022, 329

BGH: Kein datenschutzrechtlicher Lösungsanspruch eines Basiskunden gegen Ärztebewertungsportal – Ärztebewertungsportal VI

Urteil vom 15.02.2022 - VI ZR 692/20

Leitsätze der Redaktion 1. Die Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Betreiber eines Ärztebewertungsportals erfolgt in Wahrnehmung berechtigter Interessen. Denn sie erfüllt eine von der Rechtsordnung grundsätzlich gebilligte und gesellschaftlich erwünschte Funktion. 2. Es besteht kein strenges Gleichbehandlungsgebot mit der Folge, dass eine Ungleichbehandlung von nicht-zahlenden und zahlenden Ärzten stets zur Unzulässigkeit der Datenverarbeitung iRd Portalbetriebs führt. Dies lässt sich aus der Rolle als neutraler Informationsvermittler nicht ableiten. 3. Die Verarbeitung personenbezogener Daten von Ärzten durch den Betreiber eines Bewertungsportals erfolgt nicht zu journalistischen Zwecken, da das hierfür erforderliche Maß an inhaltlicher Bearbeitung nicht erfüllt wird.

ZD 2022, 156 (m. Anm. Petri)

KG: EuGH-Vorlage zu Unternehmen als Betroffene eines Bußgeldverfahrens nach Art. 83 DS-GVO

Beschluss vom 06.12.2021 - 3 Ws 250/21 mAnm Petri

Leitsatz Dem EuGH werden zur Auslegung von Art. EWG_DSGVO Artikel 83 DS-GVO folgende Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt: 1. Ist Art. EWG_DSGVO Artikel 83 Abs. EWG_DSGVO Artikel 83 Absatz 4 bis Abs. EWG_DSGVO Artikel 83 Absatz 6 DS-GVO dahin auszulegen, dass er den Art. AEUV Artikel 101 und AEUV Artikel 102 AEUV zugeordneten funktionalen Unternehmensbegriff und das Funktionsträgerprinzip in das innerstaatliche Recht mit der Folge inkorporiert, dass unter Erweiterung des § OWiG § 30 OWiG zu Grunde liegenden Rechtsträgerprinzips ein Bußgeldverfahren unmittelbar gegen ein Unternehmen geführt werden kann und die Bebußung nicht der Feststellung einer durch eine natürliche und identifizierte Person, gegebenenfalls volldeiktisch, begangenen Ordnungswidrigkeit bedarf? 2. Wenn die Frage zu 1. bejaht werden sollte: Ist Art. EWG_DSGVO Artikel 83 Abs. EWG_DSGVO Artikel 83 Absatz 4 bis Abs. EWG_DSGVO Artikel 83 Absatz 6 DS-GVO dahin auszulegen, dass das Unternehmen den durch einen Mitarbeiter vermittelten Verstoß schuldhaft ...

ZD 2022, 335

KG: Speicherung eines Eintrags über Restschuldbefreiung durch Wirtschaftsauskunftei

Urteil vom 15.02.2022 - 27 U 51/21

Leitsätze der Redaktion 1. Die Speicherung in einer Datenbank einer Wirtschaftsauskunftei, die Auskunft über kreditrelevante Umstände erteilt, kann auf Art. EWG_DSGVO Artikel 6 Abs. EWG_DSGVO Artikel 6 Absatz 1 lit. f DS-GVO gestützt werden. 2. Der Ablauf der Speicherungsfrist aus § 3 InsoBekV begründet keinen Lösungsanspruch nach Art. EWG_DSGVO Artikel 17 DS-GVO.

ZD 2021, 154 (m. Anm. von dem Bussche)

LG Bonn: Authentifizierung von Telefonanrufern – Unternehmenshaftung und DS-GVO-Bußgeldkonzept

Urteil vom 11.11.2020 - 29 OWi 1/20 mAnm von dem Bussche

Leitsätze der Redaktion 1. In einem Bußgeldbescheid gem. Art. EWG_DSGVO Artikel 83 Abs. EWG_DSGVO Artikel 83 Absatz 4 bis EWG_DSGVO Artikel 83 Absatz 6 DS-GVO ist es trotz anderweitiger Regelungen in § BDSG § 41 Abs. BDSG § 41 Absatz 1 S. 1 BDSG, §§ OWiG § 30, OWiG § 130 OWiG für die Umgrenzung des Verfahrensgegenstands nicht erforderlich, anzugeben, welche natürlichen Personen eines Unternehmens den Datenschutzverstoß konkret begangen haben. 2. Der Höhe des Unternehmensumsatzes kommt bei der Bemessung der Bußgeldhöhe zwar Bedeutung zu. Im Verhältnis zur Tatschuld verliert der Umsatz jedoch umso mehr an Bedeutung, je eindeutiger die Bewertung der Schwere des Datenschutzverstoßes anhand der tatbezogenen Umstände in die eine oder andere Richtung ausfällt.

ZD 2022, 233

OLG Köln: Speicherdauer von SCHUFA-Eintragungen

Urteil vom 27.01.2022 - 15 U 153/21

Leitsatz der Redaktion Die im „Code of Conduct“ für Wirtschaftsauskunfteien festgelegte Regelspeicherfrist von drei Jahren ist iRd erforderlichen Interessenabwägung angemessen.

ZD 2021, 690 (m. Anm. Qasim)

BGH: Vergütung für Datenauskunft durch Zwangsverwalter

Beschluss vom 15.07.2021 - V ZB 53/20 mAnm Qasim

Leitsätze der Redaktion 1. Die Bearbeitung eines Antrags des Schuldners an den Zwangsverwalter auf Auskunft nach Art. EWG_DSGVO Artikel 15 Abs. EWG_DSGVO Artikel 15 Absatz 1 DS-GVO zählt nicht zu den allgemeinen Geschäftskosten i.S.v. § ZWVwV § 21 Abs. ZWVwV § 21 Absatz 1 ZwVwV, sondern ist Teil der Geschäftsführung des Verwalters. 2. Die Vergütung hierfür bestimmt sich, wenn nicht nach § ZWVwV § 18 ZwVwV abgerechnet wird, gem. § ZWVwV § 19 Abs. ZWVwV § 19 Absatz 1 S. 1 ZwVwV nach dem Zeitaufwand, der mit dem einheitlichen Stundensatz nach § ZWVwV § 19 Abs. ZWVwV § 19 Absatz 1 S. 2 u. S. 3 ZwVwV zu vergüten ist. 3. Die Festsetzung einer Vergütung nach §§ ZWVwV § 17 Abs. ZWVwV § 17 Absatz 1, ZWVwV § 19 ZwVwV scheidet wegen der mit Art. EWG_DSGVO Artikel 12 Abs. EWG_DSGVO Artikel 12 Absatz 5 S. 1 DS-GVO vorgeschriebenen Kostenfreiheit allerdings aus, wenn es um die Bearbeitung einer Anfrage des Schuldners geht.

ZD 2021, 581 (m. Anm. Riemer)

BGH: Reichweite des Auskunftsanspruchs gegen Versicherungsunternehmen

Urteil vom 15.06.2021 - VI ZR 576/19 mAnm Riemer

Leitsatz der Redaktion Der Auskunftsanspruch gegen eine Versicherung aus Art. EWG_DSGVO Artikel 15 DS-GVO umfasst grundsätzlich auch die zurückliegende Korrespondenz der Parteien, das „Prämienkonto“ und Daten des Versicherungsscheins sowie interne Vermerke und Kommunikation der Versicherung.

ZD 2022, 103

OLG Oldenburg: Datenspeicherung durch Wirtschaftsauskunftei

Urteil vom 23.11.2021 - 13 U 63/21

Leitsätze der Redaktion 1. Die Speicherung in einer Datenbank, die ihren Vertragspartnern Auskunft über kreditrelevante Umstände potenzieller Kunden erteilt, kann auf Art. EWG_DSGVO Artikel 6 Abs. EWG_DSGVO Artikel 6 Absatz 1 lit. f DS-GVO gestützt werden. 2. Die Informationen über die Kreditwürdigkeit sind über eine Speicherdauer von einem Jahr hinaus notwendig iSv Art. EWG_DSGVO Artikel 17 Abs. EWG_DSGVO Artikel 17 Absatz 1 lit. a DS-GVO. Eine Höchstspeicherfrist von drei Jahren erscheint angemessen.

ZD 2021, 373

AGH NRW: Tätigkeit eines Datenschutzbeauftragten als anwaltliche Tätigkeit

Urteil vom 12.03.2021 - 1 AGH 9/19

Leitsatz der Redaktion 1. Die Tätigkeit eines Datenschutzbeauftragten kann je nach den Umständen des Einzelfalls die Merkmale des § BRAO § 46 Abs. BRAO § 46 Absatz 3 BRAO erfüllen und sich als anwaltliche Tätigkeit darstellen. 2. Eine Datenschutzbeauftragte i.S.d. Art. EWG_DSGVO Artikel 39 DS-GVO erbringt gesetzlich erlaubte Rechtsdienstleistungen i.S.d. § RDG § 2 Abs. RDG § 2 Absatz 1 RDG.

ZD 2021, 322

BVerfG: Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde gegen Vorschriften zur elektronischen Patientenakte

Beschluss vom 04.01.2021 - 1 BvR 619/20

Leitsatz der Redaktion Die Nutzung der elektronischen Patientenakte ist gem. § SGB_V § 341 Abs. SGB_V § 341 Absatz 1 S. 2 SGB V freiwillig. Damit hat der Beschwerdeführer es selbst in der Hand, die geltend gemachte Verletzung in seinem Recht auf informationelle Selbstbestimmung abzuwenden, indem er seine Einwilligung zur Nutzung der elektronischen Patientenakte nicht erteilt.

MMR 2021, 66

OLG Köln: Schadensersatz bei Datenbankübernahme

Urteil vom 28.02.2020 - 6 U 128/19

Leitsätze 1. Wesentliche Investitionen, die vom Datenbankhersteller zur Erstellung von Beschreibungstexten aus bereits von Produktherstellern zur Verfügung gestellten Rohdaten aufgewendet werden, können vom Schutzzweck der §§ URHG § 87a, b UrhG erfasst sein, weil die Umformulierung in der Regel der ansprechenden Darstellung eines bereits vorhandenen Datums dient und kein neues unabhängiges Datum oder Element erzeugt, bei dem nach seiner Herauslösung noch ein hinreichender Informationswert verbliebe. 2. Werden mittels eines sog. Web-Scraper-Programms über mehrere Tage Daten aus einer Datenbank eines Wettbewerbers automatisch herausgelesen, kopiert und für den eigenen Onlineshop verwendet, liegt eine wiederholte und systematische Vervielfältigung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung von Teilen der ausgelesenen Datenbank vor, die von einer normalen Auswertung durch Kunden abweicht und den berechtigten Interessen des Datenbankherstellers zuwiderläuft; § URHG § 87 ...

ZD 2020, 412

BVerfG: Keine einstweilige Anordnung gegen das Digitale-Versorgung-Gesetz

Beschluss vom 19.03.2020 - 1 BvQ 1/20

Leitsätze der Redaktion 1. Eine noch zu erhebende Verfassungsbeschwerde gegen das Digitale-Versorgung-Gesetz wäre vor dem Hintergrund der Verhältnismäßigkeit und des Reidentifikationsrisikos sowie der Datensicherheit und des Selbstbestimmungsrechts der Versicherten weder offensichtlich unzulässig noch offensichtlich unbegründet. 2. Im Falle einer Verfassungswidrigkeit der Vorschriften des Digitale-Versorgung-Gesetzes tritt der Nachteil der Reidentifikation des Betroffenen nicht unmittelbar durch den Vollzug der betreffenden Vorschriften ein, sondern erst dann, wenn – entgegen der gesetzlich angeordneten Pseudonymisierung oder Anonymisierung – durch die datenverarbeitenden Stellen ein Personenbezug zu bestimmten Versicherten hergestellt wird, was das Gesetz durch verschiedene Vorkehrungen und prozedurale Sicherungen gerade zu verhindern sucht. 3. Im Hinblick auf zu Unrecht erhobene und gespeicherte Daten, die sich bei den hierzu befugten Stellen befinden, können hingegen Löschanordnungen ergehen, sodass der eing ...

ZD 2019, 566

OLG Köln: Streitwert für den Auskunftsanspruch nach Art. 15 DS-GVO

Beschluss vom 03.09.2019 - 20 W 10/18

Leitsätze der Redaktion 1. Seiner Natur nach dient der Auskunftsanspruch nach der DS-GVO nicht speziell dazu, als „Hauptsache“ Schadensersatz „durchsetzbar“ zu machen. 2. Die Auskünfte, die eine natürliche Person nach Art. EWG_DSGVO Artikel 15 DS-GVO fordern kann, dienen vielmehr primär dazu, ihr die Wahrnehmung der weiteren Rechte nach der DS-GVO zu ermöglichen, also vor allem das Recht auf Berichtigung nach Art. 16, auf Löschung nach Art. 17 und auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18. 3. Zwar mag eine Auskunft über personenbezogene Daten auch Erkenntnisse und Indizien hervorbringen, die einen Schadensersatzanspruch nach gänzlich anderen Vorschriften begründen oder zumindest nahelegen können. Dabei handelt es sich aber nicht um den eigentlichen Zweck der DS-GVO, sondern um einen bloß zufälligen Nebeneffekt.

ZD 2019, 363

BGH: Bemessung des Beschwerdegegenstandswerts bei einer Auskunftserteilung

Beschluss vom 03.04.2019 - VII ZB 59/18

Leitsätze der Redaktion 1. Der Wert des Beschwerdegegenstands (§ ZPO § 511 Abs. ZPO § 511 Absatz 2 Nr. ZPO § 511 Absatz 2 Nummer 1 ZPO) bei einer Berufungseinlegung durch die zur Auskunftserteilung verurteilte Partei bemisst sich nach deren Interesse, die Auskunft nicht erteilen zu müssen. Dabei ist – von dem Fall eines besonderen Geheimhaltungsinteresses abgesehen – im Wesentlichen auf den Aufwand an Zeit und Kosten abzustellen, den die Erteilung der hiernach geschuldeten Auskunft erfordert. 2. Die Beschwer des Berufungskl. bemisst sich danach, inwieweit die ergangene Entscheidung selbst ihm einen rechtlichen Nachteil bringt, dessen Beseitigung er mit der Berufung erstrebt. Drittbeziehungen stellen einen solchen unmittelbar aus dem Urteil fließenden rechtlichen Nachteil nicht dar und haben als reine Fernwirkung bei der Bemessung der Beschwer im Falle einer Verurteilung zur Auskunftserteilung außer Betracht zu bleiben. Ein Haftungsrisiko gegenüber einem am Verfahren nicht beteiligten Dritten ist bei der Bemessung ...

ZD 2022, 285

BGH: Klarnamenpflicht und Sperrung des Nutzerkontos bei Facebook

Urteil vom 27.01.2022 - III ZR 4/21

LeitsatzDer von einem Unterlassungsurteil im Verbandsklageverfahren ausgehenden Bindungswirkung für den Individualprozess steht eine spätere Gesetzesänderung nicht entgegen, soweit in dem Individualprozess die Wirksamkeit einer Bestimmung im Streit steht, die vor dieser Gesetzesänderung in den Vertrag einbezogen worden ist.

ZD 2022, 339

LG Flensburg: Verwertbarkeit einer unzulässigen Videoüberwachung als Beweismittel im Strafverfahren

Beschluss vom 10.01.2022 - I Qs 29/21

Leitsatz der RedaktionAus der rechtswidrigen Erlangung eines Beweismittels durch einen Dritten folgt nicht ohne Weiteres die Unverwertbarkeit dieses Beweismittels im Strafverfahren. Ob ein auf rechtswidrige Weise erlangtes Beweismittel zu Lasten eines Beschuldigten verwertet werden darf, ist vielmehr jeweils im Einzelfall insbesondere nach der Art des Verbots, dem Gewicht des Verfahrensverstosses, der Bedeutung der betroffenen Rechtsgüter und dem Interesse der Allgemeinheit an einer wirksamen Strafverfolgung unter Abwägung der widerstreitenden Interessen zu entscheiden.

ZD 2022, 241

LG Berlin: Umfang des Auskunftsanspruchs

Urteil vom 21.12.2021 - 4 O 381/20

Leitsatz der RedaktionDer Auskunftsanspruch aus Art. EWG_DSGVO Artikel 15 DS-GVO gegenüber einer Versicherung umfasst entgegen des weit gefassten Wortlauts des Art. EWG_DSGVO Artikel 4 Nr. EWG_DSGVO Artikel 4 Nummer 1 DS-GVO keine Dokumente, die Vertragserklärungen enthalten.

ZD 2022, 162

LG Saarbrücken: EuGH-Vorlage zum Anspruch auf Ersatz immaterieller Schäden aus Art. 82 DS-GVO

Beschluss vom 22.11.2021 - 5 O 151/19

Leitsätze der RedaktionDem EuGH werden folgende Fragen vorgelegt:1. Ist der Begriff des immateriellen Schadens in Art. EWG_DSGVO Artikel 82 Abs. EWG_DSGVO Artikel 82 Absatz 1 DS-GVO im Hinblick auf den Erwägungsgrund 85 und den Erwägungsgrund EUV2009 1 Nummer 146 S. 3 EUV 2016/679 in dem Sinne zu verstehen, dass er jede Beeinträchtigung der geschützten Rechtsposition erfasst, unabhängig von deren sonstigen Auswirkungen und deren Erheblichkeit?2. Wird die Haftung auf Schadensersatz gem. Art. EWG_DSGVO Artikel 82 Abs. EWG_DSGVO Artikel 82 Absatz 3 DS-GVO dadurch ausgeschlossen, dass der Rechtsverstoß auf menschliches Versagen im Einzelfall einer iSv Art. EWG_DSGVO Artikel 29 DS-GVO unterstellten Person zurückgeführt wird?3. Ist bei der Bemessung des immateriellen Schadensersatzes eine Orientierung an den in Art. EWG_DSGVO Artikel 83 DS-GVO, insbesondere Art. EWG_DSGVO Artikel 83 Abs. EWG_DSGVO Artikel 83 Absatz 2, Abs. EWG_DSGVO Artikel 83 Absatz 5 DS-GVO, genannten Zumessungskriterien erlaubt bzw. geboten?4. Is ...

ZD 2022, 107 (m. Anm. Nikol)

LG Frankfurt/M.: Übermittlung des Budgetplans eines Vereins

Urteil vom 01.11.2021 - 2-01 S 191/20 mAnm Nikol

Leitsätze der Redaktion1.Allein der Umstand, dass der Rahmen der Streitigkeit ein Vereinsgeschehen darstellt, reicht nicht aus, um von einer familiären oder privaten Verarbeitung iSv Art. EWG_DSGVO Artikel 2 Abs. EWG_DSGVO Artikel 2 Absatz 2 lit. c DS-GVO auszugehen.2.Gem. Art. EWG_DSGVO Artikel 6 Abs. EWG_DSGVO Artikel 6 Absatz 1 lit. f DS-GVO führt die Minderjährigkeit des Betroffenen nicht automatisch schon zur Unzulässigkeit der Datenverarbeitung. Das Ergebnis der notwendigen Einzelfallabwägung bleibt vielmehr offen.3.Die bloße Tatsache einer Datenverarbeitung, welche gegen Art. EWG_DSGVO Artikel 6 DS-GVO verstößt, reicht nicht aus, um einen Schadensersatzanspruch ohne ausreichend dargelegten Schaden begründen zu können.

ZD 2021, 584

OLG Schleswig: Eintragung einer Restschuldbefreiung in Datenbanken von Auskunfteien nach Lösungsfristablauf

Urteil vom 02.07.2021 - 17 U 15/21

Leitsätze1.Ein Interesse an der Verarbeitung an aus dem Insolvenz bekanntmachungsportal entnommenen Daten ist nur dann „berechtigt“ i.S.v. Art. EWG_DSGVO Artikel 6 Abs. EWG_DSGVO Artikel 6 Absatz 1 lit. f DS-GVO, wenn es im Einklang mit der Rechtsordnung steht und daher nicht dem Rechtsgedanken von § 3 Abs. 2 InsoBekV widerspricht.2.Solange der Gesetzgeber für Auskunfteien keine abweichende Regelung für die Speicherfristen der Informationen über eine Restschuldbefreiung getroffen hat, haben Auskunfteien die Lösungsfristen in § 3 Abs. 2 InsoBekV zu beachten.3.Betroffene haben nach Löschung der Informationen aus dem Insolvenz bekanntmachungsportal einen Lösungsanspruch nach Art. EWG_DSGVO Artikel 17 Abs. EWG_DSGVO Artikel 17 Absatz 1 lit. d DS-GVO gegen Auskunfteien, sofern diese die Informationen weiterverarbeiten.

ZD 2020, 638

OLG Frankfurt/M.: Übersendung von Anwaltsschriftsätzen an die Anwaltskammer

Beschluss vom 19.02.2020 - 6 W 19/20

Leitsätze1.Es fehlt an dem für einen Unterlassungsanspruch notwendigen Rechtsschutzbedürfnis sowie am Vorliegen einer geschäftlichen Handlung, wenn die angegriffene Handlung darin besteht, anwaltliche Schriftsätze an die Anwaltskammer zur Prüfung eines möglichen standeswidrigen Verhaltens weitergegeben zu haben. Die Grundsätze zu privilegierten Äußerungen sind hier entsprechend anwendbar.2.Die Übersendung anwaltlicher Schriftsätze an die Anwaltskammer zur Prüfung möglichen standeswidrigen Verhaltens ist – soweit überhaupt eine Verarbeitung von Daten nach Art. EWG_DSGVO Artikel 4 Nr. EWG_DSGVO Artikel 4 Nummer 2 DS-GVO vorliegt – jedenfalls nach Art. EWG_DSGVO Artikel 6 Abs. EWG_DSGVO Artikel 6 Absatz 1 lit. e DS-GVO zulässig.

ZD 2020, 640

LG Itzehoe: Kein Anspruch auf Löschung einer Satellitenaufnahme des eigenen Grundstücks in Online-Geodienst

Urteil vom 11.06.2020 - 10 O 84/20

Leitsätze der Redaktion1.Das berechtigte Interesse i.S.v. Art. EWG_DSGVO Artikel 6 Abs. EWG_DSGVO Artikel 6 Absatz 1 lit. f DS-GVO umfasst nicht nur rechtliche Interessen. Vielmehr müssen auch wirtschaftliche oder ideelle Interessen des Verarbeiters berücksichtigt werden. Ein berechtigtes Interesse kann sich auch aus der Wahrnehmung des Rechts auf Meinungs- und Informationsfreiheit ergeben.2.Bei der bildlichen Darstellung eines Hausgrundstücks in einem Online-Geodienst (Satellitenaufnahme) überwiegen die Interessen des Geodienst-Anbieters das informationelle Selbstbestimmungsrecht des Eigentümers, jedenfalls soweit die Abbildung nicht unmittelbar zu den Namen der Bewohner des Grundstücks führt.

ZD 2019, 510

OLG Hamburg: Pflichten eines Internet-Service-Providers beim Umgang mit Kundendaten

Urteil vom 11.04.2018 - 8 U 69/16

LeitsatzEin Internet-Service-Provider, der i.R.e. Hosting-Vertrags Kundendaten speichert, handelt grob fahrlässig, wenn er diese Daten auf einen anderen Account verschiebt und die Daten auf dem ursprünglichen Account endgültig löscht, ohne sie zuvor als schreibgeschützt gekennzeichnet und ihre Inaktivität kontrolliert zu haben.

ZD 2020, 544 (m. Anm. Lehner)

VG Gelsenkirchen: Anspruch auf unentgeltliche Kopie von juristischen Examensklausuren und Prüfergutachten

Urteil vom 27.04.2020 - 20 K 6392/18 mAnm Lehner

LeitsatzEinem Prüfling steht gem. § NRWDSG § 5 Abs. NRWDSG § 5 Absatz 8 S. 1 DSGVO Artikel 15 Abs. DSGVO Artikel 15 Absatz 3 und DSGVO Artikel 15 Absatz 12 Abs. DSGVO Artikel 15 Absatz 5 S. 1 DS-GVO ein Anspruch auf eine unentgeltliche Kopie der von ihm i.R.d. zweiten juristischen Staatsexamens in Nordrhein-Westfalen angefertigten Aufsichtsarbeiten mitsamt Prüfergutachten in Papierform oder in einem gängigen elektronischen Format zu.

ZD 2019, 465

OLG Bamberg: Unbefugter Datenabruf aus polizeilichem Recherchesystem

Beschluss vom 28.08.2018 - 2 Ss OWi 949/18

Leitsätze1.Bei den in den automatisierten polizeilichen Rechtersystemen „Integrationsverfahren Polizei“ (IGVP) und „Informationssystem der Polizei“ (INPOL) gespeicherten personenbezogenen Daten handelt es sich um nicht offenkundige personenbezogene Daten, deren unbefugter Abruf den Bußgeldtatbestand des Art. BAYDSG Artikel 37 Abs. BAYDSG Artikel 37 Absatz 1 Nr. BAYDSG Artikel 37 Absatz 1 Nummer 3 Bay-DSG a.F. (vgl. nunmehr Art. BAYDSG Artikel 23 Abs. BAYDSG Artikel 23 Absatz 1 Nr. BAYDSG Artikel 23 Absatz 1 Nummer 1c BayDSG n.F.) erfüllt (Festhaltung u.a. an BGH, U. v. 4.6.2013 – BGH Aktenzeichen 1STR3213 1 StR 32/13 [= ZD 2013, ZD Jahr 2013 Seite 502 m. Anm. Wybitul] und OLG Bamberg, B. v. 27.4.2010 – OLG BAMBERG Aktenzeichen 2SSOWi53110 2 Ss OWi 531/10).2.Der Abruf nicht offenkundiger personenbezogener Daten in polizeilichen Rechtersystemen durch einen Polizeibeamten ist nur dann zulässig, wenn die Datenkenntnis aus seiner Sicht zur polizeilichen Aufgabenerfüllung notwendig ist. Fehlt ein dienstlicher An ...

ZD 2021, 586

LG Bonn: Datenauskunftsanspruch gem. Art. 15 DS-GVO gegen Anwaltskanzlei

Urteil vom 01.07.2021 - 15 O 372/20

Leitsätze der Redaktion1.Eine Rechtsanwaltskanzlei ist verpflichtet, einer Mandantin eine vollständige Datenauskunft gem. Art. 15 Abs. 1 u. Abs. 3 S. 1 i.V.m. Art. DSGVO Artikel 12 DS-GVO zu erteilen.2.Der Begriff der „personenbezogenen Daten“ nach Art. DSGVO Artikel 4 Nr. DSGVO Artikel 4 Nummer 1 DS-GVO ist weit gefasst und umfasst alle Informationen, die sich auf eine identifizierbare natürliche Person beziehen. Hierunter fallen auch die Handakten, Angaben zum Mandatskonto, über die Mandantin gespeicherte elektronische Kommunikation, einschließlich der mit ihr gewechselten WhatsApp-Nachrichten.3.Über die Datenauskunftsansprüche ist insgesamt zu entscheiden, wenn sich Teile des bereits erledigten Streitgegenstands vom noch rechtshängigen nicht abgrenzen lassen.4.Wird der Datenauskunftsanspruch im Wege der Stufenklage gem. § ZPO § 254 ZPO verfolgt, ein weiterer Antrag jedoch nicht gestellt, so verbleibt es insoweit bei der Leistungsklage gem. § ZPO § 253 ZPO.

ZD 2021, 383

AG Mainz: Bildaufnahmen eines Lagerfeuers im Nachbargarten

Urteil vom 26.02.2021 - 86 C 286/18

Leitsatz der Redaktion1.Die Annahme, fotografiert oder gefilmt zu werden, kann einen sog. Überwachungsdruck erzeugen und zu einem Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht führen.2.Für die Annahme eines solchen Eindrucks der Androhung ständiger Überwachung reicht die einmalige Anfertigung von Bildaufnahmen eines Lagerfeuers, auf dem keine Personen abgebildet werden, durch den Nachbarn nicht aus. Auch die bloße Möglichkeit, dass bei der Ablichtung des Lagerfeuers Personen mit abgeblendet werden reicht für einen Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht nicht aus.

ZD 2021, 175

VG Gelsenkirchen: Polizeiliche Videoüberwachung vor einer Behörde

Beschluss vom 07.05.2020 - 17 L 88/20

Leitsätze1.Im Falle einer angekündigten und durch den Behördenleiter bereits beschlossenen Videoüberwachung eines Straßenbereichs kann ein Bedürfnis für vorbeugenden Rechtsschutz, insbesondere im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes, bestehen.2.Eine gewissermaßen „ab der Haustür“ eines hiervon Betroffenen beginnende Videoüberwachung stellt einen tiefgreifenden Eingriff in dessen allgemeines Persönlichkeitsrecht dar.3.Zur Darlegung eines die Überwachung eines Straßenbereichs nach nordrhein-westfälischem Landesrecht rechtfertigenden Kriminalitätsschwerpunkts bedarf es konkreter und aussagekräftiger Statistiken, dass in dem in Rede stehenden Bereich (insbesondere im Vergleich zu anderen Teilen des Stadtgebiets) gehäuft Straftaten vorkommen.4.Eine Videoüberwachung nach nordrhein-westfälischem Landesrecht darf alleine der Verhütung künftiger Straftaten dienen. Sie ist kein Mittel zur Bekämpfung gesellschaftlich zu missbilligender ggf. der öffentlichen Ordnung zuwiderlaufender (rechtsextremer) Verhaltensweisen ...

ZD 2022, 171

LAG Sachsen: Keine Ersetzung der Darlegungs- und Beweislast durch Auskunftsanspruch

Urteil vom 17.02.2021 - 2 Sa 63/20

Leitsatz der RedaktionDie Darlegungs- und Beweislast des Arbeitnehmers zu Ableistung, Zeitpunkt und Dauer von Überstunden kann durch den Auskunftsanspruch nach Art. DSGVO Artikel 15 Abs. DSGVO Artikel 15 Absatz 1 DS-GVO nicht ersetzt werden.

ZD 2022, 294

BAG: Bestimmtheit des Klageantrags bei Auskunftsansprüchen

Urteil vom 16.12.2021 - 2 AZR 235/21

Leitsatz der RedaktionEin Klageantrag auf Auskunft, der auslegungsbedürftige Begriffe enthält, über deren Inhalt bei den Parteien Zweifel bestehen, wie „nicht in der Personalakte gespeicherte Leistungs- und Verhaltensdaten“, ist nicht hinreichend bestimmt und daher unzulässig.

ZD 2021, 706 (m. Anm. Tiedemann)

BAG: Datenschutz und Mitbestimmung des Betriebsrats bei der internen Auswertung von E-Mails

Beschluss vom 23.03.2021 - 1 ABR 31/19 mAnm Tiedemann

Leitsätze der Redaktion1.Ein dem Betriebsrat bei der Verletzung eines Mitbestimmungsrechts nach § BetrVG § 87 Abs. BetrVG § 87 Absatz 1 BetrVG gegen den Arbeitgeber zustehender Beseitigungsanspruch erfasst nur die Beendigung des betriebsverfassungswidrigen Zustands, nicht aber die Rückgängigmachung sich aus der Verletzung des Mitbestimmungsrechts ergebender Folgen.2.Auch wenn ein Betriebsrat gem. § BetrVG § 80 Abs. BetrVG § 80 Absatz 1 Nr. BetrVG § 80 Absatz 1 Nummer 1 BetrVG die Aufgabe hat, die Einhaltung von § BDSG § 26 Abs. BDSG § 26 Absatz 1 S. 2 BDSG zu überwachen, kann er i.R.d. diesbezüglichen Auskunftsbegehrens nicht verlangen, dass ihm Auskünfte erteilt werden, wenn diese zur Aufgabenerfüllung nicht erforderlich sind.

ZD 2021, 436

LAG Baden-Württemberg: Kein Schadensersatz ohne kausalen DS-GVO-Verstoß

Urteil vom 25.02.2021 - 17 Sa 37/20

Leitsätze1. Werden personenbezogene Daten von Beschäftigten über den 24.5.2018 hinaus verarbeitet (gespeichert), ist dies ab dem 25.5.2018 am Maßstab der DS-GVO zu messen. 2. Erfolgt die Verarbeitung/Speicherung der personenbezogenen Daten von Beschäftigten zum Zwecke, ein (noch) nicht produktiv genutztes, später noch konzernweit einzuführendes cloudbasiertes Personalinformationsmanagementsystem zu testen, scheidet § BDSG § 26 Abs. BDSG § 26 Absatz 1 BDSG wie auch Art. EWG_DSGVO Artikel 6 Abs. EWG_DSGVO Artikel 6 Absatz 1 lit. f DS-GVO als Rechtsgrundlage der Verarbeitung mangels Erforderlichkeit aus. Als Rechtsgrundlage einer Datenverarbeitung kommt in diesem Fall als Kollektivvereinbarung i.S.v. § BDSG § 26 Abs. BDSG § 26 Absatz 4 BDSG eine Betriebsvereinbarung in Betracht. 3. Bestimmt die Betriebsvereinbarung für die vorübergehende Nutzung des Personalinformationsmanagementsystems die Kategorien der vorübergehend nutzbaren Daten, ist die Verarbeitung anderer personenbezogener Daten rechtswidrig. 4. Wurden die per ...

ZD 2021, 166

LG Rostock: Cookie-Banner mit voreingestellten Ankreuzkästchen

Urteil vom 15.09.2020 - 3 O 762/19

Leitsätze der Redaktion1. Werbetreibende dürfen keine Cookies für das Tracking von Nutzern zu Analyse- und Marketingzwecken verwenden, die personenbezogene Daten von Nutzern an Dritte übermitteln und die Nachverfolgung des Surf- und Nutzungsverhaltens ermöglichen, wenn keine Einwilligung für diese Datenverarbeitung vorliegt. Ein Cookie-Banner, bei dem alle Cookies vorausgewählt sind (sog. Opt-out), erfüllt die Anforderungen an eine informierte und freiwillige Einwilligung nicht. Auch die zusätzliche Betätigung eines „OK“-Buttons genügt als Einwilligung nicht. Ebenso ändert die Möglichkeit, über den Bereich „Nur notwendige Cookies verwenden“ die Einwilligung auf technisch notwendige Cookies zu beschränken, an der Beurteilung nichts. 2. Werden durch die Einbindung von Drittanbieter-Cookies (z.B. Google-Analytics-Cookies) personenbezogene Daten an Drittanbieter übertragen und von diesen (auch) für eigene Zwecke verarbeitet, liegt ein Fall gemeinsamer Verantwortung nach Art. EWG_DSGVO Artikel 26 DS-GVO und keine blo ...

ZD 2021, 592

LAG Düsseldorf: Erstellung eines ärztlichen Gutachtens durch MDK über einen dort Beschäftigten

Urteil vom 11.03.2020 - 12 Sa 186/19

Leitsätze1. Fordert eine Krankenkasse auf Grund des Bezugs von Krankengeld bei einem Medizinischen Dienst der Krankenkasse (MDK) eine gutachtliche Stellungnahme zu dessen Arbeitsunfähigkeit an, so darf der MDK, auch wenn es sich um den Arbeitgeber des Mitglieds handelt, ein schriftliches Gutachten durch eine bei ihr angestellte Ärztin erstellen. 2. Die Ärztin darf zur Erstellung der gutachtlichen Stellungnahme den behandelnden Arzt des Mitglieds telefonisch und ohne dessen vorherige Zustimmung um Auskunft ersuchen. 3. Zu den Anforderungen an den Datenschutz, welche sich aus Art. EWG_DSGVO Artikel 6 und EWG_DSGVO Artikel 9 DS-GVO in einem solchen Fall bezogen auf die Aspekte aus dem ersten und zweiten Leitsatz und für die Speicherung der gutachtlichen Stellungnahme ergeben.

ZD 2021, 520

EuGH: Anlasslose Vorratsdatenspeicherung unzulässig

Urteil vom 06.10.2020 - C-512/18

Leitsätze1. Art. EWG_RL_2002_58 Artikel 15 Abs. EWG_RL_2002_58 Artikel 15 Absatz 1 RL 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 12.7.2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation) in der durch die RL 2009/136/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 25.11.2009 geänderten Fassung ist im Licht der Art. 7, 8 u. 11 sowie von Art. EUGRCHARTA2007 Artikel 52 Abs. EUGRCHARTA2007 Artikel 52 Absatz 1 GRCh dahin auszulegen, dass er Rechtsvorschriften entgegensteht, die zu den in Art. 15 Abs. 1 genannten Zwecken präventiv eine allgemeine und unterschiedslose Vorratsdatenspeicherung von Verkehrs- und Standortdaten vorsehen. Dagegen steht Art. EWG_RL_2002_58 Artikel 15 Abs. EWG_RL_2002_58 Artikel 15 Absatz 1 RL 2002/58 in der durch die RL 2009/136 geänderten Fassung im Licht der Art. 7, 8 u. 11 sowie von Art. EUGRCHARTA2007 Artikel 52 Abs. EUGRCHARTA2007 Artikel 52 Abs ...

ZD 2021, 170 (m. Anm. Suwelack)

LAG Berlin-Brandenburg: Unzulässige Arbeitnehmerüberwachung im Homeoffice und Beweisverwertungsverbote

Urteil vom 11.09.2020 - 9 Sa 584/20 mAnm Suwelack

Leitsätze1. Im Falle einer Beobachtung eines Arbeitnehmers durch Detektive an mehreren Tagen nebst Fertigung von Fotos ohne einen auf konkrete Tatsachen gegründeten Verdacht einer schwerwiegenden Pflichtverletzung und ohne Ausschöpfung anderer verfügbarer Erkenntnisquellen vor Anordnung der Überwachung ergibt sich aus einer hierin liegenden Verletzung von Persönlichkeitsrechten ein Sachvortrags- und Beweisverwertungsverbot. 2. Im Falle einer solchen Beobachtung kann abhängig von den Umständen des Einzelfalls eine Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses für den Arbeitnehmer unzumutbar i.S.d. § KSCHG § 9 Abs. KSCHG § 9 Absatz 1 KSCHG sein.

ZD 2020, 648

AG St. Ingbert: Beiziehung von Passbildkopien in OWi-Verfahren

Urteil vom 16.06.2020 - 23 OWi 63 Js 2716/19 (65/20)

LeitsätzeEs begegnet keinen nennenswerten datenschutzrechtlichen Bedenken, wenn Polizei- oder Verwaltungsbehörden ausschließlich zum Zweck der Identitätsfeststellung und damit der Fahrermittlung betreffend eine Verkehrsordnungswidrigkeit Passbildkopien betreffend Halter/Halterin eines Kfz und unter Umständen von dessen/deren Umfeldpersonen (Familienmitglieder, Firmenmitarbeiter) über die zuständige Behörde beiziehen, ohne diese Personen vorher deswegen angehört zu haben, wenn der/die Halter/Halterin im Rahmen der Anhörung bzw. Zeugenbefragung schweigt, vom Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch macht oder nach mehrfachen polizeilichen Ermittlungsversuchen am Wohn- bzw. Firmensitz nicht angetroffen wurde und es keine sonstigen Anhaltspunkte für den/die Fahrzeugführer/in gibt (kein Beweiserhebungsverbot, entgegen AG Landstuhl B. v. 26.10.2015 – AGLANDSTUHL Aktenzeichen 2OWI712915 2 OWi 7129/15).

ZD 2020, 418 (m. Anm. Blasek)

LAG Nürnberg: Unwirksamkeit der Kündigung eines betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Urteil vom 19.02.2020 - 2 Sa 274/19 mAnm Blasek

Leitsätze der Redaktion1. Die nationalen Regelungen, wonach ein interner Datenschutzbeauftragter nur aus wichtigem Grund gekündigt und nur aus wichtigem Grund von seinem Amt abberufen werden kann (§ BDSG § 38 Abs. BDSG § 38 Absatz 2 i.V.m. § BDSG § 6 Abs. BDSG § 6 Absatz 4 BDSG), sind mit Art. EWG_DSGVO Artikel 38 Abs. EWG_DSGVO Artikel 38 Absatz 3 S. 2 DS-GVO vereinbar. 2. Dieser Sonderkündigungsschutz gilt auch bereits in der Probezeit. 3. Ein wichtiger Grund für die Abberufung liegt insb. nicht darin, einen internen Datenschutzbeauftragten durch einen externen Datenschutzbeauftragten aus organisatorischen, finanziellen oder personalpolitischen Gründen zu ersetzen.

ZD 2021, 627

ÖOGH: Zulässigkeit der Datenverarbeitung durch Facebook

Beschluss vom 23.06.2021 - 6 Ob 56/21k

Leitsatz der RedaktionDem EuGH werden gem. Art. AEUV Artikel 267 AEUV folgende Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt: 1. Sind die Bestimmungen der Art. EWG_DSGVO Artikel 6 Abs. EWG_DSGVO Artikel 6 Absatz 1 lit. a u. lit. b DS-GVO dahingehend auszulegen, dass die Rechtmäßigkeit von Vertragsbestimmungen in allgemeinen Nutzungsbedingungen über Plattformverträge wie jenem im Ausgangsverfahren (insbesondere Vertragsbestimmungen wie: „Anstatt dafür zu zahlen ... erklärst du dich durch Nutzung der Facebook-Produkte, für die

diese Nutzungsbedingungen gelten, einverstanden, dass wir dir Werbeanzeigen zeigen dürfen ... Wir verwenden deine personenbezogenen Daten ... um dir Werbeanzeigen zu zeigen, die relevanter für dich sind."), die die Verarbeitung von personenbezogenen Daten für Aggregation und Analyse von Daten zum Zwecke der personalisierten Werbung beinhalten, nach den Anforderungen des Art. 6 Abs. 1 lit. a i.V.m. Art. EWG_DSGVO Artikel 7 DS-GVO zu beurteilen sind, die nicht durch die Berufung auf Art. EWG_DSGVO Artikel ...

ZD 2021, 631 (m. Anm. Laoutoumai, Leibold)

ÖOGH: EuGH-Vorlage zu Voraussetzungen für Schadensersatz nach Art. 82 DS-GVO

Beschluss vom 15.04.2021 - 6 Ob 35/21x mAnm Leibold, Laoutoumai

Leitsatz der RedaktionDem EuGH werden gem. Art. AEUV Artikel 267 AEUV folgende Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt: 1. Erfordert der Zuspruch von Schadensersatz nach Art. EWG_DSGVO Artikel 82 DS-GVO (VO (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 27.4.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der RL 95/46/EG (DS-RL)) neben einer Verletzung von Bestimmungen der DS-GVO auch, dass der Kl. einen Schaden erlitten hat, oder reicht bereits die Verletzung von Bestimmungen der DS-GVO als solche für die Zuerkennung von Schadensersatz aus? 2. Bestehen für die Bemessung des Schadensersatzes neben den Grundsätzen der Effektivität und Äquivalenz weitere Vorgaben des Unionsrechts? 3. Ist die Auffassung mit dem Unionsrecht vereinbar, dass Voraussetzung für den Zuspruch immateriellen Schadens ist, dass eine Konsequenz oder Folge der Rechtsverletzung von zumindest einigem Gewicht vorliegt, die über den durch die Rechtsverletzung herv ...

ZD 2020, 302 (m. Anm. Messner, Mosing)

ÖOGH: Schadensersatzansprüche wegen unrichtiger Bonitätsauskunft

Urteil vom 27.11.2019 - 6 Ob 217/19h mAnm Messner, Mosing

Leitsätze der Redaktion 1. Ob es sich bei dem Anspruch aus Art. EWG_DSGVO Artikel 82 DS-GVO um eine Verschuldenshaftung mit Beweislastumkehr oder eine Art der Gefährdungshaftung handelt, kann dahinstehen. 2. Auch nach Art. EWG_DSGVO Artikel 82 DS-GVO trägt der Anspruchsteller die Beweislast für den Eintritt des Schadens und die Kausalität. Die Beweislastumkehr betrifft nur das Verschulden. 3. Für eine Anwendung der Regeln des Anscheinsbeweises zur Kausalität besteht kein Anlass.

ZD 2019, 556 (m. Anm. Hanloser)

EuGH: Einwilligung und Cookie Consent nur durch aktive, gesonderte und ausdrückliche Erklärung – Planet49

Urteil vom 01.10.2019 - C-673/17 mAnm Hanloser

Leitsätze 1. Art. EWG_RL_2002_58 Artikel 2 lit. f und Art. EWG_RL_2002_58 Artikel 5 Absatz 3 der RL 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation) in der durch die RL 2009/136/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 25.11.2009 geänderten Fassung i.V.m. Art. EWG_RL_95_46 Artikel 2 lit. h der RL 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 24.10.1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr bzw. mit Art. EWG_DSGVO Artikel 4 Nr. EWG_DSGVO Artikel 4 Absatz 1 Nummer 11 und Art. EWG_DSGVO Artikel 6 Abs. EWG_DSGVO Artikel 6 Absatz 1 lit. a VO (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr un ...

ZD 2022, 39

OLG München: Anspruch auf Datenkopien

Urteil vom 04.10.2021 - 3 U 2906/20

Leitsätze der Redaktion 1. Bei Schreiben oder Mails des Antragstellers an den Antragsgegner handelt es sich ebenso um personenbezogene Daten wie bei Telefonnotizen, Aktenvermerken oder Protokollen als interne Vermerke des Antragstellers, die Informationen über den Antragsteller enthalten. 2. Der Anspruch auf Überlassung von Kopien aus Art. EWG_DSGVO Artikel 15 Abs. EWG_DSGVO Artikel 15 Absatz 3 DS-GVO besteht als eigenständiger Anspruch neben dem Auskunftsanspruch aus Art. EWG_DSGVO Artikel 15 Abs. EWG_DSGVO Artikel 15 Absatz 1 DS-GVO. 3. Der Gegenstand dieses Anspruchs richtet sich nicht lediglich auf eine abstrakte Aufzählung der vorhandenen Informationen. Vielmehr umfasst der Anspruch die Überlassung der Informationen in der Form, wie sie dem Verantwortlichen vorliegen. Ein notwendiger Schutz des Anspruchsgegners wird durch die Möglichkeit der Schwärzung nach Art. EWG_DSGVO Artikel 15 Abs. EWG_DSGVO Artikel 15 Absatz 4 DS-GVO gewährleistet.

ZD 2021, 91

BGH: Regelbeschwerdewert bei Datenschutz-AGB

Beschluss vom 13.10.2020 - VIII ZR 25/19

Leitsätze 1. Da sich bei Verbandsprozessen nach §§ UKLAG § 1, UKLAG § 4 UKlaG der Streitwert und die Beschwer der Parteien regelmäßig nach dem Interesse der Allgemeinheit an der Beseitigung der beanstandeten AGB-Bestimmung richtet, kommt weder der wirtschaftlichen Bedeutung eines Klauselwerks oder der betroffenen Klauseln ein maßgebliches Gewicht zu noch dem Zugang zum Revisionsgericht. 2. Eine von dem Regelbeschwerdewert (2.500,- EUR pro beanstandeter Klausel) abweichende Bemessung der Beschwer folgt daher nicht schon daraus, dass ein Zulassungsgrund geltend gemacht wird, der – wäre die Nichtzulassungsbeschwerde zulässig – zu der Zulassung der Revision führen könnte.

ZD 2022, 49

LG Wiesbaden: Anwendbarkeit der DS-GVO auf einen Vermieter

Urteil vom 30.09.2021 - 3 S 50/21

Leitsatz der Redaktion Nimmt ein Vermieter die Nebenkostenabrechnung nicht selbst vor, sondern übermittelt die Daten zur Erstellung der Nebenkostenabrechnung an eine Drittfirma, so unterfällt er dem Anwendungsbereich der DS-GVO.

ZD 2021, 51

BAG: Datenschutzbeauftragter und Sonderkündigungsschutz

Beschluss vom 30.07.2020 - 2 AZR 225/20

Leitsätze 1. Der Senat vermag nicht mit der notwendigen Eindeutigkeit zu beurteilen, ob die Regelung in §§ BDSG § 38 Abs. BDSG § 38 Absatz 2 i.V.m. BDSG § 38 Absatz 6 Abs. BDSG § 38 Absatz 4 S. 2 BDSG, wonach das Arbeitsverhältnis eines zugleich verpflichtend benannten Datenschutzbeauftragten nur aus wichtigem Grund außerordentlich gekündigt werden kann, mit Art. EWG_DSGVO Artikel 38 Abs. EWG_DSGVO Artikel 38 Absatz 3 S. 2 DS-GVO vereinbar ist, der keinen derartigen Sonderkündigungsschutz vorsieht. 2. Falls §§ BDSG § 38 Abs. BDSG § 38 Absatz 2 i.V.m. BDSG § 38 Absatz 6 Abs. BDSG § 38 Absatz 4 S. 2 BDSG unangewendet zu bleiben hat, lässt sich dem Unionsrecht nicht eindeutig entnehmen, ob dies lediglich für Fälle gilt, in denen nach Art. EWG_DSGVO Artikel 37 Abs. EWG_DSGVO Artikel 37 Absatz 1 DS-GVO ein Datenschutzbeauftragter verpflichtend zu benennen ist oder auch dann, wenn diese Verpflichtung nur nach dem Recht des Mitgliedstaats besteht. 3. Der Senat hat den EuGH im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens nach ...

ZD 2021, 97

OLG Frankfurt/M.: Zulässigkeit negativer Bewertungen auf Ärztebewertungsportal

Urteil vom 09.04.2020 - 16 U 218/18

Leitsätze der Redaktion 1. Die Veröffentlichung negativer Bewertungen auf einem Ärztebewertungsportal kann auf Art. EWG_DSGVO Artikel 6 Abs. EWG_DSGVO Artikel 6 Absatz 1 lit. f DS-

GVO gestützt werden.²Im Rahmen der dortigen Abwägung ist zu berücksichtigen, dass ein Ärztebewertungsportal eine von der Rechtsordnung gebilligte und gesellschaftlich erwünschte Funktion erfüllt, sofern der Betreiber des Bewertungsportals als neutraler Informationsmittler auftritt. Daran fehlt es, wenn das Portal einzelnen Ärzten verdeckte Vorteile verschafft.

ZD 2021, 50

AG Pforzheim: Schadensersatzanspruch gegen Psychotherapeuten

Urteil vom 25.03.2020 - 13 C 160/19

Leitsatz der RedaktionErhebt ein Psychotherapeut Gesundheitsdaten über den Ehemann seiner Patientin und gibt diese im Rahmen einer familienrechtlichen Auseinandersetzung unerlaubt an deren Verfahrensbevollmächtigten weiter, liegt hierin ein Verstoß gegen Art. EWG_DSGVO Artikel 9 DS-GVO, der den Geschädigten gem. Art. EWG_DSGVO Artikel 82 Abs. EWG_DSGVO Artikel 82 Absatz 1 DS-GVO zu einem angemessenen Schmerzensgeld berechtigt (hier: 4.000,- EUR).

ZD 2019, 84

LG Nürnberg-Fürth: Voreinstellung des Nutzerprofils auf StayFriends

Urteil vom 17.04.2018 - 7 O 6829/17

Leitsatz der RedaktionDie Voreinstellung auf der Online-Plattform StayFriends, wonach etwaige Daten der Nutzer auch außerhalb von StayFriends sichtbar sind, stellt eine Verwendung der Nutzerdaten ohne entsprechende Einwilligung dar und verstößt somit gegen die zwingenden gesetzlichen Regelungen der §§ BDSG § 4, BDSG § 4a BDSG sowie §§ TMG § 12, TMG § 13 TMG.

ZD 2021, 53

LAG Nürnberg: Festsetzung des Vergleichsmehrwerts bei Auskunftsanspruch nach Art. 15 DS-GVO

Beschluss vom 28.05.2020 - 2 Ta 76/20

Leitsatz der RedaktionDer Wert eines Auskunftsbegleichens nach Art. EWG_DSGVO Artikel 15 DS-GVO ist mit 500,- EUR zu bewerten, sofern nicht besondere Umstände hinzutreten. Ein höherer Wert setzt voraus, dass das Persönlichkeitsrecht des Auskunftsgläubigers in einer Weise berührt wäre, die über den schlichten, massenhaft gewährten Auskunftsanspruch hinausginge, der ein allgemeines Informationsinteresse befriedigen soll.

ZD 2021, 25 (m. Anm. Messner, Mosing)

LGZ Wien: Keine illegale Datenverarbeitung in Österreich – Schrems vs. Facebook

Urteil vom 30.06.2020 - 3 Cg 52/14k-91 mAnm Messner, Mosing

Leitsätze der Redaktion1. Der Kl. ist als Facebook-Nutzer unter Bezugnahme auf Erwägungsgrund EWG_DSGVO Nummer 18 DS-GVO auf Grund der „Haushaltsausnahme“ (Art. EWG_DSGVO Artikel 2 Abs. EWG_DSGVO Artikel 2 Absatz 2 lit. c DS-GVO) nicht „Verantwortlicher“ i.S.d. DS-GVO.2. Gegenstand einer Feststellungsklage kann neben der Echtheit oder Unechtheit einer Urkunde nur die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines Rechtsverhältnisses oder Rechts sein. Diese Voraussetzungen sind bei den Feststellungsbegehren des Kl., nämlich zur nichtwirksamen Einwilligung (gem. Art. 6 Abs. 1 i.V.m. Art. EWG_DSGVO Artikel 7 DS-GVO), nicht gegeben.3. Ein Unterlassungsanspruch setzt einerseits voraus, dass die Handlung, deren Unterlassung geboten werden soll, verboten, d.h. rechtswidrig, ist und andererseits, dass die Gefahr der Wiederholung dieser rechtswidrigen Handlung besteht. Facebook stützt sich nicht auf die Einwilligung für die Datenverarbeitung, sondern die Personalisierung und auch die personalisierte Werbung ergibt ...

BeckRS 2021, 24056

LG Kaiserslautern: Entschädigung aus Betriebsschließungsversicherung - Corona Pandemie

Urteil vom 15.07.2021 - 3 O 363/20

1. Die behördlich angeordnete Betriebsbeschränkung im Zusammenhang mit der Corona-Virus-Krankheit-2019 (COVID-19) bzw. des SARSCoV-2-Erregers unterfällt nicht dem Versicherungsschutz. Es handelt sich dabei um keine „meldepflichtige Krankheiten und Krankheitserreger“ im Sinne des Versicherungsvertrages. (Rn. BECKRS Jahr 2021 Randnummer 16)2. Die Auslegung von Allgemeinen Versicherungsbedingungen erfolgt aus Sicht eines durchschnittlichen, um Verständnis bemühten Versicherungsnehmers, wie er sie bei verständiger Würdigung, aufmerkamer Durchsicht und unter Berücksichtigung des erkennbaren Sinnzusammenhangs verstehen kann. (Rn. BECKRS Jahr 2021 Randnummer 18)

Zeitschriften

ZD 2022, 18

Schadensersatzansprüche sowie Inhalt und Streitwerte des Auskunftsanspruchs nach der DS-GVO

Aufsatz von Kevin Leibold

| ZD 2022, 18 Kevin Leibold, LL.M., ist Rechtsreferendar am Saarländischen Oberlandesgericht und Doktorand an der Universität des ...

Normen

EU-Arbeitsweisevertrag

[AEUV]: Artikel 16 [Datenschutz]

Rechtsstand: 12.05.2022

| EU-Arbeitsweisevertrag] Artikel 16 : Text gilt seit 01.12.2009 Europa (1) Jede Person hat das Recht auf ...

[AEUV]: Artikel 340 [Amtshaftung der Union]

Rechtsstand: 12.05.2022

| EU-Arbeitsweisevertrag] Artikel 340 : Text gilt seit 01.12.2009 Europa [1] Die vertragliche Haftung der Union bestimmt ...

[Bundesdatenschutzgesetz] | BUND

BDSG: § 26 Datenverarbeitung für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses

Rechtsstand: 01.12.2021

| Bundesdatenschutzgesetz] § 26 : Text gilt seit 26.11.2019 Bund (1) 1 Personenbezogene Daten von Beschäftigten dürfen für ...

[Bundesdatenschutzgesetz 2003] | BUND

[BDSG 2003]: § 8 Schadensersatz bei automatisierter Datenverarbeitung durch öffentliche Stellen

galt bis: 24.05.2018

| Bundesdatenschutzgesetz 2003] § 8 : Außer Kraft – Text galt vom 28.08.2002 bis 24.05.2018 Bund (1) ...

Bürgerliches Gesetzbuch

BGB: § 31 Haftung des Vereins für Organe

Rechtsstand: 31.05.2022

| Bürgerliches Gesetzbuch] § 31 : Text gilt seit 01.01.2002 Bund Der Verein ist für den Schaden verantwortlich, ...

BGB: § 241 Pflichten aus dem Schuldverhältnis

Rechtsstand: 31.05.2022

| Bürgerliches Gesetzbuch] § 241 : Text gilt seit 01.01.2002 Bund (1) 1 Kraft des Schuldverhältnisses ist der ...

BGB: § 249 Art und Umfang des Schadensersatzes

Rechtsstand: 31.05.2022

| Bürgerliches Gesetzbuch] § 249 : Text gilt seit 01.08.2002 Bund (1) Wer zum Schadensersatz verpflichtet ist, hat ...

BGB: § 253 Immaterieller Schaden

Rechtsstand: 31.05.2022

| Bürgerliches Gesetzbuch] § 253 : Text gilt seit 01.08.2002 Bund (1) Wegen eines Schadens, der nicht Vermögensschaden ...

BGB: § 254 Mitverschulden

Rechtsstand: 31.05.2022

| Bürgerliches Gesetzbuch] § 254 : Text gilt seit 01.01.2002 Bund (1) Hat bei der Entstehung des Schadens ...

BGB: § 257 Befreiungsanspruch

Rechtsstand: 31.05.2022

| Bürgerliches Gesetzbuch] § 257 : Text gilt seit 01.01.2002 Bund 1 Wer berechtigt ist, Ersatz für Aufwendungen ...

BGB: § 276 Verantwortlichkeit des Schuldners

Rechtsstand: 31.05.2022

| Bürgerliches Gesetzbuch] § 276 : Text gilt seit 01.01.2002 Bund (1) 1 Der Schuldner hat Vorsatz und ...

BGB: § 278 Verantwortlichkeit des Schuldners für Dritte

Rechtsstand: 31.05.2022

| Bürgerliches Gesetzbuch] § 278 : Text gilt seit 01.01.2002 Bund 1 Der Schuldner hat ein Verschulden seines ...

BGB: § 280 Schadensersatz wegen Pflichtverletzung

Rechtsstand: 31.05.2022

| Bürgerliches Gesetzbuch] § 280 : Text gilt seit 01.01.2002 Bund (1) 1 Verletzt der Schuldner eine Pflicht ...

BGB: § 281 Schadensersatz statt der Leistung wegen nicht oder nicht wie geschuldet erbrachter Leistung

Rechtsstand: 31.05.2022

| Bürgerliches Gesetzbuch] § 281 : Text gilt seit 01.01.2002 Bund (1) 1 Soweit der Schuldner die fällige ...

BGB: § 305 Einbeziehung Allgemeiner Geschäftsbedingungen in den Vertrag

Rechtsstand: 31.05.2022

| Bürgerliches Gesetzbuch] § 305 : Text gilt seit 01.01.2002 Bund (1) 1 Allgemeine Geschäftsbedingungen sind alle für ...

BGB: § 398 Abtretung

Rechtsstand: 31.05.2022

| Bürgerliches Gesetzbuch] § 398 : Text gilt seit 01.01.2002 Bund 1 Eine Forderung kann von dem Gläubiger ...

BGB: § 421 Gesamtschuldner

Rechtsstand: 31.05.2022

| Bürgerliches Gesetzbuch] § 421 : Text gilt seit 01.01.2002 Bund 1 Schulden mehrere eine Leistung in der ...

BGB: § 823 Schadensersatzpflicht

Rechtsstand: 31.05.2022

| Bürgerliches Gesetzbuch] § 823 : Text gilt seit 01.01.2002 Bund (1) Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, ...

BGB: § 847 [aufgehoben]

Rechtsstand: 31.05.2022

| Bürgerliches Gesetzbuch] § 847 : Text gilt seit 01.08.2002 Bund [1] § 847 aufgeh. mWv 1.8. ...

Berliner Datenschutzgesetz

BlnDSG : § 19 Verarbeitung personenbezogener Daten zu Zwecken der freien Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit

Rechtsstand: 28.10.2021

| Berliner Datenschutzgesetz § 19 : Text gilt seit 24.06.2018 Berlin (1) 1 Soweit personenbezogene Daten in Ausübung ...

BlnDSG : § 29 Ordnungswidrigkeiten, Strafvorschriften

Rechtsstand: 28.10.2021

| Berliner Datenschutzgesetz § 29 : Text gilt seit 25.10.2020 Berlin (1) 1 Ordnungswidrig handelt, wer entgegen den ...

[Landesdatenschutzgesetz] | BW

LD SG : § 29 Strafvorschrift (Ergänzung zu Artikel 84 der Verordnung [EU] 2016/679)

Rechtsstand: 01.01.2019

| Landesdatenschutzgesetz] § 29 : Text gilt seit 21.06.2018 Baden-Württemberg (1) Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren ...

[EU-Vertrag (Lissabon)] | EU

[EUV]: Artikel 4 [Zuständigkeiten der Union]

Rechtsstand: 25.03.2021

| EU-Vertrag (Lissabon)] Artikel 4 : Text gilt seit 01.12.2009 Europa (1) Alle der Union nicht in ...

Datenschutz-Grundverordnung

[VO (EU) 2016/679]: Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG-Datenschutz-Grundverordnung

Rechtsstand: 19.01.2022

| Datenschutz-Grundverordnung Europa DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION – gestützt auf den Vertrag über die ...

[VO (EU) 2016/679]: Artikel 1 Gegenstand und Ziele

Rechtsstand: 19.01.2022

| Datenschutz-Grundverordnung Artikel 1 : Text gilt seit 25.05.2018 Europa (1) Diese Verordnung enthält Vorschriften zum Schutz ...

[VO (EU) 2016/679]: Artikel 2 Sachlicher Anwendungsbereich

Rechtsstand: 19.01.2022

| Datenschutz-Grundverordnung Artikel 2 : Text gilt seit 25.05.2018 Europa (1) Diese Verordnung gilt für die ganz ...

[VO (EU) 2016/679]: Artikel 4 Begriffsbestimmungen

Rechtsstand: 19.01.2022

| Datenschutz-Grundverordnung Artikel 4 : Text gilt seit 25.05.2018 Europa Im Sinne dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck: ...

[VO (EU) 2016/679]: Artikel 5 Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Rechtsstand: 19.01.2022

| Datenschutz-Grundverordnung Artikel 5 : Text gilt seit 25.05.2018 Europa (1) Personenbezogene Daten müssen a) auf rechtmäßige ...

[VO (EU) 2016/679]: Artikel 6 Rechtmäßigkeit der Verarbeitung

Rechtsstand: 19.01.2022

| Datenschutz-Grundverordnung Artikel 6 : Text gilt seit 25.05.2018 Europa (1) [1] Die Verarbeitung ist nur rechtmäßig, ...

[VO (EU) 2016/679]: Artikel 7 Bedingungen für die Einwilligung

Rechtsstand: 19.01.2022

| Datenschutz-Grundverordnung Artikel 7 : Text gilt seit 25.05.2018 Europa (1) Beruht die Verarbeitung auf einer Einwilligung, ...

[VO (EU) 2016/679]: Artikel 9 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten

Rechtsstand: 19.01.2022

| Datenschutz-Grundverordnung Artikel 9 : Text gilt seit 25.05.2018 Europa (1) Die Verarbeitung personenbezogener Daten, aus denen ...

[VO (EU) 2016/679]: Artikel 12 Transparente Information, Kommunikation und Modalitäten für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person

Rechtsstand: 19.01.2022

| Datenschutz-Grundverordnung Artikel 12 : Text gilt seit 25.05.2018 Europa (1) 1 Der Verantwortliche trifft geeignete Maßnahmen, ...

[VO (EU) 2016/679]: Artikel 14 Informationspflicht, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden

Rechtsstand: 19.01.2022

| Datenschutz-Grundverordnung Artikel 14 : Text gilt seit 25.05.2018 Europa (1) Werden personenbezogene Daten nicht bei der ...

[VO (EU) 2016/679]: Artikel 15 Auskunftsrecht der betroffenen Person

Rechtsstand: 19.01.2022

| Datenschutz-Grundverordnung Artikel 15 : Text gilt seit 25.05.2018 Europa (1) Die betroffene Person hat das Recht, ...

[VO (EU) 2016/679]: Artikel 17 Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“)

Rechtsstand: 19.01.2022

| Datenschutz-Grundverordnung Artikel 17 : Text gilt seit 25.05.2018 Europa (1) Die betroffene Person hat das Recht, ...

[VO (EU) 2016/679]: Artikel 24 Verantwortung des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Rechtsstand: 19.01.2022

| Datenschutz-Grundverordnung Artikel 24 : Text gilt seit 25.05.2018 Europa (1) 1 Der Verantwortliche setzt unter Berücksichtigung ...

[VO (EU) 2016/679]: Artikel 27 Vertreter von nicht in der Union niedergelassenen Verantwortlichen oder Auftragsverarbeitern

Rechtsstand: 19.01.2022

| Datenschutz-Grundverordnung Artikel 27 : Text gilt seit 25.05.2018 Europa (1) In den Fällen gemäß Artikel 3 ...

[VO (EU) 2016/679]: Artikel 28 Auftragsverarbeiter

Rechtsstand: 19.01.2022

| Datenschutz-Grundverordnung Artikel 28 : Text gilt seit 25.05.2018 Europa (1) Erfolgt eine Verarbeitung im Auftrag eines ...

[VO (EU) 2016/679]: Artikel 32 Sicherheit der Verarbeitung

Rechtsstand: 19.01.2022

| Datenschutz-Grundverordnung Artikel 32 : Text gilt seit 25.05.2018 Europa (1) Unter Berücksichtigung des Stands der Technik, ...

[VO (EU) 2016/679]: Artikel 33 Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die Aufsichtsbehörde

Rechtsstand: 19.01.2022

| Datenschutz-Grundverordnung Artikel 33 : Text gilt seit 25.05.2018 Europa (1) 1 Im Falle einer Verletzung des ...

[VO (EU) 2016/679]: Artikel 34 Benachrichtigung der von einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten betroffenen Person

Rechtsstand: 19.01.2022

| Datenschutz-Grundverordnung Artikel 34 : Text gilt seit 25.05.2018 Europa (1) Hat die Verletzung des Schutzes personenbezogener ...

[VO (EU) 2016/679]: Artikel 44 Allgemeine Grundsätze der Datenübermittlung

Rechtsstand: 19.01.2022

| Datenschutz-Grundverordnung Artikel 44 : Text gilt seit 25.05.2018 Europa 1 Jedwede Übermittlung personenbezogener Daten, die bereits ...

[VO (EU) 2016/679]: Artikel 79 Recht auf wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf gegen Verantwortliche oder Auftragsverarbeiter

Rechtsstand: 19.01.2022

| Datenschutz-Grundverordnung Artikel 79 : Text gilt seit 25.05.2018 Europa (1) Jede betroffene Person hat unbeschadet eines ...

[VO (EU) 2016/679]: Artikel 82 Haftung und Recht auf Schadenersatz

Rechtsstand: 19.01.2022

| Datenschutz-Grundverordnung Artikel 82 : Text gilt seit 25.05.2018 Europa (1) Jede Person, der wegen eines Verstoßes ...

[VO (EU) 2016/679]: Artikel 83 Allgemeine Bedingungen für die Verhängung von Geldbußen

Rechtsstand: 19.01.2022

| Datenschutz-Grundverordnung Artikel 83 : Text gilt seit 25.05.2018 Europa (1) Jede Aufsichtsbehörde stellt sicher, dass die ...

[VO (EU) 2016/679]: Artikel 84 Sanktionen

Rechtsstand: 19.01.2022

| Datenschutz-Grundverordnung Artikel 84 : Text gilt seit 25.05.2018 Europa (1) 1 Die Mitgliedstaaten legen die Vorschriften ...

[VO (EU) 2016/679]: Artikel 85 Verarbeitung und Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit

Rechtsstand: 19.01.2022

| Datenschutz-Grundverordnung Artikel 85 : Text gilt seit 25.05.2018 Europa (1) Die Mitgliedstaaten bringen durch Rechtsvorschriften das ...

[Fluggastrechte-VO] | EU

[VO (EG) 261/2004]: Artikel 7 Ausgleichsanspruch

Rechtsstand: 25.03.2021

| Fluggastrechte-VO] Artikel 7 : Text gilt seit 17.02.2005 Europa (1) 1 Wird auf diesen Artikel Bezug ...

Grundgesetz

[GG]: Artikel 1 [Schutz der Menschenwürde, Menschenrechte, Grundrechtsbindung]

Rechtsstand: 13.05.2022

| Grundgesetz] Artikel 1 : Text gilt seit 01.01.1970 Bund (1) 1 Die Würde des Menschen ist unantastbar. ...

[GG]: Artikel 2 [Freie Entfaltung der Persönlichkeit, Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit der Person]

Rechtsstand: 13.05.2022

| Grundgesetz] Artikel 2 : Text gilt seit 01.01.1970 Bund (1) Jeder hat das Recht auf die freie ...

[GG]: Artikel 34 [Haftung bei Amtspflichtverletzung]

Rechtsstand: 13.05.2022

| Grundgesetz] Artikel 34 : Text gilt seit 12.02.2009 Bund 1 Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten ...

[Datenschutzgesetz] | HES

HDSG: § 29 Auskunftsrecht des Hessischen Datenschutzbeauftragten

galt bis: 24.05.2018

| Datenschutzgesetz] § 29 : Außer Kraft – Text galt vom 10.11.1998 bis 24.05.2018 Hessen (1) 1 ...

[Kunsturhebergesetz] | BUND

[KunstUrhG]: § 22 [Recht am eigenen Bilde]

Rechtsstand: 01.08.2001

| Kunsturhebergesetz] § 22 : Text gilt seit 01.08.2001 BUND 1 Bildnisse dürfen nur mit Einwilligung des Abgebildeten ...

[Niedersächsisches Datenschutzgesetz 2002] | NDS

[NDSG 2002]: § 29 Ordnungswidrigkeiten

galt bis: 24.05.2018

| Niedersächsisches Datenschutzgesetz 2002] § 29 : Außer Kraft – Text galt vom 31.12.2003 bis 24.05.2018 Niedersachsen ...

[Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen] | NRW

DSG NRW: § 29 Beschwerderecht nach Artikel 77 der Verordnung (EU) 2016/679

Rechtsstand: 25.05.2018

| Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen] § 29 : Text gilt seit 25.05.2018 NRW 1 Jeder kann sich gemäß Artikel ...

[Landesdatenschutzgesetz RhPf] | RPF

LDSG: § 29 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten

Rechtsstand: 25.05.2018

| Landesdatenschutzgesetz RhPf] § 29 : Text gilt seit 25.05.2018 Rheinl.-Pfalz (1) Die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener ...

[Saarländisches Datenschutzgesetz 2008] | SL

[SDSG 2008]: § 29 Tätigkeitsberichte

galt bis: 24.05.2018

| Saarländisches Datenschutzgesetz 2008] § 29 : Außer Kraft – Text galt vom 02.06.2011 bis 24.05.2018 Saarland ...

Sächsisches Datenschutzgesetz | SA

SächsDSG: § 29 Beanstandungen und sonstige Äußerungen

galt bis: 31.12.2020

| Sächsisches Datenschutzgesetz § 29 : Außer Kraft – Text galt vom 09.09.2003 bis 31.12.2020 Sachsen (1) ...

[Sozialgesetzbuch V: Gesetzliche Krankenversicherung] | BUND

[SGB V]: § 276 Zusammenarbeit

Rechtsstand: 01.06.2022

| Sozialgesetzbuch V: Gesetzliche Krankenversicherung] § 276 : Text gilt seit 20.07.2021 Bund (1) 1 Die Krankenkassen sind ...

[Sozialgesetzbuch X: Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz] | BUND

SGB X: § 81b Klagen gegen den Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter

Rechtsstand: 26.03.2022

| Sozialgesetzbuch X: Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz] § 81b : Text gilt seit 25.05.2018 Bund (1) Für Klagen der ...

Landesdatenschutzgesetz | SH

LDSG: § 29 Einwand gegen die Verarbeitung

galt bis: 24.05.2018

| Landesdatenschutzgesetz § 29 : Außer Kraft – Text galt vom 01.01.2004 bis 24.05.2018 Schl.-Holst. (1) ...

[Thüringer DatenschutzG] | TH

ThürDSG: § 29 Zweckbindung von personenbezogenen Daten, die einem Berufsgeheimnis unterliegen(Artikel 6 und 9 der Verordnung (EU) 2016/679)

Rechtsstand: 15.06.2018

| Thüringer DatenschutzG] § 29 : Text gilt seit 15.06.2018 Thüringen (1) Erfolgt die Datenverarbeitung durch eine öffentliche ...

Zivilprozessordnung

[ZPO]: § 253 Klageschrift

Rechtsstand: 16.06.2022

| Zivilprozessordnung] § 253 : Text gilt seit 26.07.2012 Bund (1) Die Erhebung der Klage erfolgt durch Zustellung ...

[ZPO]: § 286 Freie Beweiswürdigung

Rechtsstand: 16.06.2022

| Zivilprozessordnung] § 286 : Text gilt seit 21.10.2005 Bund (1) 1 Das Gericht hat unter Berücksichtigung des ...

[ZPO]: § 287 Schadensermittlung; Höhe der Forderung

Rechtsstand: 16.06.2022

| Zivilprozessordnung] § 287 : Text gilt seit 21.10.2005 Bund (1) 1 Ist unter den Parteien streitig, ob ...
